

Heute in der WELT

Die maritime Strategie der Sowjetunion



Der designierte Inspektor der Marine, Vizeadmiral Hans Joachim Mann, hat vor Schwachstellen bei der Versorgung Zentraleuropas über Seewege gewarnt. Der Befehlshaber der Flotte: „Wer uns wirtschaftlich und militärisch entscheidend treffen will, braucht sich nur des Seetransportraumes zu bemächtigen.“ Diese maritime Strategie werde bereits in Friedenszeiten durch die Sowjetunion vorbereitet. Seite 4

POLITIK

Asylrecht: Zur Lösung des Asylantenproblems muß nach Auffassung von CSU-Chef Strauß das Grundgesetz geändert werden. In einem Interview der „Bild“-Zeitung sagte er, damit sollte der Asylanspruch gesetzlich begrenzt werden. Strauß wandte sich gegen einen Automatismus bei der Asylgewährung. (S. 4)

Engagement: Das Bochumer Schauspielhaus hat den wegen Mordversuchs verurteilten Schauspieler Christoph Wackernagel - früher Mitglied der terroristischen „Rote Armee Fraktion“ - als ersten Regie-Assistenten für die kommende Spielzeit engagiert.

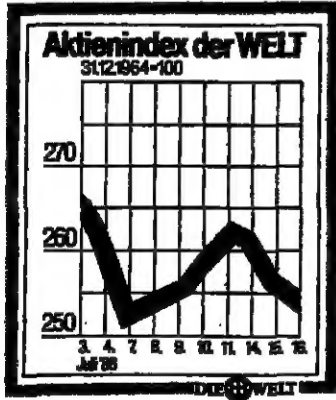
Niederlande: Der sozialdemokratische Politiker Joop den Uyl, der seit 20 Jahren die Partei der Arbeit geführt hat, tritt von seinem Amt als Fraktionsvorsitzender zurück. Er hatte die Partei in sieben Wahlkämpfen geführt.

Österreich: Die Parlamentswahlen sind für den 5. April nächsten Jahres festgelegt worden. Der Generalsekretär der regierenden SPÖ, Peter Schieder, sagte in Wien, er rechne nicht mit Einwürfen des kleineren Koalitionspartners, der Freiheitlichen Partei.

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Das Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik wird in diesem Jahr um drei bis 3,5 Prozent wachsen. Dies hat die OECD in ihrem jüngsten Länderbericht prognostiziert. Die Organisation liegt damit auf der optimistischen Linie des Frühjahrsgutachtens der fünf führenden deutschen Konjunkturanalysten. (S. 9)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern erneut schwach und auf Jahrestiefenstand. Die Kurse gaben vielfach um Beträge in zweistelliger Höhe nach. Am Rentenmarkt zogen die Kurse öffentlicher Anleihen an. WELT-Aktienindex: 250,41 (257,87). BHF-Rentenindex: 108,771 (108,886). BHF-Performanz-Index: 105,431 (105,298). Dollar-Mittelkurs: 2,1526 (2,1610) Mark. Goldpreis je Feinunze: 347,60 (346,00) Dollar.



KULTUR

Spoletto: Das 29. Festival in der alten langobardischen Herzogstadt bot nur sporadisch ein Bild wie zu den Glanzzeiten. Programme waren dürftig - wenn nicht der 75. Geburtstag von Giancarlo Menotti gewesen wäre. (S. 17)

SPORT

Tennis: Der Deutsche Verband hat gegen die Auslosung des Federation-Cup der Damen protestiert. Er will durchsetzen, daß sein Team mit Steffi Graf und Claudia Kohde hinter den USA auf Platz zwei gesetzt wird. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Geschöpf: Sie schaffen das Wasser der Regnitz auf dürftige Sandböden; Wasserschöpfräder (Foto), die im Sommer zwischen Erlangen und Mührendorf unerschöpflich ihren Dienst versehen. Urbelt dieser Räder sind die Strömungen des Nils, Mesopotamiens, des Indus und des Huanghe. Die frühen Hochkulturen dieser Regionen gelten als Erfinder des ausgeklügelten Systems. Vielleicht haben Nürnberger Kaufleute die Erfindung mitgebracht. (S. 18)



Many: Tags ist er korrekter Verwaltungsbeamter mit Scheitel, Zweifelhafte, Aktenkoffer. Abends schmachtet er im Elvis-Sound: „Love me tender“. Ein Krankenkassen-Angestellter, der in der Band „Many and the Teddys“ hockt. Flotte Musik macht-Abte Rock'n Roll-Träume. (S. 18)

Leserbriefe und Personalien Seite 6
Umwelt - Forschung - Technik Seite 7
Fernsehen Seite 16
Wetter: Schwül-warm Seite 18

Bonn appelliert an „DDR“: Meißner soll sich stellen

Haftbefehl gegen Vizepräsident der Ostberliner Akademie der Wissenschaften

W. K./DW, Bonn/Berlin

Der in der Bundesrepublik Deutschland überliefene stellvertretende Generalsekretär der Ostberliner Akademie der Wissenschaften, Herbert Meißner, darf die Bundesrepublik vorerst nicht verlassen. Regierensprecher Friedhelm Ost sagte gestern in Bonn, der 60jährige Funktionär sei Mitarbeiter des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Gestern wurde der von Generalbundesanwalt Rehmann beantragte Haftbefehl erlassen.

Wie die Bundesanwaltschaft erklärte, befindet sich in den Akten eine von Meißner unterschriebene Erklärung. Darin bestätigt er, daß er freiwillig gekommen und Angaben aus eigenem Entschluß gemacht habe. Wie die WELT gestern in einem Teil der Auflage bereits berichtete, hatte sich Meißner vor einigen Tagen beim Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach bei München gemeldet, nachdem er während einer Dienstreise in West-Berlin bei einem Kaufhaus-Diebstahl angezeigt worden war. Zu einem am Dienstag ver-

einbarten weiteren Gespräch mit dem BND war Meißner jedoch nicht erschienen. Die „DDR“-Vertretung in Bonn teilte vielmehr mit, Meißner sei aus dem Gewahrsam des BND in das Gebäude der Vertretung in der Bundeshauptstadt geflüchtet. Nach Angaben der „DDR“ habe der Wissenschaftler erklärt, er sei unter Druck gesetzt und entführt worden. Meißner werde nach Ost-Berlin zurückkehren, hieß es in der amtlichen „DDR“-Verlautbarung weiter. Der Zeitpunkt für die Rückkehr stehe jedoch noch nicht fest, da „alles noch im Fluß“ sei.

Aufgrund der Erkenntnisse über Meißners Mitarbeit beim „DDR“-Geheimdienst wurde das beabsichtigte Gespräch eines Angehörigen aus dem Bundeskanzleramt mit Meißner abgesagt. Das Bundeskanzleramt hat die „DDR“ aufgefordert, Meißner solle sich stellen, „um den Verdacht auszuräumen“. Bis zum späten Nachmittag lag noch keine Antwort aus Ost-Berlin vor. Nach Informationen der WELT soll Meißner seit über zehn Jahren als Reisekader Aufträge des MfS erledigen.



Professor Meißner gilt als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der „DDR“

FOTO: DPA

Kreml ordnet Zwangsumsiedlung an

„Iswestija“-Artikel beendet Hoffnungen auf baldige Rückkehr nach Tschernobyl

RMB/DW, Moskau

Tausende von Familien, die nach der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl ihre Wohnungen verlassen mußten, werden nicht mehr in ihre Heimatorte zurückkehren können. Sie sollen in größerer Entfernung von der verstrahlten Zone nördlich von Tschernobyl angesiedelt werden. Betroffen sind von dieser Anordnung sowohl Menschen aus der unmittelbaren Umgebung von Tschernobyl als auch bisherige Bewohner aus dem weißrussischen Bezirk Gomel.

Die Regierungzeitung „Iswestija“ berichtete gestern, daß eine endgültige Umsiedlung der in Sicherheit gebrachten Weißrussen beschlossen worden sei, und zwar vom Süden in den Norden, in das Gebiet von Gomelskaja. Der zuständige Vorsitzende des Staatsbau-Komitees der weißrussischen Republik, Jurij Puplow, begründete in einem Interview die Umsiedlung mit „rein wirtschaftlichen Überlegungen“. Er bestritt energisch, daß etwa eine „Verseuchung“ der Grund sei. Die „Iswestija“ bemühte

sich ebenfalls, nicht den Eindruck einer dramatischen Entwicklung aufkommen zu lassen. Der Hinweis in dem Artikel „Wir bauen nicht einfach Häuser, sondern wir bauen für das Leben der Menschen“ deutet allerdings auf den endgültigen Charakter der Zwangsumsiedlung hin. Überhaupt widersprechen die jüngsten Informationen früheren sowjetischen Presseberichten, in denen den Bewohnern mehrerer Gemeinden aus dem Unglücksgebiet eine baldige Rückkehr in Aussicht gestellt worden war. Unter Berufung auf einen Sprecher der staatlichen Baubehörde schrieb die „Iswestija“ ferner, die Bewohner der evakuierten Dörfer hätten „mehr als genug Geld“ bekommen, um sich all das neu zu kaufen, was sie hätten zurücklassen müssen. Bisher war lediglich mitgeteilt worden, daß die betroffenen Menschen eine Entschädigungssumme von 200 Rubel (rund 600 Mark) erhalten hätten.

Welch ungeheure bauliche Anstrengungen die sowjetischen Behörden derzeit unternehmen, um die Folgeschäden von Tschernobyl einzudämmen, zeigt auch die Tatsache, daß Fachleute in Kiew in nur vierwöchiger Bauzeit die gesamte Wasserversorgung der Zweieinhalb-Millionen-Stadt umgestellt haben. Die Bevölkerung von Kiew ist jetzt vom Dnepr-Wasser unabhängig.

Der zweitgrößte Fluß der Sowjetunion fließt am Kernkraftwerk Tschernobyl vorbei und wird oberhalb der Stadt in einen riesigen See gestaut. Der See dient bisher als Trinkwasserreservoir von Kiew. Jetzt ist die Versorgung auf den Fluß Dnepr umgestellt. Dazu mußte eine Leitung mit sechs Röhren über eine sechs Kilometer lange Entfernung gelegt und ein neues Pumpwerk gebaut werden. Nach einem Bericht der Zeitung „Sowjetskaja Rosija“ waren nicht weniger als 18 Hindernisse - Brücken, Wege und Unterführungen - zu überwinden. Gleichzeitig wurde in Kiew mit dem Bohren von 58 artesischen Brunnen begonnen, die mittlerweile fertiggestellt sind.

Im französischen Parlament wird von einer Brückensanierung des Mehrheitswillens der Franzosen durch den Staatschef gesprochen. „Dies ist nicht mehr der Präsident der ganzen Nation“, heißt es. „Mitterrand hat sich zum Anführer der Linken erklärt, für die eine Verständigung zur Ideologie des Sozialismus gehöre.“

Chirac wendet sich jetzt ans Volk

Regierungserklärung im Fernsehen / Konflikt um Privatisierung erreicht neue Qualität

PETER RUGE, Paris

Der innenpolitische Konflikt, den der französische Staatspräsident François Mitterrand am 14. Juli auflöste, ist in ein neues Stadium getreten. In Paris wird es als Kampfansage an Mitterrand gewertet, daß Jacques Chirac von seinem Recht Gebrauch macht, über das staatliche Fernsehen eine Regierungserklärung abzugeben. Der Sozialist Mitterrand hatte sich geweigert, die Privatisierungsverordnungen der gaullistisch-christlich-liberalen Regierungskoalition in Kraft zu setzen.

Der Präsident stellte sich damit über das Votum des Parlaments, das den Premierminister ermächtigt hatte, innerhalb eines Rahmengesetzes über die Wirtschaftsreform per „Ordonnanzen“ die Entstaatlichung von 65 Firmen, Banken und Versicherungen vorzunehmen. Für Chirac ist die Privatisierung ein Schlüssel seiner Liberalisierungspolitik, von der ein neuer Aufschwung und damit ein Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in Frankreich erwartet wird.

„Um einen Verfassungskonflikt zu vermeiden“, so erklärte der Sprecher Chiracs nach der Ministerratssitzung in Elysee, „wende die Regierung die vorgelegten „Ordonnanzen“ über die Privatisierung zu einem eigenen Gesetz transformieren, das nächste Woche in die parlamentarische Beratung gegeben werden soll.“

Im Umkreis von Chirac wird darauf hingewiesen, daß die angelegten Bedenken des Staatspräsidenten, die sich daran knüpfen, daß „Güter, die der Nation gehören, an Ausländer verschleudert werden sollen“, nur einen Vorwand darstellen können. Die Klausel, wonach ausländisches Kapital sich an diesen 65 privatisierten französischen Firmen nur bis zu 15 Prozent, in Ausnahmefällen sogar nur bis zu 5 Prozent beteiligen dürfen, habe Mitterrand gekantet, ebenso die Forderung, die es dem Staat gestatte, fünf Jahre lang in den Unternehmen ein Vetorecht auszuüben. Im übrigen hätten sowohl Verfassungsrat wie auch Staatsrat keine entscheidenden Einwände gegen diese Privatisie-

rungsvorhaben Chiracs erhoben. „Mitterrands Urteil aber stand schon vorher fest.“

Das Parlament dürfte nun zu einer Sondersitzung zusammengerufen werden, eine Abstimmung über das Privatisierungsgesetz wird für Mitte August erwartet. Zumindest hat die Kraftprobe mit dem Präsidenten die Reihen der Regierungskoalition jetzt fest geschlossen. Im Gefühl dieser Macht hinter sich kann Chirac nun den feinen Umgangston, der bisher die „Cohabitation“ bestimmte, ablegen. Denn die Bürger erwarten von ihm Entschlossenheit, die Reformpolitik trotz aller Hürden durchzuführen. Darauf weisen alle Meinungsumfragen hin.

Queen in Sorge um Commonwealth

rr, London

In der Südafrika-Frage droht ein Konflikt zwischen Premierminister Margaret Thatcher und Königin Elizabeth. Namentlich nicht genannte Kabinettsmitglieder erklärten gegenüber fünf britischen Zeitungen, von denen vier als regierungsfremd gelten, falls die Regierungschefin weiterhin keine Sanktionen gegen Südafrika verhängen wolle, sei eine offene Auseinandersetzung mit der Königin zu befürchten. Hintergrund ist die Sorge der Königin um den Fortbestand des Commonwealth, dessen Mitglieder mehrheitlich nach Sanktionen drängen. Die Monarchin hat ihren Sommeraufenthalt in Schottland verschoben, um als Oberhaupt des Staatenbundes am Commonwealth-Gipfel im August teilzunehmen. Die britische Agentur PA meldet, sie wolle notfalls zwischen der Premierministerin und den Vertretern der Commonwealth-Länder vermitteln.

Bürgermeister will kein WAA-Konzert

DW, Burglengenfeld

Der Stadtrat von Burglengenfeld hat mit 13 gegen 11 Stimmen für die Genehmigung des Konzerts gestimmt, das deutsche Rock-Musiker am 26. Juli zugunsten Oberpfälzer Bürgerinitiativen gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf geben wollen. Sicherheitsbedenken im Hinblick auf das rund 20 Kilometer entfernte WAA-Baugelände haben den Bürgermeister der Stadt, Stefan Bawidmann, dazu veranlaßt, die Entscheidung des Stadtrats für rechtswidrig zu erklären und sie außer Vollzug zu setzen.

Die Regierung der Oberpfalz und das bayerische Innenministerium hatten gegen das Festival, zu dem Zehntausende Besucher, darunter Chaoten aus dem ganzen Bundesgebiet, erwartet werden, ebenfalls Sicherheitsbedenken geltend gemacht. Die Veranstalter werden das Verwaltungsgericht anrufen. Seite 8: Fall für die Richter

Mehr Markt bei der Post

HH, Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern das neue Modern-Konzept von Bundespostminister Schwarz-Schilling bestätigt und damit das ablehnende Votum des Postverwaltungsrats (WELT v. 2. 7.) überstimmt. Die von der Bundespost in über dreißigjährigen Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften erzielte Kompromißlösung sieht neben der Einführung neuer auch die Zulassung privater Moderns vor (das sind Zusatzgeräte, mit denen Dateninformationen über das Telefonnetz vermittelt werden können).

DER KOMMENTAR

Auf dem Schlauch

WERNER KAHL

Über den Griff ins volle Kaufhausregal, mit dem der stellvertretende Generalsekretär der Ostberliner Akademie der Wissenschaften in West-Berlin auf die Öffentlichkeit mit einer Notiz in der Lokalpresse hinweggegangen. Ein Fall von Kleinkriminalität durch einen möglicherweise zerstreuten Professor. Was veranlaßt Ost-Berlin, mit dem Ladendiebstahl des Genossen das Konto der Beziehungen zu Bonn zu belasten?

Im Ernst glaubt natürlich in der „DDR“ niemand an die SED-Mär, daß der Bundesnachrichtendienst den sozialistischen Ökonomen bei seiner Westreise erst zur Selbstbedienung manipuliert und dann nach Bayern entführte. Ladendiebstahl, auch kapitalistische Verführung genannt, widerfuhr in den letzten Jahren so manchem strammen Realsozialisten, von Frau Martha von Schnitzler, der Gattin Eduards v. S., über diverse Agenten bis zum Generalsekretär des „DDR“-Eislaufverbandes

jüngst in München. Nach dessen Rückkehr allerdings sprach die „DDR“-Führung von einer „Provokation“, die die Sportbeziehungen gefährde. Aus Panik wahrscheinlich, und wahrscheinlich steht Panik auch hinter dieser absurden Affäre. Erst beim Nationalpreisträger, dem der Preis von 9,80 DM für ein Schlauch-Ersatzteil zu hoch war und der wohl, als man ihn griff, keinen Ausweg sah, als gleich dazubleiben und sich dem BND zur Verfügung zu stellen; er mag gehofft haben, daß der Kleindiebstahl dann vertuscht würde.

Und dann die Panik drüben: Nachdem er mit seinen Angehörigen telefonierte und der Staatssicherheitsdienst sich einschaltete (und ihn offenbar bei seinerzeit Rauschenbach umzu-drehen vermochte), meinten die SED-Behörden wohl ihrerseits, sie müßten die Affäre samt der peinlichen Erkenntnis, daß (auch) dieser Ökonom im Nebenberuf Stasi-Agent ist, wegdrukken durch „Haltet den BND“-Geschrei.

Wieder Gespräche über Teststopp

DW, London

Die USA und die Sowjetunion werden ihre Gespräche über einen Atomwaffenteststopp wieder aufnehmen, kündigte der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse in London an. Einen Termin nannte er nicht. Zum Abschluß seines Besuchs in Großbritannien erklärte Schewardnadse, von der Antwort Washingtons auf die jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschläge hänge das Zustandekommen eines Treffens zwischen US-Präsident Ronald Reagan und KP-Chef Michail Gorbatschow ab.

Genscher begrüßt SALT-2-Gespräche

DW, Bonn

Bundesaußenminister Genscher (FDP) hat die positive Antwort der USA auf den sowjetischen Vorschlag begrüßt, eine Sitzung der im Vertrag über Raketenabwehrsysteme (ABM) vereinbarten „Ständigen Beratungskommission“ einzuberufen, um Fragen mit dem SALT-2-Abkommen zu erörtern. Die Bundesregierung verbinde mit dieser Sitzung die Hoffnung, daß sich beide Seiten auf eine Politik „echter beiderseitiger Zurückhaltung“ verständigen. Seite 2: SALT-Auflösung

Höchststrafe für Rotsch verlangt

DW, München

Die Bundesanwaltschaft hat gestern vom Bayerischen Obersten Landesgericht die Höchststrafe von zehn Jahren Freiheitsstrafe für Manfred Rotsch gefordert, der 30 Jahre als Spion für den KGB gearbeitet haben soll. Rotsch wird beschuldigt, als Mitarbeiter des Rüstungskonzerns MBB Teile der Tornado-Entwicklung und des SpaceLab-Programms an den sowjetischen Nachrichtendienst verraten zu haben. Seite 4: Agent ließ Rotsch aufhängen

Kernkraft: DGB sucht eine Linie

DW, Frankfurt

Der DGB bemüht sich auf einer zweitägigen Klausurtagung in Frankfurt, eine einheitliche Linie über den umstrittenen „Hamburger Beschluß“ zu finden. In diesem wurde der Ausstieg aus der Kernenergie „so rasch wie möglich“ gefordert. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) sprach sich später gegen einen vorschnellen Ausstieg aus. In der ÖTV sind viele Beschäftigte aus Elektroversorgungsunternehmen organisiert.

Alkohol „Droge Nummer eins“

DW, Bonn

Die Zahl der Alkoholkonkurenten in der Bundesrepublik Deutschland ist in den vergangenen zehn Jahren um rund 500 000 auf 1,5 Millionen Menschen gestiegen. „Alkohol ist die Droge Nummer eins in unserer Gesellschaft“, sagte Gesundheitsministerin Rita Süßmuth gestern bei der Vorlese des jüngsten Drogenberichts. Bei jungen Menschen seien aber sowohl der Alkoholkonsum als auch der Verbrauch harter Drogen rückläufig. Seite 2 und 18: Weitere Beiträge

Dänische Königin besucht Deutsche

geo, Apenrade

Zum ersten Mal nach 66 Jahren wird die dänische Königin Margrethe II. in Nord Schleswig einen offiziellen Besuch abstatten. Königin Margrethe und Prinzgast Rasmus werden am Donnerstag nächster Woche den Besuch in Apenrade mit einem deutsch-dänischen Gottesdienst beginnen. Der Geschäftsführer der 20 000-köpfigen deutschen Volksgruppe sprach von einem „krönenden Abschluß des Normalisierungsprozesses.“

US-Militär hilft Bolivien im Kampf gegen Kokainhandel

La Paz bittet um Entsendung von Kampfhubschraubern

DW, Washington

Die USA haben Kampfhubschrauber und Soldaten nach Bolivien entsandt, um die Regierung in La Paz in ihrem Kampf gegen die Kokain-Produzenten zu unterstützen. Die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS berichtete unter Berufung auf Regierungskreise in Washington, die Hubschrauber vom Typ „Blackhawk“ - es war von „weniger als zehn“ die Rede - sollten die bolivianischen Soldaten in abgelegene Bergwälder transportieren, in denen Coca angebaut und meist noch vor Ort in kleinen Labors zu Kokain verarbeitet wird. An der Operation seien rund 100 US-Soldaten beteiligt, die jedoch auf keinen Fall in bewaffnete Auseinandersetzungen eingreifen dürften, hieß es. Die Entsendung sei auf Wunsch der bolivianischen Regierung zustande gekommen. Hintergrund der Aktion ist die wachsende Sorge der USA, den Zufluß von Rauschgift aus Mittel- und Südamerika nicht mehr unter Kontrolle bringen zu können. Der Rauschgiftboom in ganz Südamerika

hängt mit der Wirtschaftskrise zusammen. Die Bauern bauen an, was schneller Geld bringt. Größere Sorgen bereitet jedoch die enge Verbindung zwischen Rauschgifthandel und Terrorismus. Die Händler versorgen Guerillabewegungen mit harten Dollars und erhalten dafür von den Freischärlern Hilfe und Schutz bei Schmuggelaktionen. Untersuchungs-ausschüsse des US-Kongresses sind zu dem Schluß gelangt, daß Kuba und die sandinistische Regierung von Nicaragua die illegale Einfuhr von Rauschgift in die USA systematisch fördern.

Im März (WELT v. 5. 3.) war eine Untersuchungskommission der amerikanischen Regierung zu dem Ergebnis gekommen, daß der Rauschgift-handel ein Problem für die nationale Sicherheit geworden sei und mit zivilen Mitteln allein nicht mehr ausreichend bekämpft werden könne. Verteidigungsminister Caspar Weinberger sprach sich damals jedoch gegen die Empfehlung aus, Militär im Kampf gegen den Rauschgifthandel einzusetzen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

SALT-Aufklärung

Von Herbert Kremp

Die amerikanische Bereitschaft, mit den Sowjets über Genf eine Sonderrunde über das SALT-II-Abkommen zur Rüstungsbegrenzung zu fahren, erscheint auf den ersten Blick defensiv und ruckartig. Am 27. Mai hatte Präsident Reagan angekündigt, sein Land fühle sich nicht länger an das - dort nie ratifizierte, aber dennoch eingehaltene - Abkommen aus der Carter-Zeit (Juni 1979) gebunden. Die Sowjets protestierten, rollenverstärkend kritisierten die Europäer die Erklärung Reagans. Moskau forderte eine Sondersitzung des für die SALT-Verträge eingerichteten Konsultativ-Ausschusses, und der Präsident kommt dieser Forderung jetzt nach. Fügt sich Washington dem sowjetisch-westeuropäischen Druck?

Genau genommen ist es anders: Die Sowjetunion hat sich bislang geweigert, auf die amerikanischen Vorwürfe einzugehen, sie habe SALT II (bzw. den ABM-Vertrag) durch den Bau einer neuen Interkontinental-Rakete, durch die Verschlüsselung von Raketentest-Daten und durch den Bau einer Radaranlage zum Zwecke der Raketenabwehr verletzt. Die USA haben ihre elektronischen und nachrichtendienstlichen Feststellungen unterbreitet, ohne Eindruck zu erzielen. Auch die Westeuropäer befaßten sich lieber mit Gorbatschows generellen Abrüstungsplänen als mit den Unterlagen über sowjetische Verstöße gegen bereits ausgehandelte Vereinbarungen dieser Art. Ronald Reagan mußte diese Widerstände überwinden. Das beste Mittel war, die Praxis von SALT II in Frage zu stellen.

Die USA werden die Genfer Zwischenrunde dazu nutzen, die von ihnen behaupteten sowjetischen Verstöße gegen SALT und den ABM-Vertrag - er schränkt die Maßnahmen zur Raketenabwehr ein - zur Sprache zu bringen. Moskau wird das Forum zu propagandistischen Zwecken nutzen, was niemanden wundert. Derlei Klappern gehört zum Abrüstungs-Handwerk. Im Grunde kommt es für Washington nur darauf an, sich verhandlungsbereit zu zeigen und die Vertragsverletzungen der Sowjets möglichst breitenwirksam vorzutragen. Besonders die Öffentlichkeit des Westens muß besser unterrichtet werden. Man fragt sich, warum die Begründer der Madison Avenue, die ja nicht in Moskau sitzen, sondern in New York, von ihrer Kunst so sparsam und zögernd Gebrauch machen.

Bewußtsein keimt auf

Von Eberhard Nitschke

Nach Ausgaben für Aufklärung und Information über rund zwanzig Jahre hinweg und in unbekannter Millionenhöhe aus Steuermitteln zeigen sich „erste Anzeichen“ dafür, daß sich in der Bevölkerung ein Bewußtsein für die Gefährlichkeit illegaler Drogen gebildet hat.

Es ist diese Angabe im Bericht der Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth über die Situation vor allem beim Drogen- und Alkoholmißbrauch, die das ganze Ausmaß der Betäubungsmittel-Katastrophe erkennen läßt. Darüber können auch erfreuliche Aussagen in dem von der Bundesregierung bestellten umfangreichen Bericht nicht hinweghelfen. „Kontinuierlicher Rückgang“, „Stagnation“ beim Umsatz und „leicht abnehmende Tendenz“ bei der Zahl der illegalen Drogen abhängigen angeblich nur fünfzigtausend Süchtigen oder der anderthalb Millionen krankhaften Trinker sind ein Signal der Hoffnung, mehr nicht.

Mindestens so interessant wie die kleinen Erfolgsmeldungen und die mehrfache Feststellung eines gewandelten Bewußtseins vor allem bei der Jugend dem Problem gegenüber ist das Panorama hinter der Rauschgift-Deliktstatistik und den Trinkerzahlen. Der ungeheure Nothilfe-Apparat, der hier im Laufe der Jahre aufgebaut wurde und der fortwirkend finanziert werden muß, kann frösteln machen. Nach derzeitigen Schätzungen stehen in der Bundesrepublik Deutschland neben der Masse der mit Tausenden von Mitarbeitern wirkenden Beratungsstellen allein für Alkoholranke an die neuntausend Betten für stationäre Entwöhnungsbehandlung zur Verfügung. Für Drogenabhängige hat man schon so weit diversifiziert, daß das Bundesgesundheitsministerium beispielsweise eine Einrichtung für werdende und junge drogenabhängige Mütter mit Kleinkindern finanzierte, weiter solche für „sehr junge Abhängige“, für Paare, Familien oder für „Alkoholranke mit Depressionserscheinungen“.

Nun also bildet sich ein Bewußtsein. Gestützt wird es von BIFOS, dem „Betäubungsmittel-Informationssystem“, vom Gesundheitsministerium aufgebaut und nun als „voll betriebsfähig“ gemeldet. Ganz offensichtlich hat der Datenschutz hier seine Grenze erreicht - noch einmal ein Bewußtseinswandel.

Das Dreiecksverhältnis

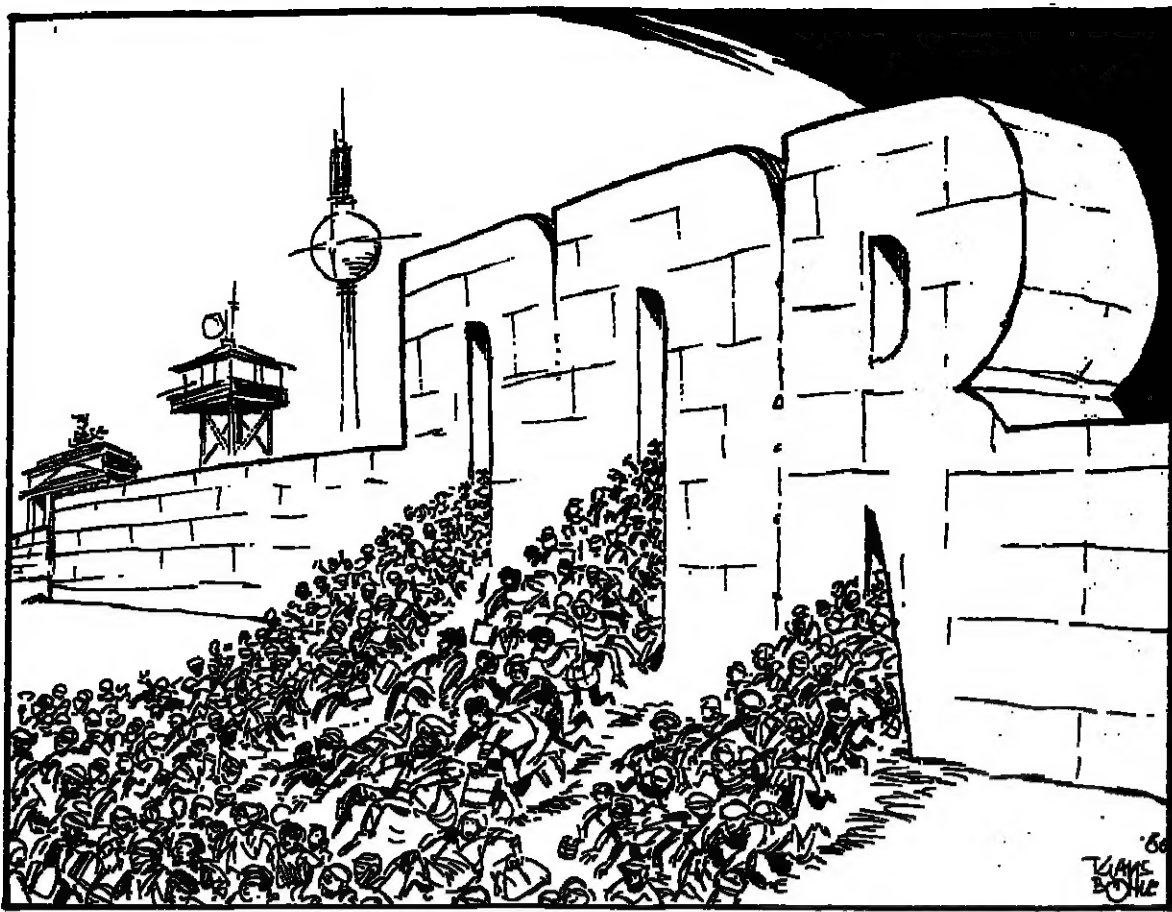
Von Jürgen Liminski

Wenn zwei sich streiten, gereicht das dem Dritten nicht immer zur Freude. Bundeskanzler Kohl sieht sich vor der schwierigen Aufgabe, den sozialistischen Staatspräsidenten Frankreichs und dessen bürgerlichen Premierminister Chirac gleichermaßen freundschaftlich zu behandeln. Für feine Unterschiede gibt es da wenig Raum, denn diese würden sofort Wasserläufe auf die innenpolitischen Kohabitationsmühlen Frankreichs freisetzen. Was tun? Bei solchen Strudeln links und rechts der deutsch-französischen Freundschaft bleibt Kohl nur der schmale Steg des Protokolls.

Auf diesem Steg schreitet der Kanzler. Daß das dem einen oder anderen Partner in Paris bisweilen nicht paßt, gehört zum Tagesgeschäft der Politiker. Kohl wird sich dadurch kaum beirren lassen. Nur: Die Verhältnisse werden dadurch kompliziert, daß seit einigen Wochen Reizwörter wie Cattenom, Agrarpolitik, deutsch-französische Rüstungsprojekte oder Kalisalz über den Rhein hin- und hergeworfen werden.

Vorsicht ist geboten. Die französischen Freunde werden zwar auch durch Umweltprobleme und gescheiterte Projekte nicht mehr zu Gegnern der Deutschen. Aber sie erfreuen sich eines intakten Nationalgefühls, und zwar sehr gern auf dem Rücken von Dritten. In dieser undankbaren Rolle sehen sich in der Regel die Sowjets oder die Amerikaner. Das könnte sich geographisch auch mal ändern.

Man versetze sich nur einmal in das Haupt des Präsidenten: Prima vista ist es für Mitterrand ein Prestigegegnis, wenn es zwischen Kohl und Chirac „Terminschwierigkeiten“ gibt, er jedoch allem Anschein nach jederzeit und überall den deutschen Kanzler treffen kann und dies auch tut. Innenpolitisch, und das heißt kohabitationspolitisch, wäre es für seine Popularitätskurve allerdings noch besser, wenn er im Falle einer Zuspitzung der Sprachlosigkeit zwischen Mitterrand und Kanzleramt als Vermittler auftreten oder gar die französische Position stützen könnte. Das wäre so recht nach dem Geschmack des Fuchs im Ellysée.



Das Asylantenloch

KLAUS BÖHLE

Einiges blieb offen

Von Rupert Scholz

Mit seinen Entscheidungen vom 14. Juli 1986 hat das Bundesverfassungsgericht einige durchaus wichtige Klärungen und Fortführungen in das Recht der Parteienfinanzierung gebracht. Wichtig ist vor allem, daß nach den Spendenaffären, die den Parteien wie unserer parteienstaatlichen Demokratie in der Öffentlichkeit so sehr geschadet haben, ein wieder fundiertes Maß an Rechtssicherheit und verfassungsrechtlicher Bekräftigung des Rechts der Parteien auch auf Unterstützung durch Spenden eingeleitet ist.

In der parteienstaatlichen Demokratie unseres Grundgesetzes gehört es zum selbstverständlichen Recht des Bürgers, ebenso über die Mitgliedschaft in Parteien wie durch deren (materielle oder immaterielle) Unterstützung am politischen Willensbildungsprozeß teilzunehmen. Unterstützt jemand politische Parteien mit Spenden, so kann dies unter den Aspekten steuerlicher Abzugsfähigkeit beziehungsweise Gemeinnützigkeit nicht anders behandelt werden, als wenn sonstige im öffentlichen Interesse liegende Organisationen unterstützt werden.

Zutreffend konstatiert daher das Bundesverfassungsgericht, daß es nicht zu beanstanden sei, die Finanzierung der politischen Parteien durch die steuerliche Begünstigung von Beiträgen und Spenden zu stärken. Zutreffend hat das Bundesverfassungsgericht auch die Vergabe öffentlicher Mittel zur Förderung der politischen Bildungsarbeit durch den politischen Parteien nahestehende Stiftungen legitimiert. Zum politischen Willensbildungsprozeß im weiteren, aber verfassungsmäßigen Sinne gehört nämlich auch die politische Bildungsarbeit. Daß diese Stiftungen ihrerseits selbstständig, eigenverantwortlich und von geistiger Offenheit sein müssen, ist rechtlich wie politisch selbstverständlich.

Der rechtliche Weg, Möglichkeiten wie Grenzen legitimer Parteienfinanzierung abzustechen, ist inzwischen klar geworden. Das Bundesverfassungsgericht hat sich seit 1958 wiederholt mit diesen Fragen befaßt und hierbei durchaus auch an der eigenen Rechtsprechung Korrekturen vornehmen müssen. Wenn 1958 die Abzugsfähigkeit von Parteispenden bis zur Höhe von zehn Prozent des Einkünfte oder zwei Promille des Umsatzes als verfassungswidrig erkannt wurde, so waren die 1967 eingeführten Begrenzungen der Abzugsfähigkeit zwar verfassungsmäßig, aber schon damals als zu eng erkennbar. Dies räumt das Bundesverfassungsgericht heute ein, wenn es dem Gesetzgeber ausdrücklich das Recht bescheinigt, „die Steuerbegünstigung von Zuwendungen an politische Parteien erheblich auszuweiten“.

Andererseits hält sich das Gericht an seine ursprüngliche Abgrenzung, wenn es einen absoluten Spendenbetrag (100 000 DM) als Grenze der Abzugsfähigkeit postuliert. Dieser Betrag sieht sich weder in der Gesetzgebung noch in der Verfassung vor, erscheint jedoch ungeachtet dessen als abgewogen: er liegt sicher im Rahmen dessen, was die Verfassung als Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum für das Parteienrecht zuläßt.

Für jede Form der Parteienfinanzierung gilt unverändert das Verbot der reinen oder auch nur überwiegenden Staatsfinanzierung, weil die Parteien gesellschaftliche und nicht staatliche Organisationen sind. Als gesellschaftliche Organisationen sind die Parteien vorrangig auf die Finanzierung durch den Bürger selbst, das heißt durch Beiträge und Spenden, angewiesen. Dies bekräftigt das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich. Der vielfältig erhobene Vorwurf gegen Spenden die Diskreditierung solchen politischen Engagements des Bürgers sollte sich jetzt endlich erledigt haben.

Andererseits ist ebenso unbestreitbar, daß ein unbegrenztes Maß an steuerlicher Abzugsfähigkeit von

GAST-KOMMENTAR



Der Staatsrechtslehrer Professor Dr. Rupert Scholz ist Berliner Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten. FOTO: HANS HÖFT

Ein Machwerk kann auch anders angelegt werden

„Struwelpeter“ als Beispiel für die Klippschulpolitik in Düsseldorf / Von Paul F. Reitze

In der letzten Kabinettsitzung der nordrhein-westfälischen Landesregierung vor der Sommerpause ließ sich Ministerpräsident Johannes Rau entschuldigen. Sein Fehlen bot die Möglichkeit, eine heikle Personalangelegenheit zu vertagen. Ob und wann der Staatssekretär im Kultusministerium, Ulrich Kleiner, abgelöst wird, bleibt so in der Schwebe - tunlichst bis nach den Bundestagswahlen.

„Spätestens nach dem 25. Januar wird hier im Haus Blut fließen“, erklärte ein Beamter des Ministeriums nach der Kabinettsitzung. Mit Kleiner steht und fällt Kultus-Chef Hans Schwier. Zwischen Minister und Staatssekretär gibt es ein besonders enges Vertrauensverhältnis. In seiner Antrittsrede als Kultusminister vor den Bediensteten seines Hauses im Herbst 1983 sagte Schwier, er wäre zum Wechsel vom Hochschul- zum Schulressort nicht bereit gewesen, wenn sein enger Mitarbeiter ihn nicht hätte begleitet dürfen. „Die

jenigen, die jetzt den Staatssekretär schlagen, wollen Schwier treffen“, kommentiert der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Philologenverbands, Peter Heesen.

Das Gespann Schwier/Kleiner hat inzwischen, trotz der ausstehenden Entscheidung in der Hauptsache, eine weitere schwere Niederlage einstecken müssen. Der Staatssekretär wollte einen Vertrauten von Schwiers Vorgänger Girssohn vorzeitig in Pension schicken. Er mußte auf Ordre des Ministerpräsidenten den Rückzug antreten: Ministerialdirigent Heermann, dem die Schulaufsicht - eine Schlüsselposition im Streit um die Gesamtschule - unterstellt ist, bleibt im Amt. Das kostet viel Autorität.

Auf Schwiers Nachfolge spekuliert nun dessen härtester innerparteilicher Gegenspieler, Manfred Dammeyer. Er ist bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Mit wachsender Intensität versucht er, alte GEW-Positionen

Spenden das Prinzip der für alle Bürger geltenden demokratisch-gleichen Teilhabe am politischen Willensbildungsprozeß antasten kann. Es kann zwar keine absoluten Maßstäbe für (materielles wie immaterielles) Bürgerengagement in und gegenüber den Parteien geben. Aber daß einzelne kraft ihrer finanziellen Möglichkeiten einen bestimmenden Einfluß auf politische Entscheidungen einer Partei ausüben, kann in der Tat, mit dem Recht der Bürger auf gleiche Teilhabe an der politischen Willensbildung nicht vereinbar sein. Mit der Begrenzung der Abzugsfähigkeit auf 100 000 DM sucht das Bundesverfassungsgericht hier die richtige Mitte zu finden. Daß ihm dies nicht mißlungen ist, wurde bereits gesagt.

Offen bleibt indessen nach wie vor die Frage, ob es nicht sachgerechter gewesen wäre, das steuerrechtliche Prinzip progressiver Besteuerung und progressiver Abzugsfähigkeit je nach Einkommenshöhe als solches unangetastet zu lassen und die nötige Begrenzung in systemgerechter Weise über ein Verfahren korrespondierender Degression in der Abzugsfähigkeit auszuwirken. Das letzte Wort wird auch insoweit noch nicht gesprochen sein. Dies liegt naturgemäß beim Gesetzgeber.

Nicht der Weisheit letzter Schluss scheint auch die vom Bundesverfassungsgericht bekräftigte Verfassungsmäßigkeit des sogenannten spendenmäßigen Chancenausgleichs im Parteiengesetz zu sein. Richtig ist zwar, daß zwischen den Parteien und ihrer finanziellen Unterstützung durch die Bürger ein möglichst intaktes Gleichgewicht bestehen sollte, um die politische Chancengleichheit aller Parteien nach Möglichkeit zu wahren. Wenn jedoch politisch engagierte Bürger einzelne Parteien, ihrem politischen Bekenntnis gemäß, finanziell unterstützen, so werden sie schwerlich begreifen oder akzeptieren, daß unter dem (übergeordneten) Aspekt der Chancengleichheit aller politischen Parteien ihr spendenmäßiger Beitrag über die staatlichen Steuerkassen zu Ausgleichsansprüchen anderer beziehungsweise konkurrierender Parteien und der von ihnen vertretenen Richtungen führen kann. Eine solche „Sozialisierung“ partei- und spendenpolitischer Engagements wirkt politisch lebensfremd und rechtlich außerordentlich konstruiert. Auch diese Krücke im Parteienfinanzierungsrecht benimmt mit Sicherheit nicht das letzte Wort. Die Prognose fällt nicht schwer: Die Parteienfinanzierung bleibt auf der Tagesordnung.

IM GESPRÄCH Robert Brown

Ein schwarzer Republikaner

Von Dietrich Schulz

In den Korridoren des State Department war es kein Geheimnis: Herman Nickel ist amtsüchtig. So war es schon lange keine Frage mehr, ob der Botschafter in Pretoria sein Amt zur Verfügung stellen würde, sondern nur noch wann. Nun scheint der Zeitpunkt näherzurücken, da der zur Zeit in Europa urlaubende Nickel offiziell seinen Abschied nehmen darf.

Zwei Namen sind in Washington als Nachfolger im Gespräch: Richard Viets und Robert Brown. Entschieden sich Präsident Reagan für Richard Viets (55), so wäre von dem Botschafterwechsel kaum besonderes Aufsehen zu machen. Viets ist als Berufsdiplomat langjähriger Angehöriger des amerikanischen Auswärtigen Dienstes. Seine Wahl hieße, daß Washington auf Kontinuität, auf geläufige Routinen setzt.

Anders sähe es aus, wenn der Präsident Robert Brown den Vorzug geben sollte. Denn die Hautfarbe des einundfünfzigjährigen Geschäftsmannes aus High Point im Bundesstaat North Carolina ist Schwarz. Brown gehört zu den nicht sehr zahlreichen Angehörigen der schwarzen Minderheit, die sich politisch eher zur Republikanischen als zur Demokratischen Partei hingezogen fühlen. Heute als Firmenberater tätig, sammelte Brown schon in den frühen siebziger Jahren politische Erfahrungen ganz oben in der Zentrale der Macht. Im Weißen Haus Richard Nixons arbeitete er als „Special Assistant“.

Was Robert Brown als Persönlichkeit hochinteressant macht, ist die Tatsache, daß er sowohl den mit extremen politischen Ansichten hervorgetretenen ehemaligen demokratischen Präsidentschaftskandidaten Jesse Jackson als auch den ultrakonservativen republikanischen Senator Jesse Helms zu seinen Freunden zählt. Das bedeutet, daß es Brown versteht, die Gemeinsamkeiten zu pflegen, die ihn mit anderen Mitglie-



Washingtons neuer Botschafter in Südafrika? Brown. FOTO: AP

dern der schwarzen Minderheit verbinden, aber auch, daß er sich in der derzeitigen politischen Landschaft gut auskennt.

In den letzten Monaten suchte er bereits einen gewissen Einfluß auf die Südafrika-Politik der Regierung zu nehmen. Er arrangierte in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium eine Informationsreise von fünfzehn schwarzen College-Präsidenten nach Südafrika, deren Empfehlungen unter anderem zu einem neuen amerikanischen Programm zur Förderung der Lehrerbildung in Südafrika führten. Das Nachrichtenmagazin „Time“ charakterisierte Brown als „die Verkörperung eines Brückenbauers“.

Ob die Regierung in Pretoria in der Entscheidung eines farbigen Botschafters auch einen „Brückenbau“ sehen würde, ist schwer zu sagen. Wahrscheinlicher ist, daß sie in ihr die Ankündigung einer Änderung in der Südafrika-Politik Washingtons vermuten würde. Nicht unwahrscheinlich ist, daß Präsident Reagan gerade dies im Sinn hat.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Es mahnt zum Asylanten-Problem:

Es klingt gut, sich für ein beschleunigtes Asylverfahren auszusprechen. Aber die überforderte Bismarckstraße kann überhaupt nicht „beschleunigen“. Und was nützt alle „Beschleunigung“, wenn 70 Prozent aller rechtlich abgelehnten Asylbewerber einfach im Land bleiben? ... Nur eine Änderung des Asylrechts kann wirklich Abhilfe schaffen.

Frankfurter Allgemeine

Sie verurteilt etwas in einer Rede:

Beim Besuch des pakistanischen Premierministers in Bonn sei alles hervorragend gelaufen, mag die danach vorherrschende Stimmung im Bundeskanzleramt und im Außenministerium sein ... Wie konnte es geschehen, daß der Kanzler in seiner Tischecke beim Mittagessen zu Ehren von Mohammed Khan Junjo nicht ein einziges Wort über dessen verdienstvolle Rolle bei der Wiederherstellung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse in Pakistan verlor? Solche Reaktionen aus berufenem deutschen Mund wäre ein gutes Zeichen gewesen.

Römische Rundschau

Sie scheint an Chancen des Privatrenten:

Die Tatsache, daß die Oberpostdirektionen gleich so oftändig geworden sind und ein knappes hundert zusätzliche lokale Frequenzen zur Verfügung stellen können, bedeutet immerhin einen Hoffnungsschimmer für interessierte Privat-Anbieter ... Darüber freilich, wer jetzt den Zuschlag erhält, wird es mit Sicherheit zu einem medienpolitischen Machtkampf der Interessierten kommen, ...

Daß die öffentlich-rechtlichen Anstalten erstmals freiwillig auf die Ausweitung ihres ohnehin zahllose Vorteile garantierenden Monopols verzichten könnten, ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht zu erwarten.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung geht auf die EG-Armutsbekämpfung ein:

Bauernverbände und Minister können indessen sicher sein: Zu einem Aufstand der 320 Millionen EG-Verbraucher wird es nicht kommen. Sie lassen sich nicht organisieren, und sie verfügen über keine Traktoren und schwarze Fahnen. Sie werden also weiterzahlen - bis die Überschüsse zum Himmel stinken.

SÜDKURIER

Die Konstanzener Zeitung kritisiert Späth Wasserplanung:

Nicht der, der die Umwelt belastet, soll zahlen, sondern der, der sie nicht belastet, erhält Geld. Dies ist eine radikale Abkehr vom gerade von Lothar Späth so gern verfochtenen Verschärfungsprinzip. Ob allerdings die Rechtsprechung diesen ausgeklügelten Gedankenspielen folgen können, ist noch fraglich. Denn aus juristischer Sicht ist der neue Wasserpreppennig alles andere als „wasser-dicht“.

WASHINGTON POST

Sie warnt vor Atomprogrammen Pakistans und Indiens:

Moskau hat genauso viel Interesse wie Washington daran, kleine Länder von Atomwaffen fernzuhalten, damit sie keine Schwierigkeiten auslösen - einen Krieg beginnen, der die ganze Welt in Mitleidenschaft ziehen könnte.

„Die Erfahrungen müssen inhaltlich auf andere entsprechende Bildungsgänge, unabhängig von deren bisherigen Organisationsformen und Bezeichnungen, übertragen werden.“

Würde Hans Schwier sich solche Richtlinien zu eigen machen, bedeutete dies, was selbst die Gesamtschule nicht geschafft hat: einen bundesweiten bildungspolitischen Krieg. Das Abitur, das im Laufe des nächsten Jahres von den Kultusministern einer durchgreifenden Reform unterzogen werden soll, wäre vollends entwertet. NRW-Abiturienten, die im Süden studieren möchten, müßten sich einer Hochschulzugangsprüfung unterziehen. Doch selbst wenn sie im eigenen Bundesland blieben, hätten viele das Nachsehen: Das Zwischenexamen an den Universitäten, die auf sich halten, würde zur eigentlichen, wenn auch verspäteten Abiturprüfung, mit Rekord-Durchfallquoten.

1683

Klaus Böhle

Der Hunger wird zum Gegner der Sandinisten

Nicaragua nach sieben Jahren sandinistischer Revolution: Es fehlen Milch, Fleisch, Reis und Brot. Zum ersten Mal ist der Hunger in diesem Land zu einem Problem geworden. Das Volk verarmt. Kriminalität und Prostitution nehmen zu. Wer dem Elend entgehen will, verläßt das Land. Regime und Stimmung sind auf dem Nullpunkt.

Von WERNER THOMAS

Los Ranchos" zählt zu den besten Restaurants des Landes. Das populäre Freiluft-Lokal neben dem Außenministerium serviert seit Sommers Zeiten saftige Steaks. An diesem Juli-Abend ist das Haus geschlossen. „Kein Fleisch“, erläutert der Kellner, der auf das Klopfeisen reagiert und die Tür öffnet. Der Taxifahrer fragt später fassungslos: „Los Ranchos ohne Fleisch? Sind wir schon so weit?“

Wenn die sandinistischen Revolutionäre nächsten Samstag den sieben Jahrestag ihrer Machtübernahme feiern, wird der eskalierende Krieg gegen die antimarkistischen Contras-Rebellen die Reden, Transparente und Sprechchöre beherrschen. Längst läuft eine neue Mobilisierungskampagne in den Medien. Die Bevölkerung bewegt dagegen ein anderes Problem, das die Presse selten erläutert und kommentiert: die kritische Versorgungslage in der Geschichte der Nation. Das Thema „Hunger“ beschäftigt die Diskussionen. „Zum ersten Mal wird bei uns gehungert“, sagt Virgilio Godoy, der prominenteste Oppositionspolitiker.

Die „hölische Wirtschaft“ (Präsident Daniel Ortega) bestimmt fast alle Unterhaltungen. Selbst ein Diplomat klagt: „Auch wir leiden unter der no hay-Situation.“ Wie ein Alpträumen verfolgen die Worte „no hay“ (es gibt nicht) die Menschen Nicaraguas.

Der „Supermercado del Pueblo“, der Supermarkt des Volkes, an der Carretera Sur Anfang Juli: kein Reis, keine Bohnen, kein Brot, keine Milch, keine Eier, kein Speiseöl. Die Fleischabteilung ohne Fleisch. Bürsten, Besen, Obstblock-Geschirr und Putz- oder Spülmittel füllen die leeren Regale. Vor der Bäckerei an der Plaza España, Gerüchten zufolge im Besitz der Ortigas, stehen die Leute bereits ab vier Uhr morgens nach Brot Schlange. Der Kellner an der Bar des „Intercontinental“-Hotels entschuldigt sich: „Tut mir leid, nur Tona-Bier (dem einige Zutaten fehlen).“ Das besser schmeckende „Victoria“ ist zugangsbekannt. Es gibt nur noch eine Zigarettensorte (ohne Filter), Alas.

Hausfrauen berichten, daß sie sich täglich bis siebenmal irgendwo anstellen müssen. Die Regierung läßt

im Fernsehen Appelle verbreiten: „Haben Sie Geduld, warten Sie in der Schlange.“ Ein anderer Aufruf empfiehlt das Kochen ohne Fett. Alle Fette sind rar. Der Taxifahrer, der uns zwei Tage chauffiert, flucht über die Qualität bulgarischer Reifen und kubanischer Batterien. Er startet den Motor, indem er zwei freihängende Leitungen in Berührung bringt. Ein Funke zischt. Der defekte Anlasser konnte wegen des Ersatzmangels nicht repariert werden.

Der Mann macht sich Sorgen um die Gesundheit seiner Kinder. In Nicaragua grassieren Epidemien: Meningitis, Malaria, Darmleiden. Das sandinistische Sprachrohr „Barricada“ meldete am 2. Juli auf Seite eins: „120 Kinder von Meningitis betroffen.“ Täglich würden 500 kleine Patienten in das Hospital Manuel de Jesús Rivera gebracht werden. Anfang Juli waren alle Grundschulen geschlossen. „Beamte des Gesundheitsministeriums wollen die Möglichkeit einer bakteriologischen Aggression der Vereinigten Staaten nicht ausschließen“, schrieb „Barricada“.

Gesundheitsministerin Dora María Téllez, ein Mitglied der Comandante-Kaste, erinnerte freilich auch an den Medikamentenmangel und die unzulänglichen hygienischen Verhältnisse. Die Bevölkerung Managua – „mitten im Wasser“ bedeutet der Name in der Indio-Sprache – muß zwei Tage pro Woche ohne Wasser auskommen. Es heißt, daß die Pumpanlagen nicht mehr richtig funktionieren.

Die Stadt der Erdbeben-Ruinen wirkt noch häßlicher als zuvor. Dieser Eindruck drängt sich schon kurz nach der Ankunft auf. Entlang der Carretera Norte, die vom Sandino-Flughafen ins Zentrum führt, registriert man wilden Gras- und Unkrautwuchs. Es sind neue Autofriedhöfe entstanden, auf denen auffallend viele Blechkeile aus dem Ostblock ruhen. Überall schießen schäbige Bretterbuden wie Pilze aus dem Boden, auch in unmittelbarer Nachbarschaft der umzäunten amerikanischen Botschaft. Hier haben sich Flüchtlinge aus den Kriegsregionen niedergelassen.

Klapprige Fahrzeugfümpel über Straßen, die Katerlandschaften gleichen. Besondere Gefahren bergen Kanalisations-Schächte ohne Betondeckel. Der Wagenpark wird immer osteuropäischer. Hochbeinige bulgarische Kleinbusse der Marke „Robur“ mit cremefarbenem Anstrich sind die neuesten Errungenschaften.

Der Cordoba, die Landeswährung, setzt seinen Schrumpfschritt fort. Offiziell läßt der Staat den Dollar 1:70 tauschen. Der Parallelmarkt darf 900 Cordobas bieten. Die Schwarzmarkthändler zahlen bereits bis zu 2200 Cordobas. Bei diesen Kursverhältnissen



Nicaragua '86: Ein Stück Melone – vielleicht die einzige Mahlzeit

FOTO: CAMERA PRESS

sen wurden die Cordoba-Scheine langsam knapp.

Der Dollar ist König. Wer die grünen Noten besitzt kann fast alles kaufen. Viele Schwarzmarkt-Geschäfte werden auf Dollarbasis abgewickelt. Der Staat ließ auf dem Flughafen und in den besseren Hotels Devisenböden einrichten, deren Angebot neben Kosmetik-Artikeln und Textilien auch die „New York Times“ (zwei Dollar) umfaßt.

Die Mehrheit der Bevölkerung klagt über einen rapiden Rückgang des Lebensstandards. Der Privatsektor-Verband Cosep hat errechnet, daß das Realeinkommen eines campesinos 1979 dreieinhalbmal so hoch war wie heute. Auf dem Schwarzmarkt kostet ein Pfund Reis bereits 3000 Cordobas. Ein Arbeiter muß dafür zwei bis vier Tage arbeiten. Ein Paar Jeans oder ein Paar Schuhe kommen auf mindestens 40 000 Cordobas. So viel, etwa 18 Dollar auf dem schwarzen Devisenmarkt, verdient ein gut-bezahlter Arbeiter pro Monat.

Der Verarmungs-Prozess schuf ein Verbrechensproblem. Managua, vor wenigen Jahren noch die ungefährlichste Hauptstadt der Region, scheint nicht mehr sicher zu sein. Freunde warnen vor Jugendbanden und empfehlen, bestimmte Bezirke zu meiden.

Das älteste Gewerbe floriert. Diskotheken wie „Lobo Jack“ dienen als Kontakt-Stätten. Auch das „Mau-Mau“, das Tischnokel mit den zahlungskraftigen Kunden nahe der „Intercontinental“-Pyramide, zieht

gewisse Damen an. Die Leute erzählen, daß der Alkohol-Konsum steigt. Väter notleidender Familien suchen Trost beim „Flor de Caña“-Rum. Die verhängnisvollste Konsequenz der wirtschaftlichen und sozialen Krise ist jedoch die Massenflucht.

In Scharen kehren Nicaraguaner ihrem Land den Rücken. Es gibt keine Zahlen. Vertreter des Privatunternehmer-Verbandes schätzen, daß Hunderttausende in den letzten ein- und einhalb Jahren die Nation verließen. Unternehmer klagen, sie würden ihre besten Fachkräfte verlieren.

Sieben Jahre nach dem Sturz der Somoza-Diktatur und dem triumphalen Einzug der sandinistischen Revolutionäre in Managua herrscht ein Stimmungstief in der Bevölkerung. Alle Gespräche drehen sich früher oder später um die Versorgungslage, die auch Vizepräsident Sergio Ramírez kürzlich als „äußerst schwierig“ bezeichnete. Viele Menschen wollen die Erläuterung der Regierung nicht akzeptieren, der Krieg der „sozialistischen Soldaten“ sei allein schuld an der Misere. „Die Menschen wissen besser Bescheid“, meint der christdemokratische Oppositionsführer Erick Ramírez. Er behauptet: „Die Unterstützung für diese Regierung nähert sich langsam dem Nullpunkt.“

„Nach sieben Jahren setzen wir den Kampf für den Frieden fort“, heißt die Losung der Revolutionäre in der nördlichen Frontstadt Estelí. In Managua endet jedoch kaum jemand von den Contras. Die Leute haben andere Sorgen.

Der Lohn der Gewalt – kümmerliche 5300 Dollar

Täglich werden in den USA neunzehn Banken überfallen. Im Kampf gegen die Gangster haben das FBI und der amerikanische Bankenverband den „typischen Bankräuber“ gezeichnet.

Von HORST-A. SIEBERT

Es lohnt sich kaum, und nahezu vier Fünftel der Täter werden gefaßt. Dennoch vergeht in den USA kein Tag, an dem nicht statistisch 19 Banken, Sparkassen und andere Kreditinstitute überfallen, ausgeraubt oder bestohlen werden. 1984 (neuere Zahlen gibt es noch nicht) waren es 6796 mit 7731 beteiligten Personen, darunter 411 Frauen. In 6108 Fällen wurden 424 Millionen Dollar erbeutet, wovon die Polizei später 6,4 Millionen Dollar sicherte. Im Durchschnitt machte der Lohn der Gewalt mithin kümmerliche 5300 Dollar aus.

Als Warnung für seine rund 13 500 Mitglieder hat der amerikanische Bankenverband den „typischen Bankräuber“ ermittelt. Er ist 20 bis 25 Jahre alt, neuerdings weißer Hautfarbe (54 Prozent) und schlägt vorzugsweise freitags zwischen 11 und 15 Uhr zu. Zu 80 Prozent dreht er die „Dinge“ im Alleingang, indem er sich wie ein normaler Kunde zum Kassenschalter bewegt und einen Zettel über den Tresen schiebt. Gefaßt wurden aber auch schon neunjährige Jungens oder Mütter mit ihren Kindern, die eine Pistole zudeckten.

Es waren die Beamten des Federal Bureau of Investigation (FBI), die so notorische und brutale Bankräuber wie Jesse James, Willie Sutton oder Bonnie und Clyde stellten. Noch heute schlagen sie zu, wenn ein „Holdup“ gemeldet wird. Die Statistiken, die im Zimmer 5042 des neuen FBI-Hauptquartiers in Washingtons Pennsylvania Avenue gesammelt werden, sind trotz der Fortschritte in der Verbrecherbekämpfung furchterregend. So ist die Zahl der Banküberfälle in den USA am stärksten gestiegen, verglichen mit allen anderen „Robberies“.

Drogensucht ließ die Zahl der Überfälle explodieren

Vor 30 Jahren registrierte das FBI noch nicht einmal 500 Banküberfälle; 1970 waren es schon mehr als 2300 und 1976 über 4500. Zu einer regelrechten Explosion kam es danach: 1979 wurden 7600 und 1981 rund 8000 Finanzinstitute heimgesucht. Seit dem zeigt die Kurve allerdings wieder leicht nach unten. Das erschreckende Plus läßt sich nur mit dem Entstehen der Drogenszene erklären. Von den 1984 gefaßten 4894 Personen benutzten 2704 oder 55 Prozent Drogen, während 973 (20 Prozent) Wiederholungs-täter waren.

Zwischen 1976 und 1980, der schlimmsten Ausflugs-Phase, schnellte in den USA die Zahl der Banküberfälle um 71 Prozent in die Höhe, während Überfälle auf Tante-

Emma-Läden um 47, auf Straßenpassanten um 45 und auf Tankstellen um fünf Prozent zunahmen. Dazu paßt die regionale Verteilung: Auf Kalifornien mit den Drogenzentren Los Angeles und San Francisco entfielen im vorletzten Jahr 1953, auf Florida 506 und auf New York 488 Banküberfälle.

Nach Angaben des FBI wurden 1984 in 2663 Fällen Schusswaffen und in 81 Messer benutzt. In 1854 Fällen genügte die Drohung. 265 Mal wurden Bomben geworfen. Richtig blutig ging es bei 264 Attacken zu; das Ergebnis waren 21 Tote, 117 Verletzte und 37 abgeschleppte Geiseln. Zumeist Angestellte der Institute. Mit dem Leben bezahlten 14 Verbrecher den Griff nach dem leichten Geld.

Erhebt wird das Verhalten der Bankräuber in Amerika noch durch diese Zahlen: In 88 Prozent der Fälle bevorzugten sie den Überfall am Schalter; Safes oder Automaten wurden nur selten geknackt (4,5 und 1,8 Prozent). Noch rarer waren Überfälle auf Geldtransporte und Geldböden (0,4 und 0,3 Prozent). Hinzu kommt, daß die Verbrecher Bankzentralen mißtrauten und sich auf Niederlassungen konzentrierten (90 Prozent), wovon wiederum nur wenige (0,1 Prozent) in entlegenen Gegenden befanden. Der Schwerpunkt der Überfälle lag vielmehr in Geschäftsdistrikten (50), in Wohngebieten mit Geschäften (37) und Einkaufszentren (22 Prozent).

Die jüngsten Statistiken des FBI zeigen andererseits, daß sich die amerikanischen Geldinstitute trotz der Überfälle-Welle in den vergangenen Jahren immer noch unzureichend schützen. So verfügten 1984 von den betroffenen 6796 Banken und Sparkassen zwar 98 beziehungsweise 96 Prozent über Alarmsysteme und 95 Prozent über Überwachungskameras, aber nur 0,5 Prozent über kugelsichere Schalter-Einfassungen, die vom FBI als wirksamste Abwehr angesehen werden. Ein gutes Zehntel der elektronischen Geräte war überdies nicht eingeschaltet. Von den 530 bewaffneten Wächtern waren nur 408 im Dienst.

Die American Bankers Association (ABA) in Washington hält für ihre Mitglieder eine Fülle von Schutzvorschriften, verpackt in zwei dicken Bänden, bereit. Empfohlen werde unter anderem große rechteckige Räume, nach neuen Untersuchungen läden kleine viereckige und „gemütliche“ zu überfallen ein. Die Kassenschalter sollten nicht mehr als 1,50 Meter voneinander entfernt sein, weil sich sonst die „Robbery“-Rate verdoppelt.

Bei der Ausarbeitung eines strategischen Abwehrplans ist jedoch auch darauf zu achten, daß sich nicht alle Kassen in der Schußlinie eines Revolvers befinden. Schalter gegenüber dem Ausgang locken ebenfalls Räuber und Diebe an. Laut ABA besteht außerdem kein Zusammenhang zwischen großen Straßenfenstern und einem verringerten Überfallrisiko. Der Einblick verleitet vielmehr zu schnellen „Hits“. Früher glaubte man, Pas-

santen würden sofort die Bescherung sehen und die Polizei rufen. Darüber hinaus empfiehlt der Verband verstärkte Sicherheitsanstrengungen in den Stunden, in denen Überfälle stattfinden. So zum Beispiel, wie erwähnt, freitags zwischen 11 und 15 Uhr.

Ein weiteres: Unbewaffnete Bankräuber verhalten sich anders als bewaffnete. Die einen möchten am liebsten nicht auffallen, die anderen suchen geradezu die Aufmerksamkeit damit, so die ABA. „Die Leute die Macht der Pistole spüren“. Stets sichtbar müssen deshalb die bewaffneten uniformierten Wächter sein; nur so lassen sich auch nicht kalkulierbare Überraschungen vermeiden.

Die meisten Banken sind nicht gesichert

Wirklich schlüssig erklären kann weder das FBI noch der Bankenverband in Washington den 1984 registrierten Rückgang der Überfälle. Den Alarmanlagen und Fernsehkameras sowie den explodierenden Falschgeldbündeln und Farbbeutelchen, die von einigen US-Banken verwendet werden, wird keine entscheidende Abwehrwirkung zugeschrieben. Im Washingtoner Umland ist, wie auch anderswo in Amerika, die Mehrzahl der Institute sonst nicht gesichert. Vermutlich ist die Zurückhaltung der Ganoven hauptsächlich auf das bessere Beschäftigungsklima zurückzuführen. Außerdem hat sich die Drogenszene „entschäft“.

Konfrontiert bleiben die Finanzinstitute in den Vereinigten Staaten mit zwei Problemen – dem harten Kern der Bankräuber und den hohen Sicherheitskosten, die bei weitem die erbeuteten Geldbeträge übersteigen. Immerhin haben 45 Prozent der Verhafteten eine längere Gefängnisstrafe hinter sich. Trotz der Kameras benutzen 76 Prozent keine Masken, und 97 Prozent folgen beim Banküberfall „einem plötzlichen Verlangen als einem genauen Plan“. Dagegen ist natürlich kein Kraut gewachsen. Andererseits erfordert kugelsichere Barrieren aus Plexiglas mehr als 3000 Dollar je Schalter, der Umbau der Heizungs- und Lichtanlagen nicht eingerechnet. Verloren geht überdies der von US-Kunden gewünschte persönliche, offene „Look“.

Wegen der Kosten entlassen einige Institute bereits die bewaffneten Uniformträger, zumeist von Agenturen wie Pinkerton und Globe angeheuert. Sie verschlingen jährlich, stundenweise eingesetzt, jeweils 37 000 Dollar, also fast siebenmal soviel wie die durchschnittliche Beute. Verweisen wird darauf, daß die Anwesenheit der bewaffneten Wächter Überfallsituationen verschärft, was von der FBI-Statistik aber nicht gestützt wird. Auf der Banken schwören weiterhin die Männer in blauen Uniformen: Erstens sind sie gute PR („Wir tun wenigstens etwas“), zweitens fühlt sich das Personal geschützt und drittens können sie Erzie Hilfe leisten.

Der siegreiche Kampf um das Edelweiß

Sie sind eine besondere Truppe, die Männer, die das Edelweiß an der Mütze und am Ärmel tragen. Denn sie verteidigen nicht nur die Berge, sondern auch ihre eigene Truppe. Morgen feiert die I. Gebirgsdivision ihr 30-jähriges Bestehen.

Von PETER SCHMALZ

Knapp dreißig Jahre steckte Franz Josef Strauß im Bundeswehr und blieb als Verteidigungsminister, als Oppositionspolitiker in Bonn wie als Ministerpräsident in Bayern auf dem Ehrenthron „Gebirgsjäger h.c.“ sitzen. Morgen aber, wenn die I. Gebirgsdivision ihr 30-jähriges Bestehen mit einem Appell in und einem Marsch durch ihren Standort Mittenwald feiert, gibt es für Strauß endlich den Gefreitenstreifen: Er wird zum „Obergebirgsjäger ehrenhalber“ befördert.

Dies soll keine Verbeugung vor dem mit Auszeichnungen ohne hin reich gesegneten Ministerpräsidenten sein, sondern – wie Divisions-Sprecher Major Volker Leopold betont – ein Dankeschön an den Mann, den viele der 22 000 Gebirgsjäger „Vater unserer Division“ nennen. Denn er war es, der als junger Bundestagsabgeordneter den damaligen General Heusinger überredete, 1956 zwei Gebirgsbrigaden aufzustellen, die Strauß in seinen ersten Wochen als Verteidigungsminister noch im selben Jahr in eine Division umwandelte.

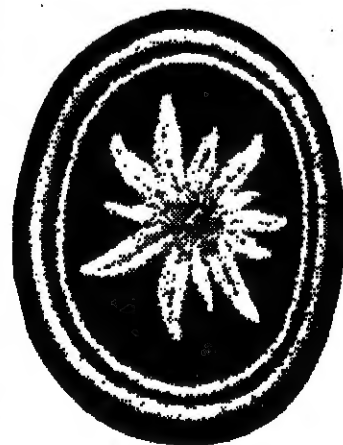
Damit war eine Einheit wiedergeboren, die zu den traditionsreichsten, aber auch eigenwilligsten zählte und die ihren Ursprung zurückverfolgt bis ins 17. Jahrhundert, als die Heeresabteilung der oberbayerischen Bauern „Bergschützen“ genannt wurde. Zum Ausbruch des Ersten Welt-

krieges bestand bereits ein „Bayerisches Schneeschuhbataillon 1“, das innerhalb von drei Wochen zu einem 30 000 Mann starken deutschen Alpenkorps aufgebläht wurde, nachdem die Österreicher aus Furcht vor einem Angriff der gefürchteten italienischen Alpeni an der Alpenfront um Hilfe gebeten hatten.

Und damals begann, was die Division heute voller Stolz „bayerische Eigenmächtigkeit“ nennt: Ihr erster Kommandeur General Konrad Kraft von Dellmensingen bekam vom k.u.k.-Verbündeten ein Edelweißabzeichen überreicht, das ihm demnächst gefiel, daß er 20 000 davon bestellte, sie seinen Männern ausstellen ließ und erst nach drei Wochen, als die beschirmten Berggipfel auch in der abgelegenen Bergstellung damit geschmückt waren, einen Genehmigungsantrag an das bayerische Kriegsministerium stellte. Die weiß-blaue Bewilligung lag nach wenigen Tagen vor, doch Uniformänderungen mußte auch das kaiserliche Kriegsministerium in Berlin zustimmen.

Von der Spree aber kam ein Verbot mit dem ungnädigen Hinweis, der Kaiser habe sich „widerholt scharf gegen Eigenmächtigkeiten im Anzuge, wie sie zum Schaden der Manneszucht vielfach in Erscheinung treten, ausgesprochen“. Erst Monate später, während die Gebirgsjäger trotz des Edelweißabzeichens schwere Bergkämpfe voller Manneszucht und Mut bestanden, tickte das Telegramm: „Edelweißantrag allerhöchst genehmigt.“

Vor dreißig Jahren wurde wiederum allerhöchst mit dem „Leontopodium alpinum“, so der lateinische Name für den naturgeschützten Korbblütler, konfrontiert. In Schuhkartons und Zigarenkisten hatten die neuen Gebirgsjäger alte Abzeichen aus der Wehrmachtszeit hervorgekramt: breite Blüte mit neun flügeligen Blättern und einem Stengel.



dell IV“ und sollte der I. Gebirgsdivision nicht nur die Eins vor dem Namen und das Edelweiß rauben, auch die Bergmütze, die Kellhose, die Bergbluse, die Bergstiefel und vor allem die Mullen und Haflinger waren im Visier der Bonner Schreibstisch-Strategen.

Nachdem die Bündnislage im militärischen Ernstfall einen Angriff aus dem Süden über die Alpen unwahrscheinlich machte, befand der damalige Verteidigungsminister Georg Leber: „Mit Mullen und Kletterschuhen kann kein gepanzerter Angriff aus dem Osten abgeschlagen werden.“ Er wollte die Gebirgsjäger ausnahmslos vom Huf auf die Kette umrüsten und sie zur 8. Panzerdi-

vision degradieren. Und wo Lasten im Gebirge zu befördern sind, da ist der Hubschrauber schneller, stärker und leistungsfähiger als ein störrisches Tragtier, befanden die rheinischen Technokraten.

Wohl schimpfte ein Feldwebel trotz über das Barett, das künftig anstelle der Bergmütze getragen werden sollte, „diese Pizza kommt nicht auf meinen Kopf“, der Mittenwalder Widerstand gegen die Bonner Großattacke schien jedoch aussichtslos. Dann aber gab es plötzlich Unterstützung, als Ehren-Gebirgsjäger Strauß dem Verteidigungsminister schrieb, ein Blick nach Amerika oder Frankreich zeige, daß Gesichtsbewußtsein und Tradition keineswegs auf Kosten von Modernisierung oder Schlagkraft der Truppen gehen müssen, und als ein Spion in Lebens-Nähe auf zwang und diesen zum Rücktritt zwang.

Nachfolger Hans Apel stimmte nach einer Denkpause einem Kompromiß zu, der die Bergtruppe zwar zur Panzer- und Panzergrenadiereinheit machte, ihr aber traditionelle Kleidung und Zeichen ebenso erhielt wie die vierbeinigen Kameraden: In der Tragtierkompanie 230, die in Bad Reichenhall stationiert ist, sind seither Mullen und Haflinger in vier Zügen vereint.

Für Mullen gibt es keinen Ersatz“, sagt Oberstabsveterinär Dr. Wolfram Noreisch, einer von zwei aktiven Bundeswehroffizieren, die diesen ungewöhnlichen Titel tragen. Der andere arbeitet bei der Hundestaffel in Koblenz. Denn auch die Zuverlässigkeit der Hubschrauber hat ihre Grenzen, wenn Wolken und Nebel die Berge umhüllen: „Dann sind Mensch und Tier die letzten Transportmittel, um Munition und Verpflegung nach oben und Verwundete nach unten zu bringen.“

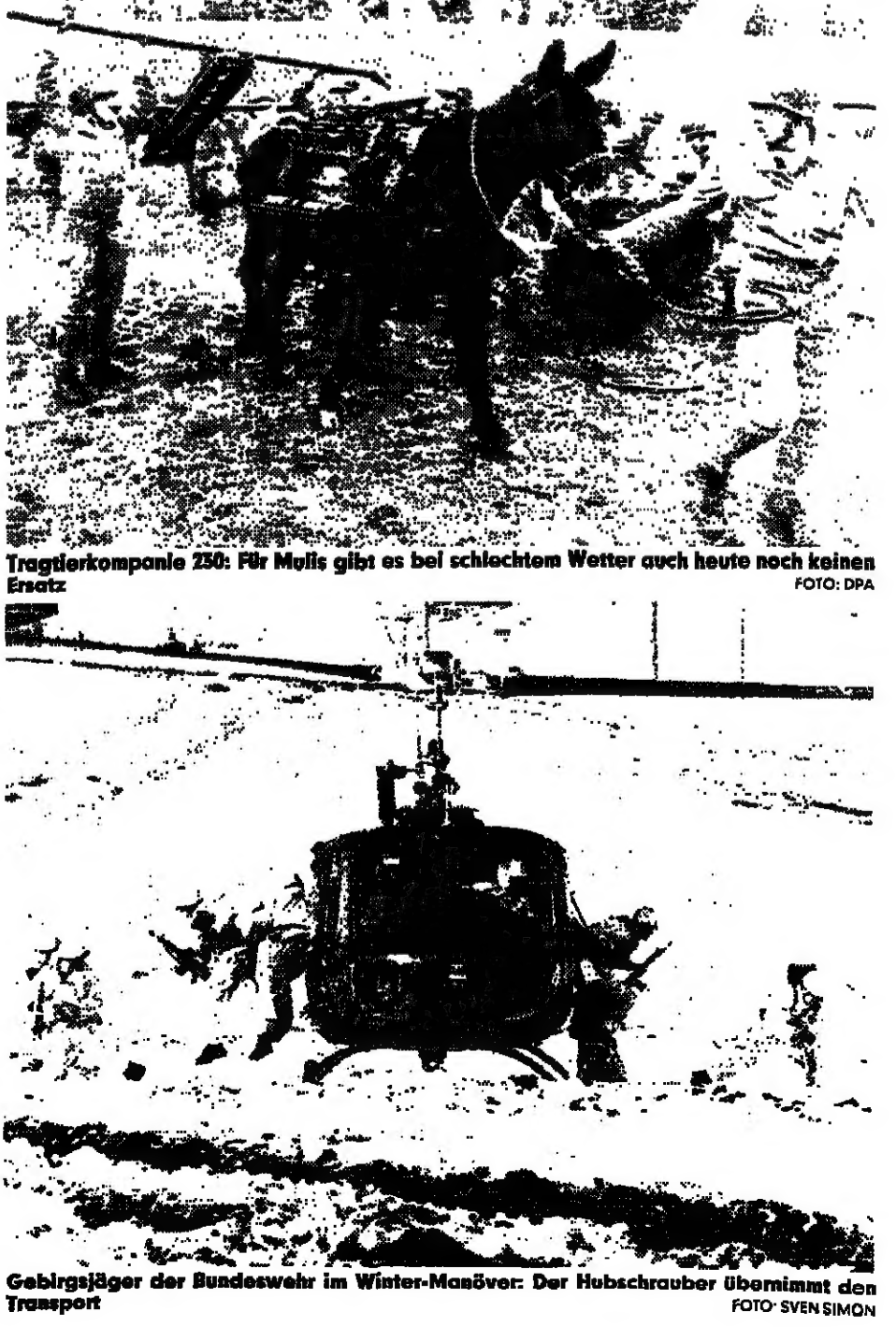
110 Tragtiere taten noch vor einem Jahrzehnt ihren Dienst, im-

merhin 54 sind es noch heute, darunter zwei Drittel Mullen. Diese fortpflanzungsunfähige Mischung aus einem Eselhengst und einer Pferdестute vermag acht Stunden lang 130 Kilogramm Last zu schleppen und dabei stündlich mindestens 300 Höhenmeter zu überwinden.

Die Haflinger haben sich als weniger belastungsfähig erwiesen, doch ihr Einsatz gilt als Referenz an die bayerische Heimat von Pferd und Truppe. Die Mullen nämlich sind importiert – und das sogar noch aus dem Land, dessen gefährdete Alpen-Soldaten vor über 70 Jahren die deutsche Heeresleitung veranlaßten, ein Alpenkorps aufzustellen: Die ersten Mullen nach dem letzten Krieg kamen aus Sizilien, 450 Kilo schwer, gut 1,60 Meter groß und als „nervig, nicht zickig, keine Schläger und Beißer“ gepriesen.

Die jüngsten sechs, im Mai vergangenen Jahres gekauft, stammen aus der Gegend von Rom. „Wir haben damit den Altersdurchschnitt dieser Truppe erheblich herabgesetzt“, begründet Major Leopold den Zukauf. Im „Truppenversuch“ schleppen nun auch zwei Norweger schweres Gerät auf bayerische Berge. Man will den nördlichen Import auf seine Diensttauglichkeit testen.

Die Tiere belasten den Verteidigungssatz nur geringfügig. Sommers rupfen sie sich die Nahrung eigenhändig von Wiesen und Matten, ansonsten verdienen sie zu allen Jahreszeiten ein beträchtliches Zubrot, indem sie abgelegene Hütten mit Speis und Trank versorgen. Und das letzte Mull, das in Mittenwald verblieben ist, kostete das Verteidigungsministerium keinen Pfennig: Ehemalige und aktive Gebirgsjäger sammelten 10 000 Mark und ließen ein Mull in Bronze gießen, auf das mindestens ein Exemplar des Traditionstieres auch künftige Heeresstrukturformen unbeschadet übersteht.



Tragtierkompanie 230: Für Mullen gibt es bei schlechtem Wetter auch heute noch keinen Ersatz

FOTO: DPA

Gebirgsjäger der Bundeswehr im Winter-Manöver: Der Hubschrauber übernimmt den Transport

FOTO: SVEN SIMON

Konsequenzen aus Karlsruher Spenden-Urteil

Die Koalitionspartner haben der SPD und den Grünen Gespräche über Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Parteienfinanzierung angeboten. Die Parlamentarier der CDU/CSU und FDP erklärten gestern, Urteil und Urteilsgründe des obersten Gerichts sollten sorgfältig geprüft und die Vorarbeiten für gesetzliche Änderungen möglichst schnell aufgenommen werden. Ziel

Anzeig

QUICK hat ihnen mehr zu sagen. Zum Beispiel:

Nach dem Terroranschlag: Die geheimen Pläne der RAF Europaweit werden Gewaltdemos von terroristischen Gruppen geplant. Jüngster Akt: Der Bombenanschlag auf den Siemens-Vorstand Prof. Beckurts und seinen Fahrer. QUICK sagt Ihnen, wie stark die neugeordnete Rote Armee Fraktion heute ist, wie sie mit ausländischen Organisationen zusammenarbeitet, wie ihre geheimen Pläne aussehen und wie weiterhin in akuter Gefahr liegt.

QUICK stellt zur Diskussion: Müssen Sie bis 70 arbeiten? Den Hintergrund dafür bildet ein Vorschlag aus CDU-Kreisen zur Umstrukturierung der Rentenversicherung. Er sieht vor, die flexiblen Altersgrenzen auch nach oben zu erweitern. Ein Modell, das die bisherige Rentenpolitik auf den Kopf stellt. In QUICK lesen Sie das Ergebnis einer aktuellen Meinungsumfrage, wie die Deutschen darüber denken. Und in QUICK erfahren Sie auch, wie das Rentenproblem der nächsten Jahrzehnte anders gelöst werden kann.

QUICK steht für Qualität!

sei es, die gesetzgeberischen Maßnahmen dem neuen Bundesgesetz, der aus der Wahl am 25. Januar 1987 hervorgeht, zur Beschlussfassung vorzulegen.

In dem Koalitionsvertrag wurden neben der Parteienfinanzierung auch politische Aktivitäten der Regierung und der Fraktionen während der parlamentarischen Sommerpause erörtert.

Wallmann zeigt Verständnis für die französische Haltung zu Cattenom

Keine neuen Sicherheitsgarantien / Lafontaine sammelt Munition für den Wahlkampf

P. RUGE/U. RUTZ, Paris/Bonn. Cattenom wird zum Reizwort in den deutsch-französischen Beziehungen. Umweltminister Walter Wallmann gelang es zwar bei seinen Pariser Gesprächen mit Industrieminister Alain Madelin und dem Ressortchef für Umwelt, Alain Carrignon, die Ängste und Sorgen in der deutschen Öffentlichkeit, die nach dem Nuklearkatastrophen in Tschernobyl zu einer Bewusstseinsänderung geführt hätten, verständlich zu machen. An der französischen Haltung zum Kernenergieprogramm der V. Republik änderte sich aber nichts, bilanzierte Wallmann. Der in Paris vorgebrachte Einwand gegenüber dem deutschen Wunsch nach neuen Sicherheitsgarantien müsse akzeptiert werden. Über Cattenom sei mit den Deutschen seit zehn Jahren gesprochen worden, referierte der CDU-Politiker den französischen Standpunkt. Den französischen Planungen habe die deutsche Seite mehrheitlich zugestimmt. Frankreich könne mit Recht sagen, nichts ist über eure Köpfe hinweg in Cattenom geschehen.

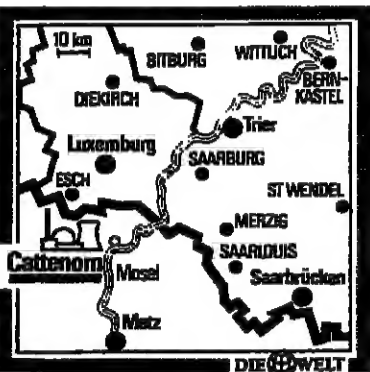
Die deutsche Umweltminister hob in diesem Zusammenhang Irritationen in der französischen Regierung über die Klagen des Saarlandes in Straßburg aber auch über die gleichzeitige Behandlung der Themen Tschernobyl und Cattenom im Deutschen Bundestag hervor. „Das kann man doch nicht vergleichen“.

Frankreich könne aus seiner Souveränität heraus Atomkraftwerke bauen, „ohne uns zu fragen“. Im Geist der deutsch-französischen Kooperation aber sei der Dialog über die friedliche Nutzung der Kernenergie gesucht worden. „Offenbar ist jetzt das Gefühl bei den Deutschen für diese jahrelange Kontinuität verloren gegangen, da heute anscheinend nicht mehr gelte, was gestern noch gutgeheißen wurde“. Das Saarland allerdings habe die entsprechenden Vereinbarungen nie gutgeheißen, auch als es noch von der CDU regiert wurde. Wallmann verwies darauf, daß eine deutsch-französische Regierungs-

kommission die Gleichwertigkeit des Sicherheitsniveaus französischer Anlagen festgestellt habe – trotz unterschiedlicher nationaler Sicherheitsauflagen. In einem Brief vom 30. Juli 1985 wurde zudem vom damaligen französischen Gesundheitsminister Edmond Hervé zugesichert, Paris werde den deutschen Bedenken zu Cattenom Rechnung tragen.

Den Einwand nicht nur des Saarlandes, sondern auch des CDU-regierten Rheinland-Pfalz, daß dieser Brief keinen Wert habe und die französische Verpflichtung die Form eines Vertrages erhalten müsse, bezeichnete Wallmann als schädlich: „Entweder wir bauen unsere nachbarschaftlichen Beziehungen auf eine Vertragsgrundlage oder wir gehen in eine Konfrontation, die uns sicherlich weniger einbringt“.

Formulierungen in dem französischen Schreiben sind es, die das Unbehagen in Saarbrücken und Mainz hervorgerufen haben. Denn in dem Brief wird der deutschen Seite zu nächst mitgeteilt, die Genehmigung für Cattenom sei mit der Auflage erteilt worden, daß der Grenzwert von 15 Curie an radioaktiven Emissionen pro Block und Jahr nicht überschritten werde. Saarbrücken verweist darauf, daß das französische Entgegenkommen im folgenden – tatsächlich sollte aber im Normalbetrieb eine jährliche Emission von pro Block drei Curie erreicht werden –, so der Brief weiter – vage formuliert sei und



von Bonn zu Unrecht als „Garantie“ ausgelegt werde.

Einzu kommen, daß diese Absichtserklärung von französischer Regierung für den künftigen Betreiber von Cattenom, die EDF, nicht bindend sei. Die EDF sei nur an die in der Genehmigung festgelegten Werte gebunden. „Aber 15 Curie sind für uns unakzeptabel“, so das Saarbrücker Umweltministerium.

Für die SPD-Landesregierung ist die harte Haltung der Franzosen eine Enttäuschung, deren Ursache jedoch zugleich auch der Bundesregierung angelastet wird. Man hatte erwartet, „daß Wallmann mit der Nachricht zurückkommt, Cattenom geht so lange nicht aus Netz, bis über die Klage des Saarlandes entschieden ist“. Jetzt vermisst man an der Saar „den Rückhalt für uns aus Bonn“ und die klare Absicht, „das französische Projekt politisch zu stoppen“. Der Umweltminister hätte nach den Vorstellungen der Landesregierung eine „härtere Gangart“ einschlagen sollen.

Daran, daß dies die ohnehin belasteten deutsch-französischen Beziehungen noch weiter strapaziert hätte, stört sich die Landesregierung nicht. Längst hat man sich auf den Konfrontationskurs festgelegt, der – die überzogene Erwartungshaltung an den Wallmann-Besuch an der Seine zeigt es – willkommenes Munitionsmaterial für den Kampf gegen die Bonner Koalition liefert.

Die Landesregierung kann so taktilen, kann sie doch ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl auf kritische Stimmen gegen Cattenom auch aus den Reihen der Saar-CDU verweisen, die ihren von vorneherein aussichtslosen Kampf scheinbar legitimieren. Denn daß Cattenom Wahlkampfthema für die Bundestagswahl sein wird, darauf hat sich die SPD bereits eingerichtet. Schon rüstet sie sich argumentativ auf den Herbst: „Wenn der erste Block im Oktober aus Netz geht, ist das ein Affront gegen unsere Klage“. Sicher werden dann auch wieder die erfolglosen Bemühungen Wallmanns in Erinnerung gerufen.



Ab 1. Oktober der neue Marineinspekteur: Joachim Mann

Der designierte Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Hans Joachim Mann, hat vor Schwachstellen bei der Versorgung Zentraleuropas über See gewarnt. Vor dem Hintergrund der abnehmenden Schiffs-kapazitäten des Westens und der Aufrüstung der Sowjetunion im maritimen Bereich meinte der Befehlshaber der Flotte in einem Gespräch mit der WELT: „Wer uns wirtschaftlich und militärisch entscheidend treffen will, braucht sich nur das Seetransportraum zu bemächtigen.“

Nach Ansicht des Flottenchefs muß dafür gesorgt werden, daß Transportraum, Fertigungsanlagen für den Schiffbau und Reparaturkapazitäten trotz der bedrohlichen Lage auf dem Weltsektor ausreichend zur Verfügung stehen. Mann: „Es dauert Jahre, so etwas wiederzugewinnen, wenn wir es verloren haben.“ Die Abhängigkeit der Bundesrepublik von dem Handel über See

„Wenn wir aufhören, totalitäre Regime als eine Gefahr für die westlichen Demokratien anzusehen, wäre das ein erster Schritt zur Aufgabe dessen, was wir nach dem Zweiten Weltkrieg mühsam gewonnen haben.“

machte Mann an folgenden Zahlen deutlich: Zwei Drittel des Imports und ein Drittel des Exports der Bundesrepublik werden über die Häfen abgewickelt. Auch seien jeden Tag Schiffe mit einer Kapazität von 7,5 Millionen Bruttoregistertonnen für die Bundesrepublik unterwegs. Die eigene Handelsflotte umfasse hingegen nur noch rund 400 Schiffe mit einer Tonnagekapazität von etwa 5 Millionen BRT.

Vor dem Hintergrund der Bündnisdebatte in der SPD ging der Flottenchef auch auf das Grundver-

„Gerade noch gewährleistet“ sieht der designierte Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Hans Joachim Mann, die Transportkapazität zur Sicherung des zivilen und militärischen Nachschubs über den Seeweg. Mann warnte im WELT-Gespräch: „Wer uns wirtschaftlich und militärisch entscheidend treffen will, braucht sich nur das Seetransportraum zu bemächtigen.“ Mit dem Befehlshaber der Flotte sprach Georg Bauer.

„Europas Verteidigung steht und fällt mit dem See-Transportraum“

Der designierte Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Hans Joachim Mann, hat vor Schwachstellen bei der Versorgung Zentraleuropas über See gewarnt. Vor dem Hintergrund der abnehmenden Schiffs-kapazitäten des Westens und der Aufrüstung der Sowjetunion im maritimen Bereich meinte der Befehlshaber der Flotte in einem Gespräch mit der WELT: „Wer uns wirtschaftlich und militärisch entscheidend treffen will, braucht sich nur das Seetransportraum zu bemächtigen.“

Nach Ansicht des Flottenchefs muß dafür gesorgt werden, daß Transportraum, Fertigungsanlagen für den Schiffbau und Reparaturkapazitäten trotz der bedrohlichen Lage auf dem Weltsektor ausreichend zur Verfügung stehen. Mann: „Es dauert Jahre, so etwas wiederzugewinnen, wenn wir es verloren haben.“ Die Abhängigkeit der Bundesrepublik von dem Handel über See

„Wenn wir aufhören, totalitäre Regime als eine Gefahr für die westlichen Demokratien anzusehen, wäre das ein erster Schritt zur Aufgabe dessen, was wir nach dem Zweiten Weltkrieg mühsam gewonnen haben.“

machte Mann an folgenden Zahlen deutlich: Zwei Drittel des Imports und ein Drittel des Exports der Bundesrepublik werden über die Häfen abgewickelt. Auch seien jeden Tag Schiffe mit einer Kapazität von 7,5 Millionen Bruttoregistertonnen für die Bundesrepublik unterwegs. Die eigene Handelsflotte umfasse hingegen nur noch rund 400 Schiffe mit einer Tonnagekapazität von etwa 5 Millionen BRT.

Vor dem Hintergrund der Bündnisdebatte in der SPD ging der Flottenchef auch auf das Grundver-

ständnis von der Sicherheit der Bundesrepublik in den Parteien ein. Mann meinte: „Ich bin der Auffassung, daß der Grundkonsens noch nicht aufgegeben ist.“ Er warnte in diesem Zusammenhang aber davor, Zweifel an der Bündnistreue der Bundesrepublik zu schüren. Sie hätten unabsehbar negative Folgen für das Gesamtbandnis.

Zu seiner zukünftigen Arbeit als Inspekteur der Marine meinte der Flottenchef, er werde auf Kontinuität zur bisherigen Linie des Inspektors setzen. Zur Zeit bemühe er sich unter anderem darum, den Verantwortungsbereich der Portepée-Unteroffiziere auszuweiten. Auch beschäftige ihn die Frage der Dienstzeitbelastung in der Flotte. In der Marine habe er deutlich gemacht, daß die Seefahrtzeit nicht reduziert werden könne. Da die Belastungen während der Hafenliegezeit nicht in Form freier Tage abgebaut werden könnten, unterstütze er jede Maßnahme, die auf eine finanzielle Verbesserung der Soldaten zielt.

Kritisch setzte sich Mann auch mit der seiner Meinung nach ungeordneten Dienststruktur auf Grund des Übergewichts an Berufs- und Zeitsoldaten auf den modernen Schiffen der Marine auseinander. Die Technikler seien aufgefördert, neue Schiffe so zu gestalten, daß sie trotz modernster Technik auch von Soldaten mit kurzer Ausbildungszeit gefahren werden könnten.

Ronneburger: Asylanten als Hebel gegen Berlin-Status

Devisengeschäft Ost-Berlins „unerträgliche Belastung“

EBERHARD NITSCHKE, Bonn. Nach Ansicht des deutsch-deutschen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion, Uwe Ronneburger, versucht die „DDR“, die zunehmende Einschleusung von Asylbewerbern über Ost-Berlin in den Westen zu einem politischen Werkzeug für Status-Veränderungen von Berlin (West) zu machen. Die „internationale Reputation“, auf die man in Ost-Berlin so großen Wert lege, sei durch diese Praxis gefährdet, die Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bei seinem bevorstehenden Besuch in Moskau mit der Forderung nach Abhilfe darlegen solle.

Das Devisengeschäft der Ostberliner „Interflug“-Gesellschaft mit Asylanten, so Ronneburger, wachse sich zu einer „unerträglichen Belastung westdeutscher Städte und Gemeinden aus“. Der SPD-Obmann im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen, Hans Böhler, hat wie Ronneburger ebenfalls am Mittwoch in Bonn zu dem Asylantenproblem Stellung genommen und dabei die „DDR“ aufgefordert, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen, statt sie wie bisher über die offene Grenze in Berlin abzuschieben. Die „DDR“ habe im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland das Flüchtlingsabkommen der Vereinten Nationen nicht unterzeich-

net, habe aber nun Gelegenheit, die Zusammenarbeit als eines der wichtigsten Prinzipien des Grundlagenvertrages zwischen den beiden deutschen Staaten anzuwenden.

Trotz dieser Schwierigkeiten hat Uwe Ronneburger die deutsch-deutschen Beziehungen aber vor der Presse optimistisch beurteilt. Sie sollen darum auch nach seinen Vorstellungen durch eine von der FDP-Bundestagsfraktion geforderte „gemeinsame interfraktionelle Arbeitsgruppe“ der im Bundestag vertretenen Parteien aus dem Wahlkampfpausenaustrittungen herausgehalten werden. Auf diesen schon im Januar dieses Jahres geäußerten Wunsch hin, den Ronneburger mit einem am Mittwoch bei den Fraktionen eingegangenen Brief erneuerte, haben die Adressaten in den vergangenen Monaten nicht reagiert.

Ronneburger räumte ein, daß „es noch ein weiter Weg zu gutnachbarlichen Beziehungen mit der DDR“ sei, man habe aber im Verhältnis zueinander Fortschritte erzielt, ohne die Grundpositionen der Bonner Deutschlandpolitik aufzugeben. Diese sei von der FDP „programmatisch entwickelt, von der sozial-liberalen Regierung umgesetzt und von der jetzigen Koalition in Kontinuität fortgesetzt worden“.

Empörung über Leserbrief zum Mord an Beckurts

Die linke „Tageszeitung“ spricht von satirischen Beiträgen

Als „menschenverachtenden Zynismus“ hat der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) die in der Berliner Alternativzeitung „die Tageszeitung“ (taz) abgedruckten Leserbrief zum Mordanschlag auf das Siemens-Vorstandsmitglied Karl Heinz Beckurts und seinen Fahrer Ekkehard Groppler bezeichnet. In ihrer Dienstausgabe hatte die taz insgesamt 13 Leserbriefe abgedruckt. Die „taz“ druckte ausschließlich Vornamen und Ort, nicht aber die Familiennamen des Verfassers. Einige Beispiele: „Bravo RAF!!! Das war Spitze! Wieder eines von den imperialistischen Schweinen weniger.“ Unter-schrieben ist dieser Leserbrief mit „Cuno, Verseuchland“ – was die „taz“-Redaktion veranlaßte, ihn im nachhinein in ihrer gestrigen Ausgabe als „Satire“ zu bezeichnen.

Allerdings sind auch Briefe abgedruckt, die selbst bei eigenwilliger Betrachtungsweise nicht mehr als Satire bezeichnet werden können. So schreibt eine „Nina“ aus Nürnberg: „Die Atom-Mafia hat nun einen agilen AKW/WAA-Durchgefallener weniger: B., ein spiritus rector des Hochtemperaturreaktors Hamm und anderer potentieller Tschernobyls, ist ermordet worden, bevor die von ihm forcierten atomaren Todesanlagen ein für alle

sichtbares Massensterben ausgelöst haben. Ich habe also kein Mittel mit dem liquidierten Manager der atomaren Todesindustrie.“

Zwischen den Leserbriefen der „taz“ ist allerdings auch eingedruckt: „To whom it may concern: Wald-mannshill!!! Im Gegensatz zu einem Leserbrief (zu anderem Thema) auf derselben Seite, der mit „Anonym“ unterzeichnet ist, wird dieser Spruch nicht als Leserbrief ausgewiesen. Weder Namen noch Ortszelle erscheinen darunter.“

Am deutlichsten distanziert sich eine „Ruth“ aus Berlin von dem Mord an dem Siemens-Manager. Sie schreibt: „Atomkraft – nein danke! Und ich werde weiter an Aktionen und Demos teilnehmen; aber ich distanziere mich von Morden der RAF.“

In einer Antwort auf die Vorwürfe des RCDS heißt es in der „taz“ vom Mittwoch, die Studenten sollten sich an die „Täter, nicht die Briefschreiber“ wenden. Weiter im Text der „taz“: „Die Bombenleger von Celle, die Kaufhausbrandstifter aus München und die Provokateure in Krefeld ... sind immer noch von CSU-Politikern Hillermeier und von niedersächsischen CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht angeleitet worden, und nicht von taz-Lesern.“

Sorge im Westen über Rote Flotten

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Kriegsmarinisten des Warschauer Paktes in der Ostsee werden nach westlichen Erkenntnis seit einiger Zeit einer vollständigen „Runderneuerung“ unterworfen und dadurch für die NATO-Verteidigung an der Nahtstelle zwischen Mittel-europa und Skandinavien zu einem immer bedeutender werdenden Faktor der Bedrohung. Führende Marineexperten in Bonn sprechen deshalb mit „wachsenden Bedenken, wenn nicht Sorgen“ von der Rolle der sowjetischen Baltischen Flotte und der Marinen der „DDR“ sowie Polens für die westliche Vorneverteidigung in der Ostsee.

Die östlichen Flotten in diesem Seegebiet werden, wie es heißt, nicht nur neu ausgerüstet, sie haben auch über die letzten Jahre ihre gemeinsamen Manöver stetig ausgedehnt, um den Einsatzstandard der Marine der Nationalen Volksarmee der „DDR“ und der polnischen Marine der Sowjetunion anzuehnen. Beweis dafür ist das vor zwei Wochen beendete östliche Seemanöver mit dem Titel „Gemeinsames Geschwader“, an dem schwimmende und fliegende Einheiten der NVA, der sowjetischen Flotte und der polnischen Kriegsmarine teilnahmen. Vom 9. Juni bis 4. Juli übten sechs Schiffe in der Größe von Zerstörern und Fregatten sowie zahlreiche Korvetten und Boote mit einer Reihe von Hilfs-

schiffen sowie fliegenden Verbänden in der Ostsee, Nordsee, Norwegensee und im Ostatlantik. Aus dem Verlauf des Manövers wurde den westlichen Marinebehörden verdeutlicht, daß die „Einheiten“ alle möglichen Formen des Seekrieges absolvierten, dabei die Zusammenarbeit zwischen den Marinen verbesserten und für sich, wie es heißt, als politischen Anspruch das Recht auf freie Schifffahrt in diesen Seeräumen demonstrierten und damit auch ein gewachsenes Selbstbewußtsein zur Schau stellten. Dieses seit 1980 jährlich abgehaltene Seemanöver ist nach westlicher Beurteilung ausschließlich auf Ziele ausgerichtet, die in einer „reinen Friedensübung“ erreichbar sind. Mit der Aufgabe der Ostsee-Flotten des Warschauer Paktes für den Kriegsfall habe das Manöver keine direkten Berührungspunkte gezeigt, heißt es.

Sehr viel bedenklicher aus der Sicht der NATO ist die Verbesserung der den drei Marinen durch Neubauten zuwachsenden Fähigkeiten. Die veralteten Schnellboote der Ost-See werden diesen Angaben zufolge in allen drei Marinen durch größere mit Fingerringen bewaffneten Korvetten der Taranul-Klasse ersetzt. Die Baltische Flotte der UdSSR erhält darüber hinaus weiter verbesserte Flugkörper mit einer Reichweite von 80 Seemeilen und der Eigenschaft, in geringer Hö-

he über dem Wasser Ziele anzu-steuern.

Die sowjetische Marine ersetzt darüber hinaus veraltete Einheiten zur U-Boot-Jagd durch neue der Pauk-Klasse, die aus dem gleichen Kumpf wie die Taranul-Klasse bestehen. Dazu kommen neue U-Jagd-Hubschrauber des Typs „Haze“ in allen drei Marinen. Mit der östlichen Umrüstung werden dem Warschauer Pakt in der Ostsee 190 Einheiten zur U-Boot-Jagd zur Verfügung stehen, der NATO aber nur 24. Das westliche Personal für diese Verbände umfaßt 1000 Mann; der Osten setzt mit 9000 Mann vergleichsweise sehr viel mehr „manpower“ für diese Aufgabe an.

Auch die östliche Transportfähigkeit über See zur Anlandung von militärischem Nachschub in amphibischen Operationen vergrößert sich nach westlichen Angaben stetig. Unter anderem ist gegenwärtig das größte und leistungsfähigste Luftkissenfahrzeug für den militärischen Einsatz, die Pomornik-Klasse, in der Erprobung. Mit 90 Tonnen Tragfähigkeit ist deren Leistung gegenüber früheren Modellen fast verdoppelt. Die NVA hat zum ersten Mal ein Marinefliegergeschwader gebildet. Außerdem wird die MIG 29 „Fulcrum“ eingeführt, ein Kampfflugzeug, das in Bodennähe fliegende Ziele aus großer Höhe bekämpfen kann.

Bundesregierung kritisiert Berichterstattung Simons

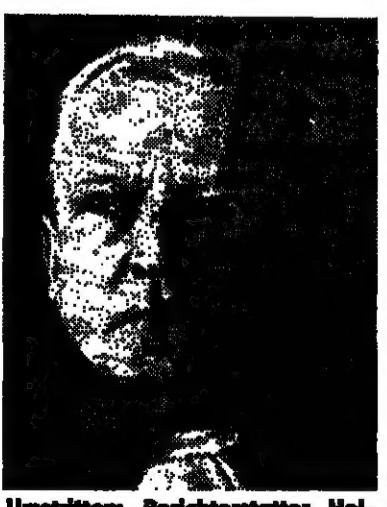
Darstellung von Sitzblockaden bezweifelt / Urteil am 11. 11.

HENNING FRANK, Karlsruhe. Der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts hat in den gestrigen Mittagsstunden seine zweiteilige mündliche Verhandlung im „Sitzblockadeverfahren“ abgeschlossen. Das Urteil, das der Grundrechtssenat am 11. November dieses Jahres verkünden will, wird Aufschluß darüber geben, ob Sitzblockaden weiterhin als Nötigung gemäß Paragraph 240 StGB bestraft werden können.

Wie der bayerische Justizminister Lang schon am Dienstag, so kritisierte gestern auch Ministerialdirektor Bülow vom Bundesjustizministerium namens der Bundesregierung die Einseitigkeit des vom Berichterstatter des Grundrechtssenats Helmut Simon zu Beginn der mündlichen Verhandlung erstatteten Sachberichts. Es sei keine neutrale Darstellung, wenn der dienstälteste Richter des 1. Senats darin davon spreche, daß die Teilnahme an Sitzblockaden friedlich sei. Vizepräsident Prof. Roman Herzog wies anschließend darauf hin, daß in dem angegriffenen Bericht lediglich die Auffassung von Simon zum Ausdruck komme. Er sei wie üblich nicht Gegenstand einer Vorberatung im Senat gewesen. Ministerialdirektor Bülow bestritt ausdrücklich

den friedlichen Charakter von Sitzblockaden: „Wogegen Notwehr zulässig ist, das ist nicht friedlich“. Die Sitzblockierer haben nicht nur nach Ansicht der Bundesregierung an einer rechtswidrigen Versammlung teilgenommen deren Auflösung zum Schutz der staatlichen Institutionen unerlässlich gewesen ist. Dabei mißten sich die Sitzblockierer fragen lassen, ob es eigentlich mit der Menschenwürde zu vereinbaren sei, daß sie sich von Polizisten wegtragen lassen. Prof. Herbert Tröndle warf den Sitzblockadern vor, daß sie anderen ihre Meinung aufzwingen wollten: „Wie friedlich wäre eigentlich eine Sitzblockade, wenn alle eingeschlossenen Armeesoldaten und unbeteiligten Dritten von ihrem Notwehrrecht Gebrauch machen würden?“

Ein Rechtsanwalt, der der Friedensbewegung angehört, bestritt, daß es beim Kampf gegen die Nachrüstung überhaupt unbeteiligte Dritte gibt. Die Sitzblockade nannte er ein offensives kämpferisches Element der Gewaltfreiheit mit dem Druck auf die Regierung in Bonn ausgeübt werden soll, ihre Politik in der Raketenfrage zu ändern. Er warnte die Richter sehr nachdrücklich vor einer Kriminalisierung der „gewaltfreien“



Unentriten: Berichterstatte Helmut Simon FOTO: SVEN SIMON

Sitzblockaden. Dies würde in der jungen Generation zu einem Umdenken in Richtung Gewaltanwendung führen. Auf die Frage des bayerischen Justizministers betonte der Anwalt der Friedensbewegung, daß Sitzblockaden gegen Pershing 2 kein ziviler Ungehorsam sondern rechtswidriges Handeln sei.

Verständlich, daß Prof. Herbert Tröndle vor dem Bundesverfassungsgericht fast verzweifelt fragte, ob es denn so schwer zu begreifen sei, daß der äußere Frieden nicht dadurch zu gewinnen ist, daß man unverzichtbare Grundrechte der Rechtsordnung aufkündigt und damit den Rechtsfrieden preisgibt.

Ein französischer Agent ließ Rotsch und 47 andere Sowjet-Spione auffliegen

WERNER KAHL, München

Unter Weinkränzen des 62-jährigen Angeklagten forderte gestern Oberstaatsanwalt Ekkehard Schulz vor dem Bayerischen Obersten Landgericht für den langjährigen KGB-Spion Manfred Rotsch die Höchststrafe von zehn Jahren Haft.

Als Vertreter der Generalbundesanwaltschaft warf der Ankläger in dem mehrmonatigen Prozeß dem früheren Konstrukteur des Luft- und Raumfahrtkonzerns Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) vor, er habe durch seinen Verrat das Gemeinwesen in der Bundesrepublik Deutschland „in schlimmer Weise“ geschädigt.

„Es steht für uns außer Frage, daß es sich hier nicht um einen durchschnittlichen, um einen üblichen Spionagedienst handelt, sondern um einen besonders gravierenden Fall geheimdienstlicher Tätigkeit. Job der Anklagevertreter in seinem Plädoyer hervor.“

Nach den Ermittlungen der Bundesanwaltschaft handelt es sich bei dem aus Sachsen stammenden Maschinenbauingenieur um den Spion mit der bisher meisten Dienstjahre für einen kommunistischen Geheimdienst: „30 Jahre Tätigkeit für den sowjetischen Nachrichtendienst

KGB ist ein exorbitanter, unglaublich langer Zeitraum.“ Schon aus diesem Grund habe Rotsch die Sicherheitsbelange der Bundesrepublik in besonderem Maße bedroht. Während des Plädoyers schlüpfte der verheiratete Ingenieur, der zwei erwachsene Töchter hat, lautstark auf der Anklagebank.

Rotsch dachte möglicherweise daran, daß er 1984 zu einem Zeitpunkt verhaftet worden war, als er nicht mehr damit rechnen mußte enttarnt zu werden. Denn der sowjetische Geheimdienst hatte seinen Agenten im Rüstungskonzern bereits im Mai 1983 „abgeschaltet“. Die Russen wußten im Frühjahr 1983, daß in ihrer Technologie-Verwaltung ein „Maulwurf“ gewesen war.

Dieser hatte in einem bisher ungeahnten Maß dem französischen Geheimdienst DS Informationen über KGB-Agenten in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland zugespielt. Daraufhin wurden in Frankreich 47 Sowjets, die meisten als Diplomaten getarnt, wegen Spionage ausgewiesen.

Was Rotsch anging, so kannte der Agent der Franzosen in Moskau zwar nicht dessen Namen, wohl aber konnte die deutsch-französische Abwehr in einer beispielhaften Kooperation

den Arbeitsbereich so eingrenzen, daß der Verdacht auf den Sachsen fiel. Bei seiner Festnahme leugnete er schließlich nicht lange. Experten des Bundeskriminalamtes entschlüsselten Notizen in seinem Haus bei München, aus denen hervorging, daß das KGB mit Rotsch vor seinem Abschied wegen der Gefahr, entdeckt zu werden, bereits bis zum Jahresende 1983 weitere Treff-Termine gemacht hatte.

Unter Ausschuß der Öffentlichkeit hatte der Staatsschutzsenat des Bayerischen Obersten Gerichtes vor Abschluß der Beweisaufnahme eine Zeugenanhörung beschlossen, wie sie noch in keinem deutschen Spionageprozeß bisher stattfand: Zum erstenmal sagte ein hoher Angehöriger des französischen Geheimdienstes DST aus.

Durch seine Aussage erfuhr auch Rotsch, wer ihn im Westen enttarnt hatte: ein Agent der Franzosen unter dem Deckname „Farewell“. Mit diesem Auftritt der vor der Öffentlichkeit sorgsam geheimgehaltenen wurde, sah die Bundesanwaltschaft ihre Vorwürfe bestätigt, daß Rotsch im Bereich der Verteidigung schweren Schaden anrichten konnte, auch wenn sich nach Ansicht der Sachverständigen die Spekulationen nach



Marathon-Spion für den KGB: Manfred Rotsch FOTO: DPA

seiner Verhaftung nicht in dem befürchteten Umfang bestätigten. So kannte Rotsch zwar die Zelle des „Tornado“, also den Körper, aber nicht das elektronische „Hirn“, des supermodernen Kampfflugzeuges.

Rotsch-Anwalt, Horst-Dieter Pitschke, der bereits Kanzleramtsspion Guillaume verteidigte, trat vor Gericht die Auffassung, Daten der ehemaligen MBB-Konstrukteur weitergegeben haben soll, kopierte „jedermann“ von einem in München heute tätigen Daten-Informationsbüro öffentlich beziehen. Nach dem Urteil will Rotsch nicht in die „DDR“ zurückkehren.

Buthelezi macht Kirchen schwere Vorwürfe

idea, Ulundi

Die südafrikanischen Kirchen, die sich in dieser tragischen Zeit in politische Dinge einmischen, sind verantwortlich für das Blut, das gegenwärtig in Südafrika vergossen wird. Diese Kritik übte jetzt der Präsident der südafrikanischen Anti-Apartheidsorganisation, „Inkatha“, Gatsba Buthelezi, während eines nationalen Gebetstages in Ulundi, der Hauptstadt des Homeland KwaZulu. Wie Buthelezi, Ministerpräsident dieses Homeland der sechs Millionen Zulus, sagte, nähmen der südafrikanische Kirchenrat (SACC) und die katholische Bischofskonferenz für sich in Anspruch zu wissen, welche Aktionen am besten für die schwarze Bevölkerung seien. Sie konsultierten dabei die radikalen Organisationen wie den Afrikanischen Nationalkongress (ANC) und die Vereinigte Demokratische Front (UDF), aber keineswegs die „Inkatha“-Bewegung, obwohl sie

Sie haben mehr Berufs-Chancen als Sie meinen

Nutzen Sie jeden Samstag den großen Stellenanzeigenteil für Fach- und Führungskräfte

DIE WELT
SPARANISCHES VERZEICHNIS FÜR DEUTSCHLAND

sich im Gegensatz zu anderen zur gewaltlosen Befreiung Südafrikas bekennen.

Im Blick auf den vom SACC und der Bischofskonferenz geforderten Wirtschaftsboykott gegen Südafrika stellte Buthelezi die Frage, ob Jesus Christus in gleicher Weise gehandelt und das Leiden der Menschen verlängert hätte. Denn jeder Wirtschaftsboykott würde Not und Hunger für hunderte Tausende in Südafrika bewirken.

Südafrika baut neues Jagdflugzeug

AP, Johannesburg

In Südafrika ist gestern ein neues Jagdflugzeug vorgestellt worden, das von südafrikanischer Seite als Beweis für die Fähigkeit des Landes gewertet wird, ohne ausländische Rüstungslieferungen auszukommen. Bei dem neuen Jagdflugzeug mit der Bezeichnung „Cheetah“ handelt es sich um eine Weiterentwicklung der französischen Mirage III, die seit 1956 produziert wurde.

DIE WELT (USPS 408-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 340 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 340 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Vor der Wahl gehen Thailands Parteien auf vorsichtige Distanz zum Premier

PETER ISELL, Bangkok

Nicht innenpolitische Themen, nicht die wirtschaftliche Lage, noch viel weniger die Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber dem in Laos und Kambodscha stehenden Vietnam prägen den Wahlkampf in Thailand, bei dem sich in zehn Tagen 16 Parteien und über 3800 Kandidaten um 347 Parlamentsitze bewerben. Auch die Aufregung um die Zerstörung einer Zinnblechen-Verarbeitungsfabrik bei einer gewalttätigen Kundgebung auf der südthailändischen Ferieninsel Phuket ist – trotz massiver Kritik an der jetzigen Regierung – in den Hintergrund getreten.

Was die Gemüter in der erstaunlich offen ausgetragenen Diskussion um die Parlamentswahlen – und in einem weiteren Sinne um die politische Zukunft Thailands – immer stärker beschäftigt, ist die Frage, ob der seit über sechs Jahren amtierende parteilose Ministerpräsident Prem Tinsulanonda im August an die Spitze einer neuen Koalitionsregierung zurückkehren wird, oder ob eine der Parteien eine genügend starke Mehrheit erringt, um selbst den neuen Regierungschef stellen zu können. Noch Ende Mai hatte alles nach einer klaren Sache für Prem ausgesehen, als er General Arthit Kamlang-Ek von seinem Posten als Chef der Armee absetzte und damit seinen Gegnern den Wind aus den Segeln nahm.

Angeführt von einer Gruppe von Unzufriedenen aus dem größten Koalitionspartner der bisherigen Regierung, der „Sozialen Aktionspartei“ (SAP), hatten diese am 1. Mai in einer Abstimmung ein Finanzdekret zu Fall gebracht und damit die vorzeitige Auflösung des Parlaments und den Wahlkampf herbeigeführt.

Der ausufernde Protest von mehr

CSSR: Bei freien Wahlen hätte die KP keine Chance

Anschlußreiche Ergebnisse einer Meinungsumfrage

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
Fast kein Bewohner der Tschechoslowakei glaubt, daß bei freien Wahlen in seinem Lande die Kommunisten eine Mehrheit der Stimmen erreichen könnten. Dies geht aus einer repräsentativen Meinungsumfrage hervor, die von 15 unabhängigen, den Dissidenten nahestehenden Soziologen in der CSSR bei einem Querschnitt von 342 Tschechen und Slowaken vorgenommen wurde.

Zwei Drittel der Befragten meinten, die tschechoslowakische KP würde bei freien Wahlen weniger als 15 Prozent der Stimmen erhalten. Von den Befragten sind übrigens 8,2 Prozent Parteimitglieder. Diese setzen die Chancen der KP etwas höher an – mit 25 Prozent. Auf die Frage: „Als was betrachten Sie sich?“ antworteten 54 Prozent, sie seien „Demokraten“, 50,8 Prozent bezeichneten sich als „einfache menschliche Wesen“ ohne politisch-ideologische oder religiöse Festlegung. 21 Prozent identifizierten sich als „nicht-marxistische Sozialisten“, 16 Prozent als „religiös“, 11 Prozent als „liberal“, 4,7 Prozent als „konservativ“. Am Ende der Skala rangierten Bekenntnisse zum Marxismus bzw. Kommunismus mit je 4,4 Prozent.

Umgekehrt verhielt es sich bei der negativen Festlegung – also der Frage, welche Einstellungen man am meisten ablehnt. Hier stand der Kommunismus mit 91 Prozent an der Spitze, gefolgt vom Marxismus mit 82 Prozent. Die Demokratie wurde demgegenüber nur von 17 Prozent abgelehnt (zu diesen Fragen konnten mehrere Präferenzen bzw. Ablehnungen genannt werden).

Außenpolitisch ergab die Umfrage interessante Einblicke in die Einstellung der Tschechoslowaken zum Westen und vor allem zu ihren deut-

schon Nachbarn. Auf die Frage: „Sind die Westdeutschen immer noch die Feinde der Tschechen und Slowaken?“ antworteten 1,7 Prozent der Befragten mit „ja“, aber 69,5 Prozent mit „nein“. Im Vergleich dazu die gleiche Frage in Richtung auf die Deutschen in der „DDR“: von ihnen glauben 5 Prozent der Tschechoslowaken, sie seien „Feinde“ – aber 69,2 Prozent glauben es nicht.

Eine tiefe Wandlung der tschechoslowakischen Haltung gegenüber der „deutschen Frage“ zeigt sich auch bei der Behandlung des Problems der Vertreibung nach 1945. 18 Prozent der Befragten waren der Meinung, die Ausweisung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei sei „richtig“ gewesen. 39,7 Prozent hatten Vorbehalte. Aber 42,6 Prozent erklärten die Vertreibung der Deutschen für einen Fehler.

Im Verhalten der Befragten gegenüber den Supermächten zeigte sich eine deutliche Tendenz zum Neutralismus, wobei aber die Sowjetunion schlechter abschnitt als die USA. Auf die Frage, ob die USA eine imperialistische Macht seien, antworteten 8,8 Prozent mit „ja“, 45,6 Prozent meinten, diese Charakterisierung sei „teilweise richtig“, 43,5 Prozent meinten, die USA seien keineswegs imperialistisch. Von der Sowjetunion sind 27,7 Prozent überzeugt, sie sei imperialistisch. 57 Prozent meinten, sie sei teilweise imperialistisch. Nur 12,8 Prozent sprachen die Sowjetunion von jedem Imperialismus frei.

Auf die Frage, ob die Schaffung der „vereinigten Staaten von Mitteleuropa“ wünschenswert sei, die sich sowohl gegen die USA als gegen die UdSSR verteidigen könnten, antworteten 30,7 Prozent mit „ja“, 36 Prozent stimmten mit Vorbehalt zu und 28 Prozent lehnten ab.

Chile droht ein Lkw-Boykott

rtr, Santiago

Mit einem landesweiten Boykott haben die organisierten Eigentümer von Lastwagen in Chile der Regierung gedroht. Sie wollen damit die Freilassung ihres Verbandschefs Hector Moya erzwingen. Moya ist einer von 16 Führern der Bürgerrechts-Organisation von chilenischen Geschäftsleuten und Unternehmern, die bei Protestaktionen Anfang Juli verhaftet worden waren.

Die außerparlamentarische Opposition gegen den Präsidenten Augusto Pinochet, die sich in der „Asamblea nacional de la ciudadanía“ zusammengeschlossen hat, hatte zum Monatsbeginn zu „friedlichem Protest“ und „sozialem Ungehorsam“ aufgerufen. Damit sollte der wachsende Unmut der Bevölkerung über die Wirtschaftskrise und die sich hinausziehmende Rückkehr zur Demokratie zum Ausdruck gebracht werden.

Der 70jährige General hatte angekündigt, er wolle bis 1989 im Amt bleiben. Bereits 1973 hatte der Verbandschef der Lkw-Eigentümer seine Schlagkraft demonstriert. Ihm wird ein wesentlicher Anteil am Sturz des Präsidenten Salvador Allende durch rechte Militärs zugesprochen.

Christdemokraten koalieren mit KP

dpa, San Marino

San Marino, die von italienischem Gebiet umgebene Zwergrepublik, wird künftig von einer Koalitionsregierung aus Christdemokraten und Kommunisten regiert. Das wurde gestern nach wochenlangen Verhandlungen zwischen den Parteien des Kleinstates bekannt.

Seit 1978 regierten in San Marino die Kommunisten zusammen mit zwei sozialistischen und mit der Sozialdemokratischen Partei. Dieses Bündnis brach auseinander, als sich die Kommunisten von sozialistischen Spitzenpolitikern distanzieren, die in einen Schmiergeldskandal verwickelt sind.

Die Christdemokraten sind mit 42 Prozent Wähleranhang stärkste Partei des Kleinstates. Die Kommunisten bekamen bei den Wahlen von 1983 gut 24 Prozent. Die beiden sozialistischen Parteien haben zusammen 28 Prozent der Bürger hinter sich.

Wie es gestern aus San Marino hieß, wurde das neue Regierungsbündnis sowohl mit der Führung der italienischen Kommunisten in Rom als auch mit Italiens amtierendem Außenminister Giulio Andreotti abgesprochen.

als 50 000 Menschen gegen eine fast fertig gebaute Tantalum-Fabrik in Phuket vor einem Monat scheint – zumindest in den Augen der Politiker – dem Regierungschef geschadet zu haben. Es schien einigen Parteien und Kandidaten – vor allem dem bisher solidesten Pfeiler Prem im Parlament, der „Demokratischen Partei“ von Vize-Regierungschef Bhihai Rattakul – plötzlich nicht mehr ratsam, in der Wahlkampagne von vorn-



Garant für Stabilität nach den unruhigen 70er Jahren: Premier Prem Tinsulanonda. FOTO: CAMERA PRESS

herin auf die Karte des ehemaligen Chefs der Streitkräfte zu setzen. Prem hatte im März 1980 als Kompromisskandidat zwischen zivilen Politikern und der Armee von General Kriangsak Chomanand die Regierungsgeschäfte übernommen und seither zwei Putschversuche und mehrere Regierungskrisen überstanden.

Der von einigen Politikern zu erkennen geglaubte Populärheitsverlust Prem bei der Bevölkerung, die wie einige sagen – ein neues Gesicht sehen will, ist eines der Elemente hin-

ter der Entscheidung der Parteiführung der „Demokraten“, ihre Kandidaten in einem Bundesschießen aufzufordern, bei der Frage nach dem künftigen Ministerpräsidenten jede Namensnennung zu vermeiden. Dies richtete sich vor allem gegen die Bewerber im Süden Thailands, die sich mehrmals offen für Prem ausgesprochen hatten.

Ob Prem tatsächlich bei den Thais an Popularität verloren hat, oder ob die Unzufriedenheit nur eingebildet, herbeigeredet oder sogar herbeimani-puliert ist, bleibt eine offene, in der Hitze des Wahlkampfes mit all seinen Haken und Ösen kaum zu beantwortende Frage. Es kann aber sicher davon ausgegangen werden, daß der Regierungschef nach der Umbesetzung an der Armeespitze bei den Streitkräften nach wie vor über großen Rückhalt verfügt.

Ein zweiter Grund dafür, daß die Frage des künftigen Ministerpräsidenten so in den Brennpunkt gerückt ist, ergibt sich aus der immer lauter vorgetragenen Forderung einiger Politiker, daß der Regierungschef und seine Minister künftig aus den Reihen der gewählten Parlamentarier kommen sollen. Prem selbst hat nie fürs Parlament kandidiert und sich auch diesmal Forderungen nicht gebeugt, in der Wahl ein Mandat zu suchen. Prem gilt in Thailand aber nach wie vor als die einzige Persönlichkeit, die zwischen den immer vielfältigeren Interessengruppen – den zivilen Politikern und der Privatwirtschaft einerseits, den Trotz einer langsamen Machtverschiebung immer noch bedeutenden Streitkräften andererseits – ausgleichend wirkt – und so die für Thailand nach den unruhigen 70er Jahren Stabilität bewahren kann.

„Moskau zielt mit Raketen auf Diego Garcia“

Neue Erkenntnisse über den Einsatz der Sowjets in Afghanistan / Unbekannte chemische Waffen? / WELT-Gespräch

Von WALTER H. RUEB

„Hautfäulnis, Blindheit und Lähmungserscheinungen waren bei zahlreichen afghanischen Freiheitskämpfern die Folgen sowjetischer Angriffe mit chemischen Waffen“, sagt der 43jährige Guerrillaführer Goljan Ferahe aus dem westafghanischen Farah in einem Gespräch mit der WELT am Sitz der Föderation afghanischer Studenten im Ausland (FASA) in Aachen. „Chemische Waffen werden von den Russen immer wieder eingesetzt. Wiederholt mußten wir deshalb Verletzte in pakistanische Spezialkliniken bringen. Im Januar 1986 aber setzten die Sowjets bei Adrakshan, 100 Kilometer von Herat, eine bisher unbekannte, teuflische Waffe ein, die 18 meiner Männer tötete. Hinterher war die Haut der Getöteten weiß, und beim Versuch, die Leichen abzutransportieren, löste sich das Fleisch von den Knochen... Die Leichname zerfielen buchstäblich. Wir mußten sie an Ort und Stelle beerdigen.“

Ferahe ist einer der wichtigsten Guerrillaführer Afghanistans. In den Provinzen Kandahar, Helmand, Nimruz, Farah und Herat kommandiert er fast 40 000 Mudschahedin, daneben muß er sich in zahlreichen Lagern im Innern seiner Heimat um Tausende von Flüchtlingen kümmern – angesichts des Mangels an Geld, Nahrungsmitteln, medizinischer Versorgung und Medikamenten eine schwere Aufgabe. „Wir tun jedoch alles, um die Menschen zum Bleiben zu veranlassen“, sagt Ferahe. „Afghanistan muß vor der Entleerung bewahrt bleiben. Denn genau dies ist das Ziel der Russen. Ihnen kommt es allein auf Geopolitik und Strategie an. Menschen spielen in ihren Überlegungen keine Rolle. Afghanistan ist nur als Sprung-

brett nach Süden an den Indischen Ozean interessant. Das beweist auch die Aufstellung von Raketen – wahrscheinlich SS 20 – im Raum Shindand. Dort befindet sich der größte sowjetische Luftstützpunkt in Afghanistan. Die Raketen sind auf den US-Stützpunkt Diego Garcia im Indischen Ozean gerichtet.“

Der afghanische Widerstand dagegen verfügt nach Angaben von Ferahe nur über wenige Raketen. „Die neuerdings vielgenannten amerikanischen Stinger-Raketen sind in Afghanistan bisher nicht eingetroffen“, klagt der Guerrillaführer.

„Das Medien-spektakel um die Stinger-Raketen allein nützt uns nichts. Im Gegenteil: seit der Bekanntgabe des Kongreß-Beschlusses, uns mit derartigen Waffen auszurüsten, haben die Sowjets ihre militärische Aktivität verstärkt. Auch der Terror gegen die Zivilbevölkerung eskalierte. Wir warten sehnsüchtig auf die Raketen, denn wir leiden sehr unter unserer Machtlosigkeit gegen die sowjetischen Angriffe aus der Luft.“

Nach Ansicht von Ferahe, der seit zwei Monaten in der Bundesrepublik von Termin zu Termin betzt und auch in anderen europäischen Ländern von der politischen Prominenz empfangen wurde, hat sich die Lage des Widerstandes gegen den sowjetischen Aggressor gegenüber früher

dennoch erheblich verbessert. „Wir verfügen über mehr und bessere Waffen, können manche Waffen selbst reparieren und erbeutete dadurch weiterverwenden“, stellt Ferahe fest. „Und wir haben gelernt, unsere militärischen Operationen besser zu planen und vorzubereiten. Dadurch ist die Zahl unserer Verletzten gesunken, auf der anderen Seite können die Russen Offensiven und

nicht ganz überwunden, die politische Repräsentanz nach wie vor schlecht. Reagan und Chirac empfangen zwar einen hochrangigen Repräsentanten des Widerstandes, doch gibt es nach wie vor nur einen einzigen Afghanen, der alle Parteien, Nationalitäten und ethnischen Gruppen hinter sich zu scharen vermag. Das ist der frühere König Zahir Schah. Ihn will ich deshalb im römischen Exil aufsuchen und ihn auffordern, sich an die Spitze des freien Afghanistan zu stellen, uns zu führen und uns in der größten Not beizustehen.“

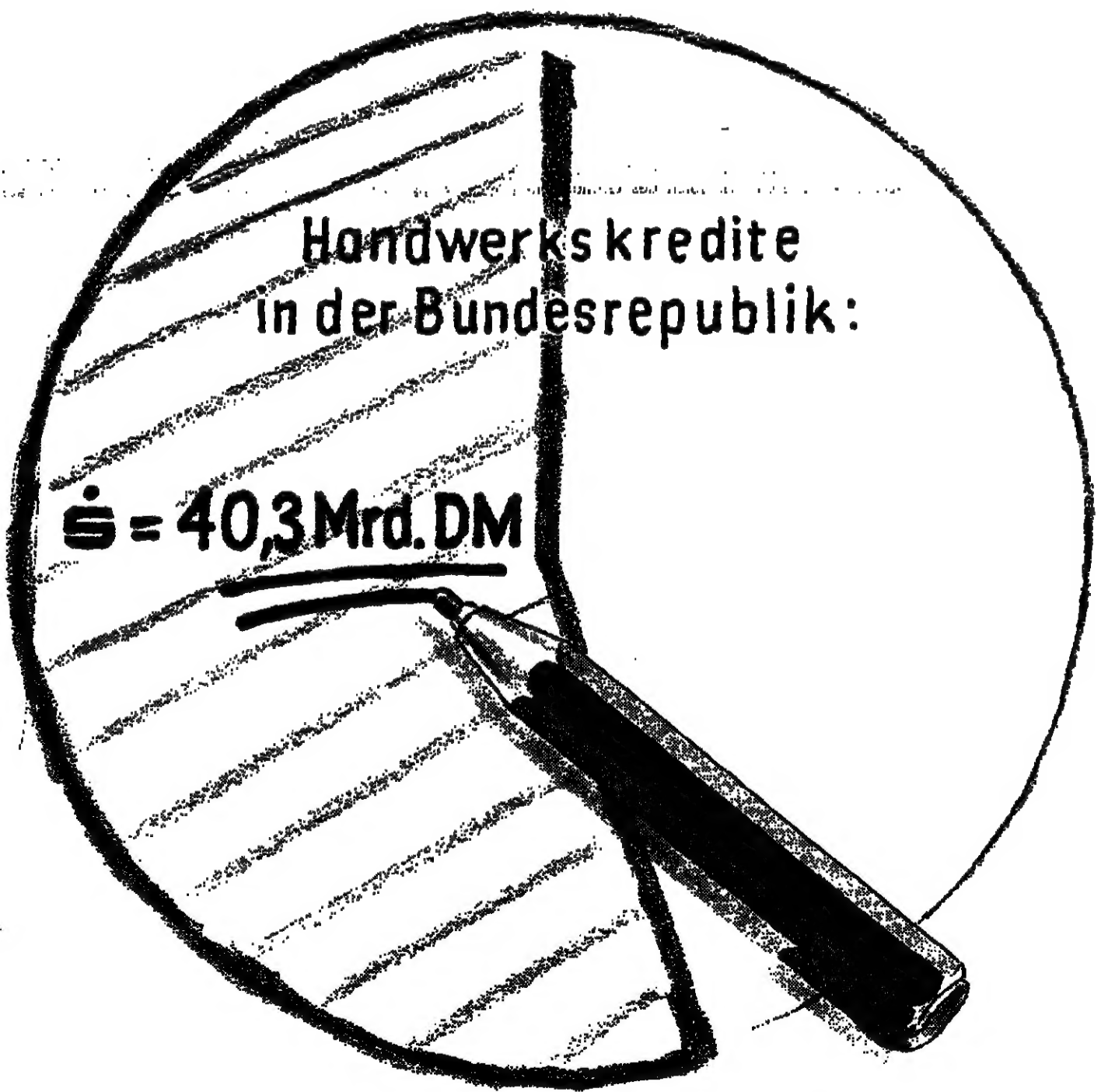


Führt 40 000 Mudschahedin: Der afghanische Guerrillaführer Goljan Ferahe. FOTO: WALTER H. RUEB

andere militärische Operationen nicht mehrmals nach dem gleichen Muster wiederholen. Auch im politischen Bereich haben wir Fortschritte erzielt. Die Differenzen zwischen einzelnen Parteien und Widerstandsorganisationen wurden abgebaut, die militärische Kooperation verstärkt. Dennoch gibt es im politischen Bereich nach wie vor Schwächen: Die Zersplitterung ist noch

Goljan Ferahe hat im Krieg viel verloren: Durch Bombenangriffe sein Heim sowie einen Bruder und er war gezwungen, seine Familie in Iran in Sicherheit zu bringen. „Seit zweieinhalb Jahren habe ich meine Frau und andere Familienangehörigen nicht gesehen“, sagt Ferahe. „Ich weiß aber, daß es ihnen gut geht.“

Den meisten der 1,5 Millionen afghanischen Flüchtlingen in Iran geht es jedoch schlecht. „Sie werden diskriminiert und von iranischer Bevölkerung und Regierung unterdrückt“, berichtet Ferahe. „Und 35 000 oder 40 000 Afghanen müssen auf iranischer Seite gegen Irak kämpfen. Die afghanischen Ärzte in Iran sind besonders übel dran: Sie werden gezwungen, drei bis sechs Monate lang an der iranisch-irakischen Front zu arbeiten. Erst nach Ableistung dieses Dienstes dürfen sie im Lande als Arzt praktizieren. Die Verhältnisse in Iran haben viele Afghanen zur Rückkehr in die Heimat veranlaßt. Sie wollen in Afghanistan lieber unter sowjetischen Bomben sterben als in Iran unter Khomeinis Diskriminierung leiden.“



In der Wahl ihrer Geldadresse wissen mittelständische Unternehmen, was sie wollen.

Die Sparkassenorganisation ist der bedeutendste Kreditgeber der mittelständischen Wirtschaft. Sie hat 97 Milliarden DM Mittelstankredite an Unternehmen und freiberuflich Tätige bereitgestellt. Allein das Handwerk hat mehr als die Hälfte seiner Kredite bei den Sparkassen und Landesbanken aufgenommen.

In jeder Sparkasse finden unsere mittelständischen Kunden einen sachverständigen,

erfahrenen Beraterstab. Und zwar dort, wo mittelständische Unternehmen zu Hause sind. Unser Finanzierungs-Beratungs-Service, ein spezieller Branchendienst mit Analysen und Prognosen einzelner Wirtschaftsbereiche, und die Bilanzanalyse bilden die Basis, um Finanzierungsfragen sachgerecht zu lösen. Das gilt für den Dienstleistungsbereich ebenso wie für Gewerbebetriebe und Selbständige. Zwischen Flensburg und Oberstdorf.

Die Sparkassen



Musik aus dem Computer: Der Finger auf der Taste ersetzt den Taktstock. FOTO: BRINCKMANN

Im „Ein-Mann-Orchester“ sprechen alle Instrumente die gleiche Sprache

Moderne Technik revolutioniert die Spielmöglichkeiten von elektronischen Musikgeräten

Von LUDWIG KÜRTEN

Ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der elektronischen Musikinstrumente war der Übergang von der analogen zur digitalen Erzeugung, Speicherung und Übertragung von Musik-„Daten“. Digital bedeutet, daß alle Ereignisse (z.B. Tonfrequenzen oder Notenlängen) so lange zerlegt werden, bis sie aus Einzelschritten bestehen, die durch zwei Entscheidungen (An/Aus oder 0/1) dargestellt werden können. Die heutigen Digitalgeräte sind in der Lage, diese Ja/Nein-Entscheidungen mit einer so extrem hohen Geschwindigkeit auszuführen, daß trotz der Zerlegung und der damit verbundenen ungeheuren Zahl an Entscheidungen dennoch keine zeitliche Verzögerung eintritt.

Diese Zerlegung eröffnet dem Spieler die Möglichkeit, eine Vielzahl unterschiedlicher Klänge zu erzeugen und diese immer wieder nach Belieben zu modifizieren. Streicher und Kirchenorgel, Bläser- oder Mänerchor, Hubraumgebläse oder Sirenengeheul, dies alles ist für einen elektronischen Musikgerät, Synthesizer genannt, kein Problem. Zum anderen können die digital zerlegten Informationen übertragen, also von einem Gerät zum anderen gesendet werden. Die Geschwindigkeit der Umwandlung von Tönen in digitale Daten, der Übertragung zwischen den Geräten und der „Rückübersetzung“ in Töne ist dabei so groß, daß man keine Verzögerung hört. Für ein „Digitales Orchester“ benötigt man den entsprechenden Synthesizer sowie einen Computer mit dem dazugehörigen Programm.

Die digitale Schnittstelle verbindet alle Musikgeräte

Das Ein-Mann-Orchester kann z.B. aus einem elektronischen Piano, einem programmierbaren Synthesizer mit Tastatur, einem Erweiterungs-Modul ohne Tastatur (dem „Expander“), sowie einem Schlagzeug-Synthesizer („Drum-Maschine“), einem Verstärker und einem Personal-Computer bestehen. Eine solche perfekte Ausstattung kostet allerdings mehr als 10 000 Mark. Man kann aber auch mit einer weniger umfangreichen Kombination schon erstaunliche Effekte erzielen.

Wichtig ist, daß alle diese Geräte über ein sog. MIDI (= Musical Instrument Digital Interface) verfügen, also über eine digitale Schnittstelle zwischen Musikinstrumenten. Alle MIDI-Geräte sprechen sozusagen „die

gleiche Sprache“, sie können Daten austauschen und sich gegenseitig steuern. Der Computer dient in dem „Orchester“ als Tonbandgerät, auf dem Melodien abgespeichert und nach Belieben abgerufen werden können. Durch die Koppelung der Geräte über die MIDI-Schnittstelle ist es aber auch möglich, durch einen einzigen Tastendruck die verschiedenen Geräte gleichzeitig erklingen zu lassen. Auf Grund der enormen Variationsmöglichkeiten der Klänge und Töne auf den Synthesizern kann man hier unbegrenzte Kombinationen erreichen.

Heute gibt es für Personal-Computer eine Software, die das Gerät in ein 24-Spur-Tonbandgerät verwandelt. Das heißt also, daß man auf 24 Tonbandspuren verschiedene Melodien oder Teile davon aufnehmen kann. Bei vielen heutigen Computern funktioniert das Programm den Bildschirm des Computers zu der Frontseite eines Tonbandgerätes um. Die einzelnen Funktionstasten, z.B. „Abspielen“, „Zurückspulen“ oder „Aufnahme“ können dann mit der sogenannten „Maus“, einer Art beweglicher Taste des Computers, anvisiert und eingeschaltet werden.

Es empfiehlt sich, bei einer Aufnahme zunächst mit dem Schlagzeug zu beginnen und vier oder fünf der 24 Tonbandspuren für die „Percussion“ zu reservieren. Jeder Spur wird ein bestimmtes Schlagzeug-Instrument des Drum-Synthesizers zugeordnet, also etwa eine Spur für eine Trommel, eine für das Becken und so weiter. Jeder dieser Spuren wird von Beginn an ein bestimmter MIDI-Kanal zugeordnet (meistens stehen 16 zur Verfügung). Anschließend wird der zugehörige Synthesizer ebenfalls auf diesen Kanal eingestellt. Mit dieser Aufteilung in Kanäle ist es möglich, über eine einzelne Verbindungsleitung zwischen den Geräten bis zu 16 verschiedene Anweisungen für unterschiedliche Klänge und Melodien zu senden.

Nachdem das Schlagzeug eingestellt ist, kann man sich die anderen Stimmen vornehmen. Während man die Drum-Spuren des Programms abhört, kann man auf der nächsten Spur etwa die Streicher aufnehmen. Dazu stellt man etwa den Expander wieder auf einen eigenen MIDI-Kanal ein und befiehlt dem Programm, daß es in dem Gerät automatisch das Register mit dem Streicher-Klang anwählt. Anschließend wird die Melodie eingegeben und abgespeichert.

Bei dieser „Computer-Komposition“ arbeitet man also wie in einem

professionellen Tonstudio. Auf den verschiedenen Spuren des Computerprogramms werden nebeneinander Melodien aufgenommen, die beim Abspielen auf Grund der Programmierung nur an bestimmte Geräte unseres Orchesters gesendet werden. Zu guter Letzt muß sich der Spieler nur überlegen, welche Stimme er selbst spielen will. Die Computerprogramme enthalten auch die Möglichkeit, aufgenommenen Melodien nachträglich zu verändern oder sogar gleich auf dem Bildschirm zu komponieren. Diese „Editing-Programme“ zeigen auf dem Bildschirm jede einzelne Note mit allen Eigenschaften (Höhe, Länge, Position, etc.) an.

Noten werden vom Blatt in den Computer eingegeben

Wie in einem Textverarbeitungssystem kann man dann die Noten verschieben oder ihre Länge verändern, neue Noten können in beliebiger Länge eingegeben werden. Dies erleichtert etwa die Speicherung komplizierter Melodien: Sie können direkt vom Notenblatt in den Computer eingegeben werden.

Die Synthesizer enthalten eine Fülle unterschiedlicher einprogrammierter Klänge, die über eine kleine Tastatur abgerufen werden können. In den meisten Fällen kann man diese Klänge beliebig verändern und sich auf diese Weise eine Palette von Klängen einrichten. Am günstigsten ist es, seine Geräte in eine Art Hierarchie anzuordnen. Zentrum ist dann, neben dem Computer, das sogenannte Master-Keyboard, also eine Tastatur, von der aus alle anderen Geräte – über MIDI – angesprochen werden können. Dieses Keyboard sollte möglichst eine „anschlagdynamische“ Tastatur besitzen. Das heißt, man kann durch die Stärke des Tastenanschlags den erzeugten Ton verändern, wie man es von einem Klavier gewohnt ist.

Natürlich kann ein elektronisches Gerät niemals den Klang eines mechanischen Instrumentes perfekt nachahmen. Das „Trompeten“-Register eines Synthesizers kann nicht die vielen Klangvarianten reproduzieren, die der Mensch mit der Form seiner Lippen und mit besonderer Anblas-Technik erzeugen kann. Inzwischen bieten einige Hersteller aber sogenannte Blasinstrumente an. Dies ist eine Art elektronisches Mundstück, mit dem der Spieler durch die Hineinblasen seine Synthesizerstimme beeinflussen kann, etwa um das „Dirty playing“ auf einer Jazztrompete zu imitieren.

Natürlich kann ein elektronisches Gerät niemals den Klang eines mechanischen Instrumentes perfekt nachahmen. Das „Trompeten“-Register eines Synthesizers kann nicht die vielen Klangvarianten reproduzieren, die der Mensch mit der Form seiner Lippen und mit besonderer Anblas-Technik erzeugen kann. Inzwischen bieten einige Hersteller aber sogenannte Blasinstrumente an. Dies ist eine Art elektronisches Mundstück, mit dem der Spieler durch die Hineinblasen seine Synthesizerstimme beeinflussen kann, etwa um das „Dirty playing“ auf einer Jazztrompete zu imitieren.

Samstags auf der Wissenschaftsseite

„Heiratsschwindel im Schiff“ – Matthias Glaubrecht beschreibt das ungewöhnliche Paarungsverhalten von Rohrsängern.

Über einen japanischen Miniatur-Motor, der durch Ultraschall angetrieben wird, berichtet Arno Nöldechen.

Neue Erkenntnisse über den Erreger der Schlafkrankheit – Von Rolf H. Latussek.

Ukraine, dem Ural und in Westsibirien. Bezüglich der Maßnahmen zur Luftreinhaltung sei das Pläziet nicht einmal zur Hälfte erreicht.

TOUR DE FRANCE / Einer der Favoriten gab nach den ersten Bergen auf

Geschockt von Hinaults großer Fahrt, stieg Laurent Fignon von seinem Rad

Er sei ein Siegertyp, hat er einmal gesagt. Nicht das Duell mit den Stars interessiere ihn, sondern nur der Sieg. Und wenn er dabei noch einen der Besten, Bernard Hinault bei spielsweise, schlage, so mache dies den Sieg nur etwas größer.

Der französische Radprofi Laurent Fignon, zweimaliger Gewinner der Tour de France und auch in diesem Jahr einer der großen Favoriten, hat gestern vor der 13. Etappe von Pau nach Super-Bagnères aufgegeben. Er habe Fieber, teilte er den Organisatoren mit. Eine Begründung, die dem 25-jährigen Franzosen kaum jemand abnimmt. Denn zuvor, auf der ersten großen Bergetappe der Tour, hatte Fignon etwas erleben müssen, was ihn deprimieren, ihm jede Sieges-Zuversicht rauben mußte.

Mit seiner sensationell anmutenden Fahrt auf der zwölften Etappe hatte Bernard Hinault, der 31-jährige Bretonne aus Quessoy, nicht nur das gelbe Trikot, die Führung im Gesamtklassement errungen. Er hat, so meinen viele, seinem mutmaßlich hartnäckigsten Konkurrenten früh den entscheidenden Schlag versetzt.

Und Bernard Hinault ist mit seinem Huanareit über den Col de Marie Blanche seinem großen Traum fast greifbar nahe gekommen. Kaum

jemand zweifelt ernsthaft daran, daß er kurz davor steht, als erster Fahrer in der Geschichte des Radsports die Tour de France zum sechsten Mal zu gewinnen. Zwar trennen Hinault von den Pariser Champs-Élysées noch fast 2700 Kilometer. Aber auch Jacques Anquetil, genauso wie Vorjahressieger Hinault und die Rad-sport-Legende Eddy Merckx fünfmaliger Gewinner der Tour, fürchtet schon um seinen Rekord: „Es ist viel leicht noch zu früh zu sagen, er hätte die Tour bereits in der Tasche, aber seinen jetzigen Vorsprung wird man ihm nur noch schwer abnehmen können.“ Nur Luis Ocaña, in den 70er Jahren der große Widersacher von Eddy Merckx, 1973 Tour-Sieger und Liebhaber schwerer Bergetappen, warnt Hinault vor zu frühem Feiern: „Bernard hat ein Riesending gemacht, aber die schweren Bergetappen haben erst angefangen. Es wird noch viel grausamer. Sein größter Widersacher ist jetzt Pedro Delgado.“

Dem hat Hinault ein Geschenk gemacht. Nach seiner Galavorstellung ließ er ihm auf der Zielgeraden in Pau dezent den Vortritt und verzichtete auf seinen zweiten und insgesamt 26. Etappensieg nach dem Zeitfahren in Nantes.

Aber kaum zwei Radeln hinter dem Zielstrich fiel der Schwarm der

Reporter – ein hilfloser Blick Hinaults zu einem bereitstehenden Ordner kam zu spät – über den vermeintlichen Toursieger 1988 her. Hinault wurde förmlich an den Absperrzaun gedrückt; er brachte nur mit Mühe die ersten Worte nach dem grandiosen Sieg heraus.

Noch sei nicht alles gelaufen, sagte er. Der Abstand zum besten Kletterer, Herrera, sei immerhin beruhigend groß. Und der große Triumphtor hatte auch tröstende Worte für den großen Verlierer: „Laurent Fignon ist nach seiner überstandenen Verletzung vom Vorjahr in etwa der gleichen Situation wie ich 1984, als ich nach meiner Knieoperation wieder im Kommen war und gegen ihn den kürzeren zog. Ihm fehlt einfach die Rennpraxis von über einem halben Jahr.“ In diesem Augenblick wußte Bernard Hinault noch nicht, daß Laurent Fignon wenige Stunden später kapitulieren würde...

Hinault, dessen Siegerlächeln bei den vielen Erfolgen zwangsläufig zur Routine wird, genöß die erste Präsentation im gelben Trikot sichtlich. Doch auch Laurent Fignon, der seine Motivation aus Siegen bezieht, konnte zu diesem Zeitpunkt lächeln. Vielleicht weil er zu wissen glaubt, daß Hinault im nächsten Jahr nicht mehr dabei sein wird.

LEICHTATHLETIK

Schmid fast in Bestform

sid, Nizza

Harald Schmid rennt wieder der Hochform entgegen. Zwei Tage nach seinem neunten 400-m-Hürden-Titel bei deutschen Meisterschaften in 48,59 Sekunden steigerte er sich beim Meeting in Nizza auf 48,40. Doch wie 1984 in Los Angeles lag der 26-jährige aus Gelnhausen einen Platz hinter Danny Harris (USA). Der 26-jährige gewann zugleich das fünfte Saisonrennen im Grand-Prix und erreichte die Maximalzahl von 45 Punkten.

Höhepunkte des Sportfestes waren drei Jahres-Weltbestzeiten: Der Brit Steve Cram, Weltmeister über 1500 m, erzielte 1:43,62 Minuten über 800 m; der Belgier William van Dijk gewann in 8:11,52 Minuten überraschend ein schnelles Rennen über 3000 m; Hürden- und Olympiasiegerin Marietta Pucica aus Rumänien verfehlte im Meilen-Lauf den Weltrekord von Mary Decker-Slaney (USA) in 4:18,25 Minuten nur um 1,54 Sekunden.

Die anderen deutschen Teilnehmer boten keine überragenden Leistungen. Im Hammerwerfen, das Jury-Schieds aus der UdSSR mit 84,26 Meter gewann, wurde Christoph Sahner (Wattenscheid) mit 78,58 Meter Dritter. Im Hochsprung belegten Gerd Nagel (Frankfurt) und Carlo Thränhardt (Köln) mit 2,24 Meter Rang vier.

Am zweiten Tag der UdSSR-Meisterschaften in Kiew sorgte Jelena Beljewskaia mit 7,31 Meter im Weitsprung für die beste Leistung. Im Hochsprung der Männer erreichte Waleri Sereda 2,34 Meter.

SPORT-NACHRICHTEN

Malaysia boykottiert

Kuala Lumpur (AP) – Malaysia hat gestern als erstes nichtafrikanisches Land seine Entscheidung bekanntgegeben, die nächste Woche in Großbritannien stattfindenden Commonwealth-Spiele zu boykottieren. Die Regierung wolle damit gegen die Weigerung Großbritanniens protestieren, wirtschaftliche und andere Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen.

Koszewski gab auf

Atzen (dpa) – Bei den ersten Junioren-Weltmeisterschaften der Leichtathleten in Athen gab der deutsche Jugend-Zehnkampfstärker, Dietmar Koszewski aus Berlin, nach schwachem 100-m-Lauf (11,95 Sekunden) bereits im Weitsprung verletzt auf. Favorit Stefan Hagis (Bad Soden-Altenhofen) lag nach drei Übungen mit 2264 Punkten an siebter Stelle, 249 Punkte hinter dem führenden Finnen Keskiälä.

Laffite: neue Renn-Pläne

Paris (dpa) – Der französische Formel-1-Rennfahrer Jacques Laffite, der am Sonntag beim Großen Preis von Großbritannien in Brands Hatch schwer verletzt worden war, wird bald wieder Rennen fahren. Er habe bei dem Unfall keine komplizierten Knochenbrüche erlitten. Dies erklärte er in einem Rundfunkinterview von seinem Krankenbett aus.

Bott bleibt Amateur

Düsseldorf (sid) – Markus Bott, Zweiter der Amateur-Box-EM, hat zwei Prof-Angebote aus Frankfurt und Holland abgelehnt und will sich mit einem Sonderprogramm der Stiftung Deutsche Sporthilfe auf die Olympischen Spiele 1988 vorbereiten.

Sieg für Becker

Palma de Mallorca (dpa) – Beim Tennis-Schau-Turnier von Palma de Mallorca gewann Wimbledon-Sieger Boris Becker gegen den Franzosen Thierry Tulasne mit 6:2, 6:4. Zuvor war Becker dem Schweden Henrik Sundström unterlegen, der das Endspiel mit 7:6, 3:6, 6:3 gegen den Spanier Emilio Sanchez gewann.

Werbepartner für Schalke Gelsenkirchen (dpa) – Fußball-Bundesligaklub Schalke hat für die Saison 1988/89 erneut das Unternehmen Trigema als Werbepartner gewonnen. Über die Einnahmen aus dem Ein-Jahres-Vertrag machte Manager Rudi Assauer keine Angaben.

ZAHLN

BASKETBALL
WM in Spanien, Zwischenrunde, Gruppe 1: Israel – Griechenland 82:79, Spanien – Kuba 78:77, UdSSR – Brasilien 110:101, Gruppe 2: Italien – Argentinien 78:70, USA – Jugoslawien 69:60, Kanada – China 95:81.

HANDBALL
Goodwill Games in Moskau, Männer: UdSSR – USA 33:19, Frauen: UdSSR – Japan 40:18, Ungarn – USA 21:12.

LEICHTATHLETIK
Sprintfest in Nizza, Männer, 100 m: 1. Inoh (Nigeria) 10,22, 200 m: 1. Mahorn (Kanada) 20,34, 400 m: 1. Tlaoh (Elfenbeinküste) 44,75, 800 m: 1. Cram (Großbritannien) 1:43,62, Hoch: Matel (Rumänien) 2,31, Stabhoch: Collet (Frankreich) 5,72, Frauen, 200 m: Ashford (USA) 22,38, 3000 m: Kristiansen (Norwegen) 8:35,88, Speer: 1. Whitehead (Großbritannien) 70,74.

FUSSBALL
Freundschaftsspiele: 1. FC Köln – Borussia Brand 10:0, SV Barmen – Werder Bremen 0:3, SV Langen – Hamburger SV 3:11, SSV Buchenau – Bayer Leverkusen 0:7, Südwest Nürnberg – Blau-Weiß Berlin 0:2.

TENNIS

Federation-Cup: Protest gegen die Auslosung

dpa, Berlin/Prag Ärger und Verbitterung bestimmten im Trainingslager der deutschen Tennis-Damen die Reaktionen auf das offenbar kräftig manipulierte Losverfahren in Prag für den Federation-Cup (21. bis 27. Juli), der inoffiziellen Mannschafts-Weltmeisterschaft. Der Deutsche Tennis-Bund (DTB) reichte gestern einen offiziellen Protest an den Internationalen Tennis-Verband (ITF).

„So eine Sauerei“, entfuhr es Steffi Graf, als sie hörte, daß das deutsche Team trotz der besseren Weltreihenfolge hinter die einzelnen Spielerinnen hinter Gastgeber und Titelverteidiger CSSR nur auf Rang drei gesetzt wurde. Der DTB verlangt nun, daß seine Damen an Nummer zwei hinter die USA gesetzt werden. Der Verband beruft sich dabei auf die Paragraphen 24 a und 16 des Regelwerks zum Federation-Cup, in dem nach Ansicht des DTB eindeutig die aktuellen Placierungen in der Weltreihenfolge das Setz- und Losverfahren bestimmen.

Immerhin ist Steffi Graf die Nummer drei in der Welt und Claudia Kohde-Kilsch die Nummer fünf. Hana Mandlikova und Helena Sukova (CSSR) besetzen die Plätze vier und acht. In der ersten Aufregung unter den deutschen Damen flogen Worte wie „Betrug“ und sogar „Boykott“.

Da die Amerikanerinnen mit der Weltreihenfolge-Liste Martina Navratilova und der Weltreihenfolge-Zweiten Chris Evert-Lloyd unanständig als Nummer eins im Lostopf lagen, bedeutet die Nummer drei eine klare Benachteiligung für die Mannschaft des Deutschen Tennis-Bundes. Steffi Graf und Claudia Kohde-Kilsch treffen bei programmgemäßem Verlauf schon im Viertelfinale auf die starken bulgarischen Westwender Maleswa und im Halbfinale zwangsläufig auf die USA. „Für die CSSR ist dagegen alles aus dem Weg geräumt worden, was Schwierigkeiten bereiten könnte“, sagte Teamchef Klaus Hofhäuser empört. „Die können das Endspiel nur verlieren, wenn sie den Fuß brechen“, fügte er wütend hinzu.

Der Internationale Tennis-Verband hatte zwei Argumente für die Verbeugung vor den Gastgeberinnen: Die CSSR-Auswahl ist Titelverteidiger. Und es sei nicht sicher, ob Steffi Graf nach ihrer Erkrankung von Paris, die sie zum Wimbledon-Verzicht gezwungen hatte, wieder gesund sei und volle Spielstärke bringen könne.

Der Streit um die Setzliste hat Hintergründe. Vor zwölf Monaten hatten Steffi Graf und Claudia Kohde-Kilsch für den Federation-Cup in Nagoya gemeldet. Sie sagten kurzfristig ab. Die gesamte Setzliste mußte damals wegen der Deutschen geändert werden, die mit den Außenseitern Petra Knepper und Myrjam Schropp antraten und in der ersten Runde gegen Großbritannien ausschieden. Die Zurücksetzung für Prag ist möglicherweise eine Revanche der Funktionäre im Internationalen Verband. Außerdem: Mit aller Macht wollte der Verband wohl ein Finale zwischen den USA und der CSSR herbeiführen. Dieses Endspiel mit der in Prag geborenen Martina Navratilova gegen die Mannschaft der CSSR hätte einen besonders sportlichen, menschlichen und auch sportpolitischen Reiz.

FUSSBALL / Planung für die nächste Spielzeit

Gesamtetat der Vereine von 118 Millionen Mark

Der Schock hielt nicht lange an: Trotz der schlechtesten Zuschauer-Resonanz seit 1972 in der letzten Saison der Fußball-Bundesliga zeigen die Präsidenten der Vereine vor dem Start in die 24. Spielzeit Optimismus. Bei ihren Planungen erreichen die 18 Klubs mit einem Gesamtetat von 118,1 Millionen Mark den Stand des Vorjahres (120,7 Millionen). Das bedeutet lediglich einen Rückgang von etwa zwei Prozent. Die Kalkulationen der Zuschauerzahlen, die jeder Verein seinem Etatansatz zugrunde legt, basieren auf einem Saisonbesuch von 5 465 000 Zuschauern (Vorjahr: 5 464 000), was einem Durchschnitt von 17 861 Besuchern pro Spiel entspricht.

Auf einen Schub für die höchste Spielklasse durch das Erreichen des Finales bei der Weltmeisterschaft in Mexiko wollen sich die Manager und Schatzmeister aber nicht verlassen. „In der Endabrechnung stand zwar die Endspielteilnahme, aber es ist trüblich, daß man mit Kampf, Athletik und solch einer Spielweise so weit gekommen ist. Mit dieser Defensivtaktik würde man uns in der Bundesliga auspfeifen“, lautete das kritische WM-Fazit von Helmut Grashoff, Manager von Borussia Mönchengladbach.

Präsident Gerhard Schmelzer (1. FC Nürnberg) indes glaubt: „Das Beckenbauer-Team hat das dampfende Image etwas aufgepoliert. Aber deshalb wird kein Zuschauer mehr zur Bundesliga kommen.“ Sein Kollege Professor Fritz Scherer (Bayern München) dagegen sagt: „Ich erwarte einen kleinen Aufschwung.“

Wie schon in den letzten Jahren führt Scherers Klub die Etat-Tabelle mit der unveränderten Summe von 15 Millionen Mark an. Auf den Erfahrungen der ermutigenden letzten Saison basiert die Kalkulation beim Hamburger SV. Er strich seinen Etat von 10,1 auf 7,7 Millionen Mark zusammen.

Mit dem Rotstift in schwarze Zahlen wollen neben dem HSV auch Stuttgart, Gladbach, Frankfurt, Mannheim und vor allem Dortmund. Dieses Sextett hat seine veranschlagten Zahlen mehr oder weniger reduziert. Ein weiteres halbes Dutzend Vereine (Bremen, Köln, Uerdingen, Bochum, Düsseldorf und Nürnberg) kalkulierten optimistisch.

Unsere Tabelle zeigt die Etats der Klubs im Vergleich zur letzten Spielzeit und die kalkulierten Zuschauerzahlen für 1988/89 im Vergleich zur tatsächlich erreichten Zahl in der letzten Saison.

	Etat 88/89	Etat 87/88	Schnitt 85/86	Schnitt 84/85
München	15,0	15,0	28 000	27 311
Bremen	10,6	10,0	23 000	24 702
Köln	9,5	9,0	18 000	15 028
Stuttgart	9,4	12,0	25 000	21 286
Gladbach	8,0	8,5	20 000	16 383
Hamburg	7,7	10,1	20 000	15 561
Schalke	6,8	6,8	20 000	18 588
K'auern	6,5	6,5	17 000	15 817
Frankfurt	6,1	6,7	17 000	15 782
Leverkusen	6,0	6,0	13 000	9 467
Nürnberg	5,5	5,5	21 000	27 392
Dortmund	5,0	6,5	23 000	22 813
EW Berlin	4,5	2,5	12 000	5 580
Uerdingen	4,0	3,5	13 000	11 243
Bochum	3,5	3,2	17 000	13 632
Mannheim	3,5	3,7	15 000	13 189
Düsseldorf	3,5	3,0	9 000	10 360
Homburg	3,0	1,8	7 500	3 000

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Förderung der Gentechnik

Bonn (dpa) – Die Bundesregierung hat für die Förderung der Biotechnologie bis 1990 rund eine Milliarde Mark vorgesehen. Ein Schwerpunktvorhaben ist die Entwicklung von Medikamenten zur Bekämpfung von Tumorerkrankungen. Hierbei handelt es sich um ein

ler Fachleute liegt die Bundesrepublik in Europa mit auf einem Spitzplatz in der gentechnologischen Entwicklung.

Chancen für Babys

Frankfurt (dpa) – Die Überlebenschance für Säuglinge mit angeborenem Herz- und Gefäßfehler verbessert sich infolge chirurgischer Hilfe zunehmend. Wie die Aktion Sorgenkind gestern mitteilte, ist die Zahl der Herzoperationen an Neugeborenen in den vergangenen Jahren sprunghaft gestiegen. Während 1978 nur etwa 40 Prozent der betroffenen Babys operativ behandelt werden konnten, so ist dies inzwischen bei fast 90 Prozent möglich.

UdSSR-Umweltschutz

Berlin (AP) – Verstöße gegen die Umweltgesetze der Sowjetunion sind nach neuestem Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) an der Tagesordnung. Die Umweltschutzmaßnahmen bleiben demnach ständig hinter dem Plansoll zurück. Das Schwergewicht habe bisher der Be-

kämpfung der Wasserverschmutzung gegolten, die um etwa ein Drittel gesunken sei. Stark verschmutzt seien dagegen zahlreiche kleinere Flüsse in den industriellen Ballungsgebieten wie der südlichen

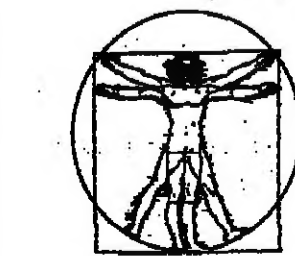
Samstags auf der Wissenschaftsseite

„Heiratsschwindel im Schiff“ – Matthias Glaubrecht beschreibt das ungewöhnliche Paarungsverhalten von Rohrsängern.

Über einen japanischen Miniatur-Motor, der durch Ultraschall angetrieben wird, berichtet Arno Nöldechen.

Neue Erkenntnisse über den Erreger der Schlafkrankheit – Von Rolf H. Latussek.

Ukraine, dem Ural und in Westsibirien. Bezüglich der Maßnahmen zur Luftreinhaltung sei das Pläziet nicht einmal zur Hälfte erreicht.



deutsch-amerikanisches Gemeinschaftsprojekt, an dem rund 18 Institute und Firmen beteiligt sind. Insgesamt fördert das Forschungsinstitut im Bereich der Biotechnologie derzeit 110 Projekte von wissenschaftlichen Einrichtungen und Firmen. Nach dem Urteil internationaler

Über Funk Tips für Sabotageakte

„Autonome“ nutzen illegale Sender / 35 Millionen für Einsätze an der Startbahn West

WALTER H. RUEB, Bonn
Über den Äther werden Ziele genannt, die unsere Vergiftung verdienen, und in einem „Bekennerrück“ nach mehreren schadenstiftenden Anschlägen auf Kaufhäuser mit Säurebrennerei heißt es zur Begründung ganz offen: „... weil wir die Schweine an einem ihrer ökonomischen Punkte treffen und direkt in die Zentren der Städte Unruhe tragen wollen.“ Die staatsfeindlichen und kriminellen Gruppen „Autonome“ scheuen nicht einmal mehr davor zurück, Kontakte zu Gesinnungsgenossen über Rundfunk herzustellen. Sie handeln sich freilich um illegale Stationen, Pirscher und diese Praktiken berichtete jetzt „Report“ München.

Der Polizei ist es bisher nicht gelungen, den illegalen Sender „Freies Göttingen“ zu finden, weil deren Betreiber niemals mehr als wenige Minuten auf Sendung bleiben. „Wir wollen nicht die Bullen im Nacken haben“, hieß es in einer abrupt beende-

ten Sendung. Die Zeit reichte immerhin zu Mitteilungen über jüngste Anschläge – beispielsweise in einem im Bau befindlichen Eisenbahntunnel unweit Göttingen, wo Bohrmaschinen zerstört und ein Sachschaden von zwei Millionen Mark angerichtet wurde.

Auch in Druckzeugnissen des Untergrunds kündigen Staatsfeinde von den eigenen „Ruhmestaten“. „Wir sind aus der Phase von Sprengsätzen in die Phase konkreter Sabotage und alltäglicher Subversion getreten“, wird im Druckzeugnis „Guerrilla diffusa“ gepöbelt. In anderen Broschüren werden Anleitungen nach Sachgebiets gegeben. Zerstörung, Sabotage, Zersetzung und Chaos heißen die Stichworte. Der Leser erfährt, wie Brandsätze hergestellt und wie Feuerfischgeräte in gefährliche Bomben umgewandelt werden können.

Über die Aktivitäten anderer Autonome, die sich den Umsturz von Staats- und Gesellschaftsordnung in

der Bundesrepublik zum Ziel gesetzt haben, gab ein Bericht über die Ergebnisse an der Startbahn West in Frankfurt Aufschluss. Seit zwei Jahren wird die Startbahn genutzt, doch Woche für Woche sind Polizei-Hundertschaften im Einsatz, um die vier Kilometer lange Flugpiste zu schützen. Zäune, Mauern und Stacheldraht genügen nicht.

Im Jahr muß die Polizei mehr als eine halbe Million Überstunden leisten. Im Kampf gegen Rauschgiftkriminalität und für andere polizeiliche Aufgaben fehlen hingegen die Beamten. Frankfurt hat die höchste Kriminalitätsrate der Bundesrepublik. Allein in den vergangenen zehn Jahren hat die Kriminalität in der Mainmetropole um 80 Prozent zugenommen. Ein Polizeibeamter stellte fest, Prävention gegen das Verbrechen falle flach, ein anderer klagte über die zunehmende Frustration der Beamten. Der Einsatz an der Startbahn West kostete den Steuerzahler seit Baubeginn rund 35 Millionen Mark.

Transitsünder können 500 Mark überweisen

D. D. Berlin

Die Deutsche Bundesbank hat die Sammelgenehmigung für Geldüberweisungen in die „DDR“ von 200 auf 500 Mark erhöht. Von dieser erhöhten Freigrenze „profitieren“ vor allem Autofahrer, die auf den Transitautobahnen mehrfach Ordnungsgeldstrafen von der „DDR“-Volkspolizei erhalten haben. Wer mehrere solcher Strafen nicht bezahlt, muß damit rechnen, daß ihm die „DDR“ die Benutzung der Transitstrecken verweigert.

Wie die „DDR“-Vertreter mitteilen, sind in den ersten fünf Monaten dieses Jahres gegen rund 62 000 Transitsünder wegen Verkehrsvergehen, Ordnungsstrafen verhängt worden.

EKD soll sich von Gewalt distanzieren

idea, Dortmund

Zu einem „radikalen Überdenken“ ihres bisherigen Engagements hat die „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland“ die EKD aufgefordert. Die neuerliche Eskalation politischer Gewalt müsse zu deutlichen Konsequenzen aus den vielen „Worten“ der EKD gegen Gewaltanwendung führen, heißt es aus Anlaß der Ermordung des Atomphysikers Karl Heinz Beckurts und seines Fahrers Eckart Groppler. Eine Konsequenz wäre eine klare Distanzierung von den sogenannten Demonstrationen-Gottesdiensten, die in Gießen, Brokdorf, Walkersdorf und an der Startbahn-West in Frankfurt gehalten worden seien. Die evangelische Kirche dürfe nicht in den Verdacht geraten, „terroristische Gewalttaten“ durch „Gottesdienste“ theologisch zu rechtfertigen.

Unabhängig davon werden jedoch die Gerichte das letzte Wort sprechen. Der Festival-Veranstalter, der erst kürzlich gegründete Verein „Zur Beratung und Förderung kultureller Jugendarbeit“, hat schon gestern nachmittags beim Verwaltungsgericht Regensburg einen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen den Bürgermeister eingereicht. Man wolle damit erreichen, daß an der Umzäunung für das 16 Hektar große Festivalgelände und eines bis zu 10 000 Personen fassenden Campingplatzes weitergebaut werden kann, erklärte ein Sprecher der Veranstalter.

Sollte das Verwaltungsgericht dem Antrag stattgeben, ist damit zu rechnen, daß der Freistaat Bayern, vertreten durch den Landesanwalt, dagegen den Verwaltungsgerichtshof in München anruft. Der ehemalige Bundesstaatsgeordnete der Grünen, Otto Schily, erklärte sich inzwischen bereit, den Verein bei den zu erwartenden Prozessen zu vertreten. Bürgermeister Bawidmann ist sicher, mit seiner Weigerung auch im Sinne der Mehrheit seiner Bevölkerung zu handeln.

Bei der Einrichtung lokaler Fernsehender in 65 Städten der Bundesrepublik Deutschland müsse den Zeitungsverlagen ein vorrangiges Nutzungsrecht zugestanden werden, forderte gestern der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger. Die Ankündigung des Bundespostministers Schwarz-Schilling vernachlässige Finanzierungsfragen für Technik und Programmgestaltung. Der Verband befürchtet durch eine Überlastung der regionalen Medienmärkte eine Gefährdung der Pressevielfalt.

„Betriebsräte über neue Techniken gut informiert“

Experten lehnen DGB-Forderung nach mehr Mitbestimmung ab

H. H. Bonn

Betriebsräte und Mitarbeiter werden bei der Einführung neuer Techniken im Betrieb „im allgemeinen umfassend informiert und beteiligt“, schreibt das den Unternehmen nahe stehende Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Es antwortet damit auf die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds nach Ausweitung der Mitbestimmung bei Planung und Einführung neuer Techniken.

Das IW stützt sich bei seiner Aussage auf eine Auswertung von 100 Beispielen aus der betrieblichen Praxis durch seine arbeitswissenschaftliche Datenbank (Prodis). Beispielsweise seien die betroffenen Mitarbeiter und der Betriebsrat bei Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeit in mehr als 90 Prozent der Fälle über die Pläne informiert und beteiligt gewesen. Nach Meinung des IW widerlegen solche Zahlen die „ständig wiederholten Be-

hauptungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds und seiner Einzelgewerkschaften, Beschäftigte und Betriebsräte würden bei der Einführung neuer Techniken nicht beteiligt“.

In 80 Prozent der dokumentierten Fälle habe der Betriebsrat Einfluß auf die Einführung neuer Techniken genommen oder aktiv daran mitgearbeitet. Er sei entweder bei der Planung oder Beratung beteiligt gewesen oder habe das Ergebnis der Veränderung kontrolliert. 75 Prozent der Belegschaft werten die Information durch den Betrieb als „sehr umfassend“ oder „ziemlich umfassend“. In 85 Prozent der Fälle äußerten sich die Mitarbeiter „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ über die eingeführten Techniken. Dabei habe es sich beispielsweise um den Einsatz von Bildschirmen, Informationstechnologie, Mikroelektronik, NC-Technik oder Robotern gehandelt.

Erinnerung an Mauerbau

„DDR“-Bischof: Was Menschen quält, nicht verschweigen

epd, Götting

Der evangelische Bischof in Götting, Joachim Rogge, tritt dafür ein, den 25. Jahrestag des Berliner Mauerbaus am 13. August nicht mit Schweigen zu übergehen. Die Kirche habe das Phänomen Mauerbau nicht politisch zu bestätigen oder zu bekämpfen, sagte Rogge. Sie müsse jedoch die weiterhin vorhandene Betroffenheit und schmerzende Verwundung von Menschen ansprechen.

Was Menschen quält, dürfe nicht als politisch nicht opportun abgetan werden, sagte Rogge. Deshalb müsse die Kirche „wechselseitiges Verständnis“ für unterschiedliche politische Argumentationen wecken. Treffen von Kirchengemeinden aus der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland seien folgerichtig im Gespräch.

Rogge vertritt als Bischof des Göttinger Kirchenbistums nach eigenen Angaben gegenwärtig etwa hunderttausend Mitglieder und auch ein „Sympathisantenumfeld“ von Nichtgetauften. Der Bischof bezeichnete es als eine Aufgabe der Kirche, „Menschen auch damit Heimat zu geben, daß sie ihren Standpunkt suchen und finden angesichts der politischen Gegebenheiten, die für uns alle gelten“. Zum Rahmen kirchlichen Wirkens

gehöre auch „die Ermutung zur Existenz in unserem Lande“.

Auf dem am 18. August anstehenden zehnten Jahrestag der Selbstverbrüderung des Pfarrers Oskar Bräuerwitz in Zeitz angesprochen, meinte er, es sei vielleicht auch heute noch nicht ganz gelungen, kirchenleitenden Dienst so durchschaubar zu machen, daß sich alle verstanden fühlen und alle verstehen können. Die Selbstverbrüderung des Pfarrers war seinerzeit in Gemeinden der „DDR“ als Protest gegen eine zu anpassungsbedürftige Kirche interpretiert worden. Doch nicht alle damaligen Defizite seien behoben worden, sagte Bischof Rogge dem. Er äußerte Sorge darüber, daß weiterhin „Reinigungsversuche durch kirchliches Management“ und „zu viele nach allen Seiten hin abgegebene Erklärungen und Reden die Offenheit und Durchschaubarkeit zu den Gemeinden hin hindern“.

Die Göttinger Kirche ist auf finanzielle Unterstützung aus dem Westen angewiesen. Ein Verzicht darauf sei kurzfristig nicht möglich, meinte Rogge. Da Spenden und Kirchensteuern keineswegs ausreichen, alle Aktivitäten zu finanzieren, müßten sonst bei einem Ausfall westlicher Zahlungen zahlreiche kirchliche Einrichtungen geschlossen werden.

Schwier erzwingt Errichtung von Gesamtschule

DW, Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier (SPD) hat seine Androhung wahrgemacht, die Stadt Dormagen (Kreis Neuss) zur Errichtung einer Gesamtschule zu zwingen. Er macht damit erstmals von diesem Recht Gebrauch, das ihm das Schulverwaltungsrecht gibt.

Ende 1985 hatte der Stadtrat von Dormagen beschlossen, zum 1. August eine Gesamtschule zu errichten, wenn dafür mindestens 112 Anmeldungen vorlägen. In einer erneuten Sitzung im März dieses Jahres hob der Rat seine Entscheidung jedoch wieder auf, obwohl 118 Anmeldungen eingegangen waren. Schwier sieht wegen der Zahl der Anmeldungen die Errichtung einer mindestens vierzügigen Schule zum 1. August als gerechtfertigt an. Außerdem sei Dormagen finanziell und verwaltungstechnisch in der Lage, eine solche Gesamtschule in dem bereits bestehenden Schulzentrum zu unterhalten. Das Kabinett hat sich bereits hinter die Entscheidung Schwier gestellt.

Leichte Entspannung auf Lehrstellenmarkt

dpa, Düsseldorf

Auf dem Ausbildungsstellenmarkt gibt es, so der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, eine „beginnende Entspannung“. Eine Entwarnung könne allerdings noch nicht gegeben werden. Den Arbeitslosen seien zwar von Oktober 1985 bis Ende Juni 1986 acht Prozent mehr betriebliche Ausbildungsplätze als im Vergleichszeitraum des Vorjahres gemeldet worden, aber für die 461 200 Lehrstellen interessierten sich 579 700 Bewerber. Die Bewerbungen um Lehrstellen seien um drei Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen.

Der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Paul Schnitzer, hat auf eine Trendwende auf dem Lehrstellenmarkt hingewiesen. Das Handwerk müsse sich „schon heute Gedanken machen, wo es im Jahr 1990 – und vielleicht schon viel früher – qualifizierten Nachwuchs finden kann“, sagte er im Saarländischen Rundfunk. Nur in den handwerklich-technischen Berufen lasse die Nachfrage nach, während sie bei Büroberufen „nach wie vor außerordentlich stark ist und noch wächst“.

WAA-Festival wird Fall für die Richter

PETER SCHMALZ, München

Obwohl die Stadträte der bayerischen Kleinstadt Burglengenfeld mit 13 gegen elf Stimmen den Antrag für ein sogenanntes „Anti-WAA-Musik-Festival“ genehmigten, ist diese Entscheidung nicht rechtskräftig. Bürgermeister Stefan Bawidmann (CSU) beantragte den Beschluß als rechtskräftig, weil er ihn zu vollziehen und verwies ihn zur Überprüfung an die kommunale Rechtsaufsichtsbehörde, in diesem Fall an das Schwandorfer Landratsamt.

Schon in der Ratssitzung hatte der Bürgermeister öffentlich erklärt, daß er sich einer Genehmigung des zweitägigen Rock- und Pop-Treffens, zu dem mindestens 50 000 Besucher erwartet werden, widersetzen würde. „Nachdem Regierung und Polizei erklärt haben, daß mit Gewalttätigkeiten zu rechnen ist und sie keine Gewähr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geben können, kann auch ich die Verantwortung nicht übernehmen“, erklärte Bawidmann gestern gegenüber der WELT. Seine Weigerung, den mit den Stimmen der SPD und eines CSU-Stadtrats gefaßten Beschluß zu vollziehen, begründete er mit der bayerischen Gemeindeordnung, die dem Ersten Bürgermeister eine ungewöhnlich starke Position einräumt. Artikel 59, Absatz zwei, be-

fügt den Bürgermeister für den Fall, daß er Entscheidungen des Gemeinderates oder dessen Ausschüsse für rechtskräftig hält, diese zu befehlen, ihren Vollzug auszusetzen und soweit erforderlich, eine Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde herbeizuführen.

Der Bürgermeister sieht die Rechtskräftigkeit durch Artikel 19 Landesrat- und Verordnungsgesetz gegeben, in dessen viertem Absatz gefordert wird, die Erlaubnis für eine öffentliche Veranstaltung zu versagen, „wenn es zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sachgütern oder zum Schutz vor erheblichen Belästigungen für die Allgemeinheit oder Nachbarschaft... erforderlich erscheint“.

Aus diesem Grund hatte die Bezirksregierung der Oberpfalz in Regensburg den Stadtrat bereits vor der Abstimmung gebeten, die Zustimmung zu untersagen (WELT v. 18.7.), blieb damit aber ohne Erfolg. Nachdem Bürgermeister Bawidmann den Beschluß gestern dem Landratsamt vorlegte, wurde dieses von der Regierung in Regensburg angewiesen, den Beschluß ebenfalls für rechtskräftig zu erklären. Sollte das Landratsamt, das von dem engagierten WAA-Gegner Hans Schulerer geleitet wird, der Regierungsbefehl nicht nachkommen,

könnte Regierungspräsident Karl Krapohl auf Anweisung des bayerischen Innenministeriums vom Selbsttrittsrecht Gebrauch machen und das Festival untersagen.

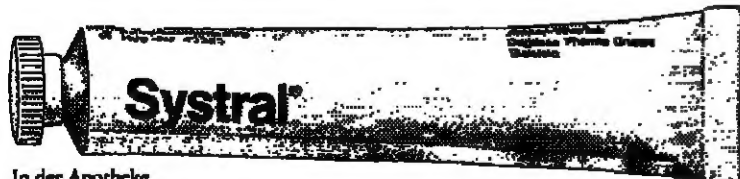
Unabhängig davon werden jedoch die Gerichte das letzte Wort sprechen. Der Festival-Veranstalter, der erst kürzlich gegründete Verein „Zur Beratung und Förderung kultureller Jugendarbeit“, hat schon gestern nachmittags beim Verwaltungsgericht Regensburg einen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen den Bürgermeister eingereicht. Man wolle damit erreichen, daß an der Umzäunung für das 16 Hektar große Festivalgelände und eines bis zu 10 000 Personen fassenden Campingplatzes weitergebaut werden kann, erklärte ein Sprecher der Veranstalter.

Sollte das Verwaltungsgericht dem Antrag stattgeben, ist damit zu rechnen, daß der Freistaat Bayern, vertreten durch den Landesanwalt, dagegen den Verwaltungsgerichtshof in München anruft. Der ehemalige Bundesstaatsgeordnete der Grünen, Otto Schily, erklärte sich inzwischen bereit, den Verein bei den zu erwartenden Prozessen zu vertreten. Bürgermeister Bawidmann ist sicher, mit seiner Weigerung auch im Sinne der Mehrheit seiner Bevölkerung zu handeln.

Systral® stoppt das Brennen, kühlt die Haut.



Systral wirkt rasch und zuverlässig. Sie spüren sofort, wie die Spannung der Haut nachläßt und der Schmerz vergeht. Dabei läßt sich Systral gut auf der Haut verteilen, zieht gut ein und klebt nicht. Ist völlig reizlos und wird auch von empfindlicher Haut gut vertragen. Systral gehört einfach in jede Haus- und Reisepoche.



In der Apotheke.

Systral. Millionenfach bewährt bei Sonnenbrand und Insektenstichen.

Systral Gelee und Salbe bei allergischen, juckenden Hauterkrankungen wie Urtikaria, Ekzeme, leichte Verbrennungen, Sonnenbrand, Quallenverbrennungen, Insektenstiche und Frostbeulen. Nicht zur großflächigen Anwendung (z. B. Verbrennungen und Verbrühungen) bei Säuglingen und Kleinkindern. Diese gehören umgehend in ärztliche Behandlung.

Auto-Werke
Postfach 100 500
D-6000 Frankfurt 1

TIP DES MONATS

Preiswertes Brüssel Preiswertes Belgien
Das exklusive Sheraton Hotel heißt seine Gäste in den Monaten Juli und August für nur DM 50,- pro Nacht und Person im Doppelzimmer inkl. Frühstück herzlich willkommen. Einzelzimmeraufschlag DM 25,-. Swimming-pool im 30. Stock frei.
Anschrift und Buchung:
Sheraton Hotel, Place Rogier 3
1210 BRÜSSEL (00 32 / 22 19 34 00)

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken!

AUSSCHREIBUNGEN

Der Norddeutsche Rundfunk beabsichtigt auf dem Wege einer beschränkten Ausschreibung die Lieferung und Montage von 14 Lichtwerbeanlagen in Form von Reliefkörpern „NDR“, Buchstabenhöhe zwischen 260 und 35 cm mit Neon-Hochspannungsröhren umrandet zu vergeben.
Die Ausschreibung wird entsprechend der örtlichen Betriebsstelle in Loe unterteilt. Die Auftragsvergabe einzelner Loe bleibt vorbehalten.
Lose 1: Hamburg, Funkhaus Rottenturm und FS Lohse (8 Anlagen)
Lose 2: Hannover, Landesfunkhaus Niedersachsen (3 Anlagen)
Lose 3: Köln, Landesfunkhaus Schleswig-Holstein (3 Anlagen)
Lose 4: Flensburg, Studio (1 Anlage)
Lose 5: Oldenburg, Studio (1 Anlage)
Teilnahmebewerbungen sind bis zum 6. 8. 88 an den Norddeutschen Rundfunk, Abt. Technische Projektierung, Gassenkamp 57, 2000 Hamburg 54, zu richten.
Dem Bewerbungsschreiben sind beizufügen:
1. Nachweis über die Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen gegenüber Finanzamt und Sozialversicherungsorgan.
2. Nachweis über die Eintragung in das Berufsregister sowie der Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft.
3. Referenzangaben über ausgeführte vergleichbare Leistungen in den letzten drei Geschäftsjahren unter Angabe der Auftraggeber.
Der Versand der Ausschreibungsunterlagen mit Angabe des Angebotsabgabetermins erfolgt etwa Mitte August.
Ausführungsfrist: Herbst 1988
Auftragsabwicklung nach VOB/B.
Ein Anspruch auf Beteiligung am Wettbewerb besteht nicht. Auskunft darüber, ob dem Teilnehmervertrag entsprochen wird, kann nicht erteilt werden.

BEKANNTMACHUNGEN

1981 Nr. 1028 SP Ct 5
THE HIGH COURT
In der Sache
VOLKSBANK GNARRENBURG E.G.
Köln
und
ANNELIESE BROCKMANN
Beklagte

Gemäß Verfügung des High Court, Dublin, Irland, in obiger Sache sind alle Personen, die Hypothekendarlehen am Antragsort der Beklagten auf Killyman Castle, Teil der Ländereien von Killyman in der Gemeinde Killybeggie, Barony Carbery East (West) und Grafschaft Cork, Irland, auf den auf Blatt 51 006 des Grundbuches im Grundbuchamt der Grafschaft Cork, Irland, eingetragenen Ländereien sind, aufzugeben, ihre Forderungen zum oder vor dem 28. Juli 1988 bei der Examens Office, Four Courts, Dublin, geltend zu machen und diese Forderungen durch identische Erklärung am oder vor dem gleichen Termin zu beweisen. Im Falle des Säumens werden sie endgültig von dem durch die genannte Verfügung eingeräumten Vorrecht ausgeschlossen. Jeder Hypothekendarlehaber, der im Besitz einer Sicherheit ist, wird angewiesen, diese am 30. Juli 1988 um 14.30 Uhr, dem für die Entscheidung über die Forderungen festgesetzten Termin, in der Examens Office vorzulegen.
Datum: 12. Juni 1988
J. Comerford
Examier

SYLT

Nordseebad Hörnum, Nähe Strandpromenade und Kurhaus. Eigentumswohnungen in wunderschöner Dünenlandschaft ab DM 2400,-/m²
1 Zi., 26,78 m² DM 86 400,-
2 Zi., 52,09 m² DM 139 500,-
3 Zi., 65,10 m² DM 156 300,-
4 Zi., 77,35 m² DM 185 700,-
Unausgebaute Dachgeschosse, Baugenehmigungen liegen vor ab DM 42 000,-
Besichtigungen täglich 10-12 und 15-19 Uhr, Berliner Ring 8, Tel. 0 46 53 / 4 15 täglich im Abendstunden.
Castell Wohnungsbau-Gesellschaft

Wahrsagerin Virchow

Viele nachweisbare Erfolge.
Tel. 0 62 02 / 1 04 24 u. 2 30 79

Beteiligung

Discoboth mit Bar und Restaurant an allerbesten Lage im Stadtzentrum. Ca. 600 Plätze. Umsatz über 125 Mio. Rendite 15 % p. a. 35 kommt allenfalls auch der Verkauf des ganzen Geschäftes in Frage. Weitere Informationen zum gegen Kapitalnachweis.
Chiffre 44-131 421, Publicitas, Postfach, CH-8021 Zürich

Wirtschaftskriminalität

minimiert Ihr Unternehmen! Marktverluste und ungewöhlte Vorgänge sollten Sie vermeiden, mich einweisen. Langjährig.
Angeh. u. P. 9741 an WELT-Verl., Postf. 10 06 84, 4300 Essen.

Karriere in Cash & Carry

Ein expandierendes C&C-Unternehmen will seinen Jahresumsatz von 120 Millionen DM weiter steigern. Der neue Geschäftsführer soll die Wachstumpolitik fortführen helfen und erhält noch Bewährung auch Prokura. Die Position verlangt einen Vertriebsprofi mit Schwerpunkt im Food-Sektor und mehrjähriger Erfahrung im Großhandelsbereich. Der persönliche Kundenkontakt sollte seine Stärke sein. Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 19. Juli, im großen Stellenanzeiger der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag, jeden Samstag.

Vertriebspartner

Im Franchise-System für den Vertrieb einer neuen, hochwertigen Dienstleistung im Foto- u. Foto-Bereich. Ihr Kapitalumschlag mind. DM 40 000,- Bruttogewinnerwartung p. a. ca. DM 1 Mio. Erste Kontaktaufnahme mit Referenzen und Kapitalnachweis. Fritz zu Hohenlohe-Langenburg GmbH, 8500 Nürnberg, Alsenberger Str. 34, Tel. 0911 44 22 40, Fax 0911 44 22 40

Wir lösen Probleme!

Nuhn-Bode & Partner
Riemannstr. 25 - Bonn 1
Tel.: 0228-379955
• Spezialdiagnostik • Agentur für Problemlösungen • Personl. Kurrierdienst • Sonderanb. für weltweite Personalausfindung • Zentralruf Tag und Nacht

FINANZANZEIGE

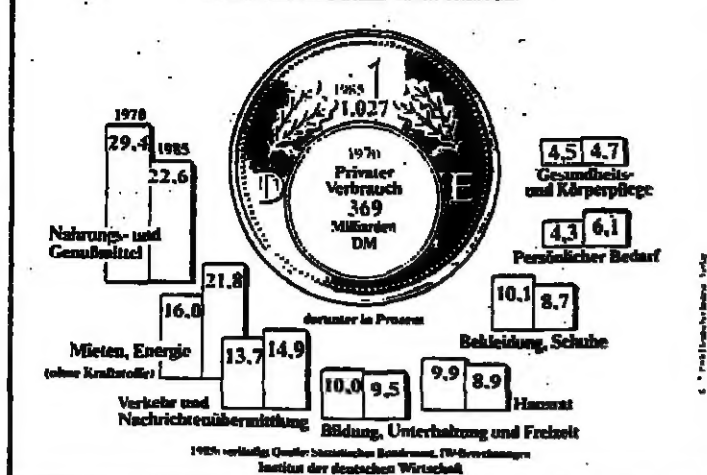
Didier-Werke
Aktiengesellschaft
Wiesbaden
Wertpapier-Kenn-Nummer 553 700

Auszahlung der Dividende für das Geschäftsjahr 1985

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 16. Juli 1986 hat für das Geschäftsjahr 1985 je gewinnberechtigter Aktie im Nennwert von DM 50,- die Ausschüttung einer Dividende von DM 7,50 beschlossen. Auszahlung erfolgt über die im Bundesanzeiger Nr. 128 vom 17. Juli 1986 genannten Zahlstellen gegen Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 47.

Wiesbaden, im Juli 1986 Der Vorstand

Die Konsum-Struktur



Der private Verbrauch wird auch über das laufende Jahr seine Rolle als Konjunkturmotor in der Bundesrepublik behalten. In den letzten 15 Jahren wurden die Ausgaben zugunsten der Bereiche Kraftfahrzeuge, persönlicher Bedarf und Reisen verschoben. Nahrungs- und Genussmittel-Ausgaben sanken.

FÜR DEN ANLEGER

Währungen: Uneinheitlich tendierte gestern die D-Mark. Stark war sie gegenüber dem Dollar, das Pfund erhöhte sich um 2 Pfennig auf 3,249 DM, der Schweizer Franken notierte 123,480 (122,99) DM, der Yen 1,3575 (1,3555) DM. Es sanken französischer und belgischer Franc auf 30,975 (31,030) DM sowie 4,844 (4,853) DM.

BMW: Die Zulassung von 150.000 DM Inhaberkonten aus der Kapitalerhöhung 1986 wurde vom Automobilkonzern an den Börsen München, Berlin, Hamburg, Düsseldorf und Frankfurt beantragt.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 250,41 (257,67); Chemie: 145,46 (150,51); Elektro: 285,35 (292,82); Auto: 708,54 (729,12); Maschinenbau: 139,63 (142,91); Versorgung:

WELTWIRTSCHAFT

Mexiko: Es wird noch bis Ende September dauern, bis die Schuldenkrise gelöst ist, heißt es im IWF. Erst wenn die Ölpreise steigen, will das Land einen Teil der Schulden abtragen. (S. 10)

China: Die binnenwirtschaftliche Überhitzung hat seit Herbst 1984 zu einem Rekorddefizit in der Handelsbilanz geführt, stellt das DIW fest.

Saudi-Arabien: Nahostexperten sehen nach der Ölkrise Zahlungsschwierigkeiten, die die Regierung zu verschleiern sucht. Ein deutsches Unternehmen hat schon seinen Rückzug vollzogen. (S. 10)

MÄRKTE & POLITIK

Wein: Der Jahrgang 1986 verspricht nach 1983 und 1984 schon wieder ein Spitzenjahr zu werden. Indiz dafür sei der vorzügliche Rebenstand, erklärte das Deutsche Weininstitut.

Sparkassen: Die Bundesbank sollte an ihrer ruhigen und erfolgreichen geldpolitischen Linie festhalten, schreibt der Spitzenverband.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

schlecht hat, erklärte Vorstandsmitglied der BDA auf der Hauptversammlung. Dennoch wurde der Vorstand von den Aktionären heftig kritisiert – vor allem wegen des verlustreichen Desinvestitionsgeschäfts. (S. 10)

Otto Wolff: Einen „besonderen“ Konzern erhält die nächste Führungsgeneration des Kölner Familienunternehmens, nachdem das „Amerika-Abenteuer“ ausgestanden ist. (S. 11)

Airbus: Das europäische Konsortium befindet sich weiter im Aufwind. 63 Flugzeuge wurden im ersten Halbjahr verkauft. In den Büchern stehen Aufträge für 410 Maschinen.

NAMEN

Bundesbahn: Wie erwartet bleibt Reiner Gohlke Vorstandsvorsitzender. Zu seinem neuen Vize-Präsidenten berief der Verwaltungsrat Peter Schuhmacher, Vorstandsvorsitzender bei Heidelberger Zement und Präsidiumsmitglied des BDI.

DUB: Das Vorstandsmitglied der Dortmunder Union-Schultheiss Brauerei, Egon Keysberg, ist im Alter von 62 Jahren gestorben. Er war seit 1966 im Vorstand und zeichnete verantwortlich für Personal und Soziales, Export, Liegenschaften und Versicherungen.

Kurzfristig rutschte der Dollar dem Tiefststand von 1981 entgegen

Konjunktur und Etatdefizit lasten auf der US-Währung – Goldpreis notiert fester

Spekulationen, wie weit der Dollar wohl sinken könnte, flammten wieder auf. Nach ersten Schwächeanfällen am Montag setzte sich die Abwertung gegenüber dem Yen und der D-Mark am Dienstag und Mittwoch fort. Trotz der Interventionen der japanischen Zentralbank wurde die US-Währung in Tokio gestern mit 158,30 Yen bewertet; Frankfurt folgte mit einem niedrigen Eröffnungskurs von 2,1480/90 D-Mark.

Damit rückte der Wert weiter in die Nähe des Tiefststandes vom 10. April 1981, als der Dollar in Frankfurt mit 2,1470 D-Mark notierte. Die daraufhin erwartete Schwäche hielt im Laufe des Tages allerdings nicht an. Der Mittelkurs pendelte sich bei 2,1520 D-Mark ein.

Diese unwesentliche Erholung ist jedoch kein Zeichen für festere Notierungen in der Zukunft. Tatsache bleibt, daß die US-Währung unter Druck steht. Und dafür gibt es verschiedene Gründe. Zunächst enttäuscht die konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Das Wachstum läßt zu wünschen übrig. Die Einzelhandelsumsätze erhöht sich im Juni um bescheidene 0,2 Prozent; die Industrieproduktion sank sogar wieder – diesmal um 0,5 Prozent.

„Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt“

OECD-Bericht vorgestellt – HWWA: Haushaltsdefizite beeinträchtigen Weltkonjunktur

Das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik beginnt sich nach Einschätzung der OECD nun auch in deutlichen Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen. Die Wirtschaft trete in eine Phase ein, heißt es in dem gestern veröffentlichten Deutschland-Bericht der Pariser Organisation, in der es erstmals seit Beginn der achtziger Jahre zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit kommen werde. Positiv hervorgehoben werden die Wirkungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes.

Für dieses Jahr erwartet die OECD ein Sinken der Arbeitslosenquote von 1985 8,3 Prozent auf 7,9 und für 1987 auf 7,3 Prozent. Das zu erwartende stärkere Wirtschaftswachstum werde zusätzliche Ankerbelohnungsmaßnahmen, wie sie die USA fordern, überflüssig machen. Infolge von Haushaltskonsolidierung und Ölpreiserwartung dürfe das Bruttoinlandsprodukt 1986 um 2,4 und 1987 um 3,1 Prozent und damit deutlich stärker als 1985

(2,4 Prozent) zunehmen. Die Verbraucherpreise blieben weiterhin stabil. Stark nach oben revidiert wurde die Einschätzung der Binnennachfrage. Der Ölpreisanstieg allein sorgte für eine Nettoentlastung der Wirtschaft von über 30 Mrd. Mark 1986. Kritikpunkte liegen nach Ansicht der Organisation insbesondere in dem ungenügenden Subventionsabbau und der zu hohen Staatsquote. Auch sei die Steuerlast insgesamt deutlich gesunken, eine Steuerreform dringlich. Das Bundeswirtschaftsministerium sieht sich von dem OECD-Bericht „am oberen Ende des eigenen Prognosespektrums“ bestätigt.

In seiner Analyse zur Weltkonjunktur stellt das Hamburger Institut für Wirtschaftsforschung, HWWA, eine nicht ganz so günstige Prognose für das wirtschaftliche Wachstum der Bundesrepublik und anderer Volkswirtschaften. Zwar seien die Rahmenbedingungen durch die Verbilligung des Erdöls und die Entzerrung der Wechselkurse verbessert, andererseits gäbe es Verzögerungen bei der Verlagerung konjunktureller Impulse von der Auslands- zur Inlandsnachfrage. Insgesamt zeichne sich für die Jahre 1986 und 1987 in den Industrieländern ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,5 bis drei Prozent ab.

Eine durchgreifende Verringerung der Arbeitslosigkeit und ein noch kräftigeres Wirtschaftswachstum sei allerdings nicht absehbar. Hinderlich seien vor allem die erheblichen Defizite besonders in den USA, die das Kapital verknäpften, es unnötig teuer machten und in die falschen Kanäle lenkten.

Positiv hervorgehoben werden die weltweiten Stabilisierungsmaßnahmen. Dadurch könne die durchschnittliche Teuerungsrate auf zwei Prozent gedrosselt werden. Auch in der von den USA und anderen Industrieländern eingeschlagenen expansiven Geldmengepolitik sieht das Institut keine akuten Gefahren für das geringe Preisniveau.

AUTOPRODUKTION ist höher als vor Jahresfrist

Die Automobilproduktion ist im ersten Halbjahr dieses Jahres um drei Prozent höher als im ersten Halbjahr 1985. Das teilte der Verband der deutschen Automobilindustrie (VDA) gestern in Frankfurt mit. Allerdings sei die Produktion von Schwerfahrzeugen von diesem Zuwachs weitgehend ausgeschlossen geblieben; die Fertigung von Nutzfahrzeugen mit mehr als sechs Tonnen Gesamtgewicht verharre auf dem niedrigen Vorjahresniveau.

Die Produktion von Personenkraftwagen und Kombis habe sich indes im ersten Halbjahr 1986 um drei Prozent erhöht. Bei leichten Nutzfahrzeugen betrage der Anstieg sogar acht Prozent. Im Export von PKW/Kombis konnte hingegen das hohe Vorjahresergebnis nicht ganz erreicht werden. Nach Mitteilung des VDA ergab sich hier eine geringfügige Einbuße um ein Prozent. Die Ausfuhr von Lieferwagen und Schwertransportern habe in der gleichen Zeit um sieben Prozent zugenommen; zurückgefallen und zwar um drei Prozent, sei der Export von Schwertransportern.

Die Auftragslage für PKW und Kombis halte sich insgesamt auf hohem Niveau, heißt es weiter. Bei Nutzfahrzeugen sei die Nachfrage nach oben gerichtet. Schwach bleibe das Bestellvolumen allerdings im Schwerfahrzeugbereich.

Konsolidierung mit Schönheitsfehlern

HEINZ HECK, Bonn
Bund, Länder und Gemeinden haben in den 80er Jahren in der Haushaltskonsolidierung „große Fortschritte gemacht“, resümiert das Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Der Schönheitsfehler sei allerdings, daß die Streichungen weniger zu Lasten der Konsumausgaben, sondern der öffentlichen Investitionen gingen. Ergebnis: „Im Jahre 1985 entfielen 8,2 Prozent aller Ausgaben der Gebietskörperschaften auf die Sachinvestitionen. 1971 lag der Anteil bei 16,6 Prozent.“

Von dieser Kritik nimmt das Institut den Bund allerdings weitgehend aus. Zwar habe sich der Rückgang auf allen Ebenen bemerkbar gemacht, jedoch nicht in gleichem Maße. Denn der Bund habe den Investitionsanteil am Haushalt kaum reduziert: von 3,1 Prozent 1981 auf 2,9 Prozent 1985. Ähnlich sieht es bei den

gebrauchen. Auf der anderen Seite: Eine erneute Leitzinssenkung gleiche gleichzeitig einem Hemmschuh für den Bondmarkt. Denn niedrige Zinsen reißen die Renditen in die Tiefe; und das hätte wieder Folgen für den Dollarwert.

Darüber hinaus belastet vor allem das Haushaltsdefizit die US-Währung. Nachdem die geplanten Ausgabenkürzungen auf verfassungsrechtliche Schwierigkeiten gestoßen sind, schwinden die Hoffnungen, daß die Entlastung in diesem Fiskaljahr auf 150 Mrd. Dollar beschränkt werden kann. Neuerdings wird erwartet, daß bald 220 Mrd. Dollar fehlen.

So wenig der Exportwirtschaft ein schwacher Dollar behagt, den sie zunächst über kleinere Gewinnmargen ausgleichen sucht: die Goldhändler blicken gespannt auf die US-Währung. Denn ein niedriger Dollar fördert die Kaufkraft der Anleger. Doch eines ist sicher: Der Dollar allein kann den Goldpreis nicht zu großen Sprüngen bewegen. Aber kleine – gestern auf 348,35 Dollar – können den Markt auch schon erfreuen.

Rhein und Ruhr bieten Chancen für die Zukunft

dpa/VWD, Duisburg

Der hohe Industrialisierungsgrad im westlichen Ruhrgebiet und am Niederrhein ist nicht nur eine Last aus der Vergangenheit, sondern auch eine „Chance für die Zukunft“ der Region. Eine „Wiederbelebung“ des Industriesektors würde sowohl das wirtschaftliche Rückgrat des Raumes als auch den wachstumssträchtigen, überdurchschnittlich stark vertretenen produktionsorientierten Dienstleistungsbereich stärken. Zu diesem Schluß kommt ein Standortgutachten, das das Bonner Institut für Mittelstandsforschung unter Leitung von Professor Horst Albach im Auftrag der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel-Kleve für deren Bezirk erarbeitet hat. Mitte 1985 waren dafür 1284 Industrie- und Dienstleistungsfirmen befragt worden.

Bei der Vorlage des 75 000 Mark teuren Gutachtens nannte Albach als weitere „tragende Elemente“ für die Zukunft der Region einen entwicklungsstarken Mittelstand, stark innovationsfähige Betriebe und ein „hervorragendes Standortpotential“ aus Marktnähe, guter Infrastruktur und Verkehrsanbindung. Einer günstigen Entwicklung stehe jedoch eine Reihe von „Wachstumshemmnissen“ entgegen: unzureichende Bereitstellung von Gewerbeflächen, hohe Energiekosten und Fachkräftemangel.

„Die Exportchancen einer jeden Spitzentechnologie hängen entscheidend davon ab, ob diese auch im eigenen Land angewendet wird.“

Dipl.-Ing. Hans Georg Barchblier, Geschäftsführer der Transrapid International, München. FOTO: DIE WELT

Steuergespenst

Von JAN BRECH

In der deutschen Zigarettenindustrie herrscht beträchtliche Unruhe. Wie der Teufel das Weihwasser fürchtet die Branche eine neue Tabaksteuer-Erhöhung. Das im Zusammenhang mit der Steuerreform bereits anvisierte fiskalpolitische Ziel, die Einnahmen aus der Tabaksteuer um eine Milliarde Mark zu erhöhen, löst bei den Herstellern wahre Schreckensvisionen aus: neue Marktverwerfungen, nicht wieder gut zu machende Substanzverluste bei den Unternehmen und gravierende Auswirkungen auf die Beschäftigung.

Die Angst vor einem weiteren Anziehen der Steuerschraube gründet sich auf Erfahrungen, die die Zigarettenindustrie mit der letzten Steuererhöhung von 1982 gemacht hat. Die fiskalisch bedingte Verteuerung um fast 40 Prozent hat den Markt komplett umgestülpt. Die Markenhersteller verloren bis zu 30 Prozent an Absatz, und um das Vordringen der Billigzigaretten aufzuhalten, verstrickten sie sich in einen Preiskrieg, der auch noch die Ertragsbasis zerrüttete.

Das erneute Auftauchen des Steuergespenstes schreckt die Branche um so mehr, als die Markttendenz Mitte 1986 im Gegensatz zum Jahresbeginn 1982 fallend ist. Der Zigarettenabsatz ist im ersten Halbjahr 1986 um 3,3 Prozent zurückgegangen, und es gibt wenig Hoffnung, daß sich in absehbarer Zeit wieder Wachstum einstellt. Das Potential möglicher Raucher wird kleiner, und die verschärfte Diskussion um Rauchen und Gesundheit engt den Spielraum der Industrie immer mehr ein. Hinzu kommt eine augenblickliche Marktstruktur, die bei vier der insgesamt fünf namhaften Hersteller Depressionen auslöst. Während von den zehn führenden deutschen Marken neun Absatzverluste in einer Größenordnung von sieben bis 20 Prozent erleiden, wächst eine Marke mit zweitstärksten Zuwachsraten. Die „Marlboro“ von Philip Morris ist inzwischen mit weitem Abstand an die erste Position gerückt. Ihrem Absatzplus von 1,5 Milliarden Stück im ersten Halbjahr 1986 steht der durchschnittliche Branchenverlust von rund zwei Milliarden Stück gegenüber. Eine von außen in den Markt getragene Störung würde diesen Prozeß der Polarisierung noch beschleunigen. Auf dem Zigarettenmarkt gilt in besonderem Maße die alte Markenartikelmotiv: Sowohl auf dem Weg nach oben als auch beim Fall nach unten entwickeln die Marken kaum beeinflussbare Eigendynamik.

Natürlich weiß auch die Zigarettenindustrie, daß erstens ihre Probleme nicht alle fiskalpolitisch zu erklären sind und daß zweitens der Staat auf ein auskömmliches Tabaksteuer-Aufkommen nicht verzichten kann. Immerhin ist die Tabaksteuer keine Bagatelsteuer. An jeder Packung ist der Staat mit gut 73 Prozent beteiligt, und insgesamt kassiert er vom Raucher allein aus der Tabaksteuer (Mehrwertsteuer kommt noch hinzu) 14,5 Milliarden Mark; das entspricht etwa dem Gesamtetat des Finanzministeriums.

Was die Zigarettenindustrie an der Steuerpolitik kritisch aususetzen hat, sind einmal die riesigen Sprünge, mit denen die Preise über Schwellen katalapultiert werden, die der Konsument nicht mehr bereit ist zu überschreiten. Das Ausweichen der Raucher nach 1982 auf Billigmarken, selbstgedrehte Zigaretten und Importe aus dem billigeren Ausland hat nicht nur der Industrie geschadet, sondern auch den Fiskus 700 Millionen Mark möglicher Einnahmen gekostet.

Dies hängt mit dem zweiten Punkt zusammen, den die Industrie ebenso heftig beklagt. Zigaretten werden nach einer komplizierten Formel versteuert, die einen „Mengen-“ und einen „Wert“-Anteil enthält. Unabhängig vom Preis wird auf jede Zigarette ein spezifischer Steueranteil von 5,65 Pfennig erhoben, dazu kommt ein proportionaler Teil von 31,5 Prozent, bezogen auf den Verkaufspreis. Rechnet man den Mehrwertsteuer hinzu, ergibt sich die steuerliche Gesamtbelastung von 72,8 Prozent.

Die preisabhängige Proportionalsteuer, deren Höhe die Zigarettenindustrie besonders wundert, bewirkt auf der einen Seite, daß der Staat an jeder autonomen Preiserhöhung der Industrie partizipiert, und daß auf der anderen Seite jede Tabaksteuer-Anhebung zu einer überproportionalen Verteuerung von Zigaretten führt. Daß dies nicht immer im Sinne des Fiskus ist, zeigt die Erfahrung von 1982. Die Tabaksteuer-Formel „subventioniert“ Niedrigpreis-Zigaretten und zwingt die Industrie bei wachsender Preisensibilität der Raucher zu Preis-senkungen bei ihren Marken-zigaretten. In beiden Fällen sinken die Steuereinnahmen.

Vor diesem Hintergrund spricht auch aus steuerpolitischer Sicht einiges für die Forderung der Zigarettenindustrie, den Anteil der spezifischen Steuer sehr hoch zu setzen oder gar die Tabaksteuer so zu bemessen wie etwa die Mineralölsteuer, nämlich ausschließlich nach der abgesetzten Menge. Die politische Wirksamkeit spricht dagegen. Im Rahmen der EG-Steuerharmonisierung, die schon jetzt den spezifischen Steueranteil auf höchstens 55 Prozent begrenzt und ab 1990 ein für alle Mitgliedstaaten einheitliches System vorsieht, ist vielmehr ein steigender proportionaler Steueranteil geplant. Dies entspricht ganz den Vorstellungen von Frankreich, Italien, Spanien und Portugal, die ihre ständige Monopole den Markt ausgeschaltet haben und ihre Eigenmarken durch einen sehr niedrigen spezifischen Steueranteil gegen Konkurrenz absichern.

Bei allen politischen Zwängen, in denen die Bundesregierung in Sachen EG-Harmonisierung steckt, sollte sie die Erfahrung von 1982 berücksichtigen, daß es leichter ist, die Tabaksteuer am grünen Tisch kräftig zu erhöhen, als über den Zigarettenabsatz auch wirklich einzutreiben. Es gibt Preisregulierer, an denen der Raucher mit seiner Markentreue brüht und dauerhaft auf billige Surrogate ausweicht. Dies ist, wie gesehen, in gleichem Maße schmerzhaft für Industrie und Fiskus.

Vor einer neuen Tabaksteuer-Runde wäre der Finanzminister deshalb gut beraten, die Warnungen der Industrie anzuhören. Gegen eine höhere Steuer auf das umstrittene Genussmittel Zigarette ist ernsthaft nicht viel einzuwenden, wohl aber gegen ein Ausmaß und eine Systematik, die gewachsene Marktstrukturen zerstört, aus sozial- und wettbewerbspolitischen Aspekten bedenklich ist und in der Konsequenz in einer finanzpolitischen Sackgasse endet.

Das Ergebnis, daß sich die auch im Südwesten vorhandenen regionalen Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen 15 Jahren eher verringert haben. Und das will schon etwas heißen. In Anbetracht der hohen Wirtschaftskraft und der großen Dynamik im Kerngebiet des Landes.

Gleichwohl tun sich die Randgebiete schwer, Schritt zu halten. Teilweise kämpfen dort vorherrschende Industrien beispielsweise des Bausektors mit enormen Anpassungsproblemen. Überdies entgleitet den bäuerlichen Betrieben immer mehr die Existenzgrundlage. Oft mußte gerade hier die bittere Erfahrung gemacht werden, daß mit üppigen staatlichen Investitionsanreizen angelockte Unternehmen nur so lange blieben, bis Standortnachteile betriebswirtschaftlich durchzuschlagen begannen. Viele Neuanordnungen zeigten ein nur sehr begrenztes Durchhaltevermögen. Stärker die in der Region selbst steckenden Kräfte zu entdecken, als auf das von außen kommende Heil zu hoffen, sollte die Devise sein. Hierzu gehört auch die Verbesserung der teilweise vernachlässigten Verkehrsanbindung.

Die deutsche Zigarettenindustrie fürchtet die nächste Tabaksteuer-Erhöhung. Die Angst ist begründet: Nach der letzten im Jahr 1982 bürstete über 30 Prozent Absatz ein.

und daß auf der anderen Seite jede Tabaksteuer-Anhebung zu einer überproportionalen Verteuerung von Zigaretten führt. Daß dies nicht immer im Sinne des Fiskus ist, zeigt die Erfahrung von 1982. Die Tabaksteuer-Formel „subventioniert“ Niedrigpreis-Zigaretten und zwingt die Industrie bei wachsender Preisensibilität der Raucher zu Preis-senkungen bei ihren Marken-zigaretten. In beiden Fällen sinken die Steuereinnahmen.

Vor diesem Hintergrund spricht auch aus steuerpolitischer Sicht einiges für die Forderung der Zigarettenindustrie, den Anteil der spezifischen Steuer sehr hoch zu setzen oder gar die Tabaksteuer so zu bemessen wie etwa die Mineralölsteuer, nämlich ausschließlich nach der abgesetzten Menge. Die politische Wirksamkeit spricht dagegen. Im Rahmen der EG-Steuerharmonisierung, die schon jetzt den spezifischen Steueranteil auf höchstens 55 Prozent begrenzt und ab 1990 ein für alle Mitgliedstaaten einheitliches System vorsieht, ist vielmehr ein steigender proportionaler Steueranteil geplant. Dies entspricht ganz den Vorstellungen von Frankreich, Italien, Spanien und Portugal, die ihre ständige Monopole den Markt ausgeschaltet haben und ihre Eigenmarken durch einen sehr niedrigen spezifischen Steueranteil gegen Konkurrenz absichern.

Bei allen politischen Zwängen, in denen die Bundesregierung in Sachen EG-Harmonisierung steckt, sollte sie die Erfahrung von 1982 berücksichtigen, daß es leichter ist, die Tabaksteuer am grünen Tisch kräftig zu erhöhen, als über den Zigarettenabsatz auch wirklich einzutreiben. Es gibt Preisregulierer, an denen der Raucher mit seiner Markentreue brüht und dauerhaft auf billige Surrogate ausweicht. Dies ist, wie gesehen, in gleichem Maße schmerzhaft für Industrie und Fiskus.

Vor einer neuen Tabaksteuer-Runde wäre der Finanzminister deshalb gut beraten, die Warnungen der Industrie anzuhören. Gegen eine höhere Steuer auf das umstrittene Genussmittel Zigarette ist ernsthaft nicht viel einzuwenden, wohl aber gegen ein Ausmaß und eine Systematik, die gewachsene Marktstrukturen zerstört, aus sozial- und wettbewerbspolitischen Aspekten bedenklich ist und in der Konsequenz in einer finanzpolitischen Sackgasse endet.

Das Ergebnis, daß sich die auch im Südwesten vorhandenen regionalen Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen 15 Jahren eher verringert haben. Und das will schon etwas heißen. In Anbetracht der hohen Wirtschaftskraft und der großen Dynamik im Kerngebiet des Landes.

Gleichwohl tun sich die Randgebiete schwer, Schritt zu halten. Teilweise kämpfen dort vorherrschende Industrien beispielsweise des Bausektors mit enormen Anpassungsproblemen. Überdies entgleitet den bäuerlichen Betrieben immer mehr die Existenzgrundlage. Oft mußte gerade hier die bittere Erfahrung gemacht werden, daß mit üppigen staatlichen Investitionsanreizen angelockte Unternehmen nur so lange blieben, bis Standortnachteile betriebswirtschaftlich durchzuschlagen begannen. Viele Neuanordnungen zeigten ein nur sehr begrenztes Durchhaltevermögen. Stärker die in der Region selbst steckenden Kräfte zu entdecken, als auf das von außen kommende Heil zu hoffen, sollte die Devise sein. Hierzu gehört auch die Verbesserung der teilweise vernachlässigten Verkehrsanbindung.

Die Luft ist sauberer geworden

Umweltforschung hat wichtigen Beitrag geleistet

HH, Bonn
Entgegen der herrschenden Meinung hat der Ausstoß an Luftschadstoffen in den letzten Jahrzehnten nicht zu, sondern abgenommen. Forschungsschleuse Albert Probst (CSU) hat diese These jetzt mit einigen Zahlen untermauert.

Danach ist die Gesamtemission an Luftschadstoffen von 1966 bis 1982 um rund ein Viertel zurückgegangen. Bei Staub war der Erfolg mit rund einem Drittel sogar noch ausgeprägter. Aufgrund der jüngsten gesetzgeberischen Maßnahmen wird bis zum Jahr 2000 eine weitere Minderung um 42 Prozent auf rund 400 000 Tonnen jährlich erwartet.

Die Schwefeldioxid-Emissionen, wichtigster Ansatzpunkt der Großfeuerungsanlagen-Verordnung, werden von rund drei Millionen Tonnen

1982 auf gut ein Drittel (1,1 Millionen) im Jahr 2000 zurückgehen. Der Stickoxid-Ausstoß soll in der gleichen Zeitspanne um etwa 32 Prozent auf 2,1 Millionen Tonnen gesenkt werden. Daraus werde deutlich, so Probst, daß sich die Schere zwischen steigender Produktion und sinkender Emission „immer weiter öffnet“.

In der Umweltforschung sieht der Forschungsstaatssekretär einen wichtigen Beitrag zur Erkennung der Probleme, wie sich am Beispiel der Erforschung der Waldschäden zeige. Die intensivierte Forschung und die verbesserten Analysemethoden und -geräte machten bislang unerkannte Sachverhalte und Zusammenhänge sichtbar. Mit Hilfe der Technik werden die Umweltprobleme besser erkannt und Möglichkeiten zur Lösung aufgezeigt.

Niederlande als Testmarkt

htz. Den Haag

Immer mehr deutsche Unternehmen entdecken Holland als wichtigen Absatz-, Test- und auch zukunfts-trächtigen Markt. Allein zwischen 1982 und 1984, so geht aus einer soeben von der deutsch-niederländischen Handelskammer in Den Haag veröffentlichten Dokumentation mit dem Titel „Tochterunternehmen und Beteiligungen deutscher Unternehmen in den Niederlanden“ hervor, stiegen die deutschen Investitionen um rund 50 Prozent. Damit nimmt Holland unter den wichtigsten von deutscher Seite bevorzugten Anlage-ländern mit einem Investitionsvolumen von rund 7,1 Mrd. DM den vierten Platz hinter den USA, der Schweiz und Großbritannien ein.

Die deutschen Direktinvestitionen über insgesamt 3,5 Mrd. DM konzentrieren sich hauptsächlich auf die chemische Industrie (1,17 Mrd. DM) und den Maschinenbau (942 Mill. DM). Auf den Handel entfallen 678 Mill. DM, auf die Vermögensverwaltung 847 Mill. DM.

Bei den in den Niederlanden tätigen deutschen Unternehmen handelt es sich in der Regel um mittelständische Kleinbetriebe, die zwischen 10 und 30 Angestellte beschäftigen und in erster Linie für den Verkauf, Vertrieb und Kundendienst auf dem holländischen Markt zuständig sind mit dem Ziel, am Absatzmarkt auch präsent zu sein. „Nach Anzahl der Niederlassungen und Beschäftigten (51.000 Mitarbeiter) steht die Bundesrepublik nach den USA sogar an zweiter Stelle der ausländischen Investoren“, erläutert Petra Frier von der deutsch-niederländischen Handelskammer in Den Haag.

Die Kammer nennt außerdem weitere entscheidende Gründe, die den niederländischen Markt für deutsche Unternehmen immer interessanter werden lassen: „Die Drehscheibenfunktion Hollands im Weltmarkt, eine hervorragende Infrastruktur, niedrige Lohnstückkosten und die Chance, das Land als Testmarkt bei der Einführung neuer Produkte zu sehen.“

Auf Grund der intensiven Verzahnung beider Volkswirtschaften (bilaterales Handelsvolumen 1985: 104 Mrd. DM) und der guten konjunkturellen Aussichten für beide Länder rechnet die Kammer in Den Haag damit, daß die Kapitalverflechtungen und die Zahl der deutschen Tochterunternehmen in Holland künftig noch weiter ansteigen werden.

Lufthansa will 1986 wieder mit Gewinn abschließen

Aktionäre kritisieren das schlechte Streckenergebnis und die Expansionspolitik – Auslastung ging zurück

G. BRÜGGEMANN, Hamburg

Trotz der deutlich verschlechterten Wettbewerbslage im Weltluftverkehr geht der Vorstand der Deutschen Lufthansa AG davon aus, daß auch das Jahr 1986 mit Gewinn abschließen wird und wieder eine Dividende gezahlt werden kann. Das erklärte der Vorstandsvorsitzende der Gesellschaft, Heinz Ruhnau, auf der Hauptversammlung des Unternehmens in Hamburg, Das laufende Jahr sei allerdings erheblich schwieriger als 1985. Die Erträge seien auf breiter Front zurückgegangen. Sie liegen um 4,6 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Von Januar bis Juni sei das Angebot um 14 Prozent erhöht worden. Die verkaufte Beförderungslastung im gleichen Zeitraum stieg aber nur um 11 Prozent. Die Auslastung ging insgesamt um 1,7 Punkte auf 62,5 Prozent zurück.

Als primäre Wachstumsfelder sieht Ruhnau die Luftfracht, den Fernverkehr und den Regionalverkehr. In drei wichtigen Märkten, in denen seit Jahren positive Streckenergebnisse erzielt wurden, hätten sich die Rah-

menbedingungen inzwischen negativ verändert: auf dem Nordatlantik wurde die Sitzplatzkapazität der amerikanischen Fluggesellschaften im Verkehr zwischen den USA und der Bundesrepublik um fast 30 Prozent erhöht. Nach Ruhnau Worten war ein großer Teil dieser Angebotsteigerung nicht verantwortlich. Im Verkehrsgebiet Nahost mußte Ende 1985

„Das war keine Spekulation, das waren nur nicht realisierte Vorteile.“

Vorstandschef Heinz Ruhnau zu den Kurssicherungsgeschäften.

der Flugbetrieb nach Teheran wegen des Krieges zwischen Iran und Irak eingestellt werden. Und schließlich habe auch die politische Krise in Südafrika negative Auswirkungen auf die Lufthansa-Verkehrsergebnisse gehabt.

Zur Flottenpolitik führte der Lufthansa-Chef aus, daß das Unternehmen 1986 drei Boeing 747, zehn Bo-

eing 737/300 und zwei Airbus A 310 erhalten wird. Mindestens vier ältere Boeing 727 sollen verkauft werden. Damit werde das Durchschnittsalter der Flotte weniger als sieben Jahre betragen. Das Durchschnittsalter aller IATA-Flotten liege dagegen bei über zehn Jahren.

Wie bereits bekannt, konnte die Lufthansa das Geschäftsjahr 1985 wieder gut abschließen, ohne allerdings das überdurchschnittlich gute Ergebnis des Vorjahres erreichen zu können. Der Jahresüberschuss von 63 (62) Mill. DM soll für die Ausschüttung einer Dividende von 7 (7 plus 2) Prozent auf Stamm- und Vorzugsaktien verwendet werden.

Die Sprecher der rund 700 Aktionäre (Präsenz: 92,8 Prozent der Stamm- und 23,7 Prozent der Vorzugsaktien) übten zum Teil heftige Kritik. Sie betraf vor allem das viel diskutierte Devisenrisikogeschäft, aber auch die Expansionspolitik. Beklagt wurde auch das schlechte Streckenergebnis, das 1985 wieder negativ geworden war. Auf Unverständnis stieß auch die Zusammensetzung des Aufsichts-

rates, wobei besonders der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß auf Kritik stieß. Als Chefverkäufer von Airbus befand er sich in einem unlöslichen Interessenkonflikt, merkte ein Aktionär an.

In seiner Antwort sagte Ruhnau ergänzend, der kumulative Verlust habe zum 30.6. bei 110 Mill. DM einschließlich 78 Mill. DM Sonderabschreibungen gelegen. Er sei seither weiter abgebaut worden. Die Null-Linie werde wahrscheinlich noch im Sommer durchstoßen.

Die Expansionspolitik des Unternehmens verteidigte der Lufthansa-Chef, auch wenn er Verständnis für die Besorgnisse der Aktionäre zeigte. Ruhnau rechnet mit einer durchschnittlichen Nachfragesteigerung zwischen 2 und 5 Prozent für die kommenden Jahre. Dem sei das Wachstum der Kapazität angepaßt.

Die Belastungen aus dem Devisenrisikogeschäft bezifferte er für das Geschäftsjahr 1985 auf 2,4 Mill. DM. Für 1986 und die folgenden Jahre seien 12,3 Mill. zu erwarten.

Prakla-Seismos 1985 erfolgreich

dpa/VWD, Hannover

Die bundeseigene Prakla-Seismos AG, Hannover, die zu den internationalen führenden Unternehmen für geophysikalische Untersuchungen – in erster Linie auf Erdöl und Erdgas – gehört, kam 1985 gut davon. Aus dem Geschäftsjahr hervorgeht, stieg der Umsatz kräftig auf 408,7 (394,6) Mill. DM. Deutsche Umsatzsteigerungen konnten im Bereich der sprengungsmechanischen Untersuchungen im europäischen Ausland, bei den Hochsee- und Flachwassermessungen und in der Datenverarbeitung erzielt werden. Der Jahresüberschuss der AG wird mit 8,12 (5,8) Mill. DM ausgewiesen. Davon gehen in die Rücklage insgesamt 4,2 Mill. DM. Der Bilanzgewinn beläuft sich auf 3,96 (3,35) Mill. DM.

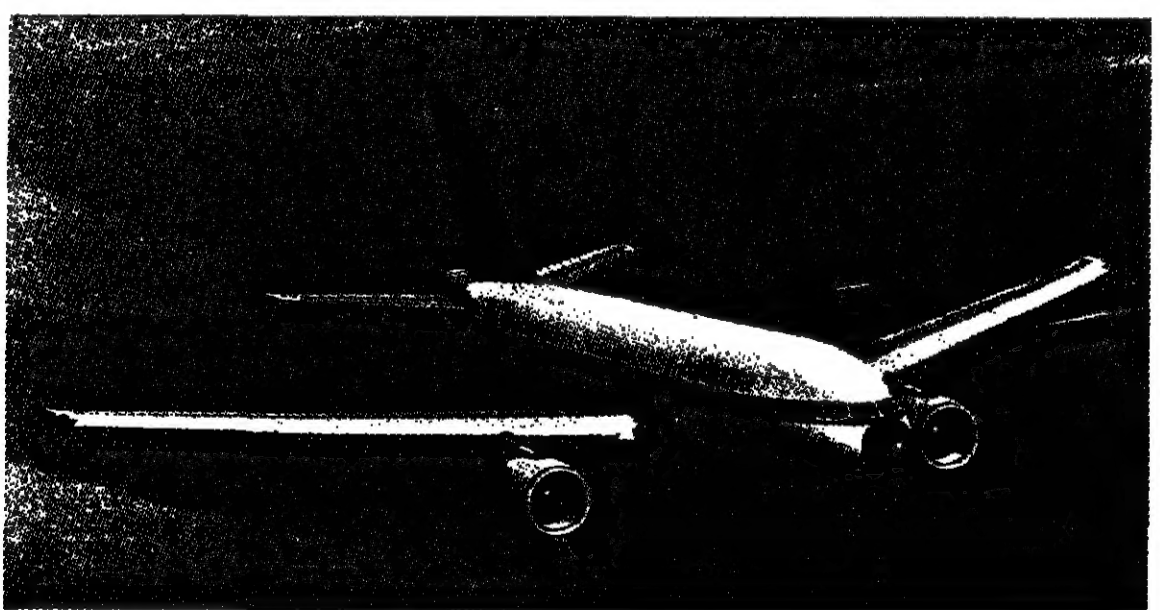
Zur geplanten Teilprivatisierung wird mitgeteilt, daß der zunächst für Juni dieses Jahres vorgesehene Verkauf der Aktien mit Hinblick auf den sinkenden Ölpreis verschoben wurde. Der neue Zeitpunkt werde abhängig von der Marktlage und der weiteren Entwicklung des Unternehmens festgesetzt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Brannschweig-Meissen Vertriebsgesellschaft mbH Döle & Co. KG; Meyne-Banellente u. Metallbau GmbH; Vechelde-Bettmar; Nachl. d. Ernst Meißner; Emmendingen; EST; Georg-Spar-Beizung GmbH; Weidewitz; Hager; Nachl. d. Bruno Max Siegfried Schettler; Hamburg; Mandt; Devrient; Kaufmann; Hannover; Nachl. d. Werner Roeder; Feldheim; Ursula Weber-Wahl geb. Wahl; Münster; a) Alfons Kleingries b) Anke Möller; Niederrhein; Köln; Nachl. d. Josef Szabo; München; Computer Bavaria Service GmbH; Starnberg; Horst Zinsbrot GmbH; Nachl. d. Werner Herbert Lange geb. Hänsler; Münster; WBO-Import-Export-GmbH; Königsloh; Kalamur Isohermatika GmbH; Pforzheim; Nachl. d. Ursula Dietrich Schilling; Rastatt; Bio-Technik GmbH; Brühl; Tiertfabrik; Großkarolinenfeld.

Ausschüttungskonkurs eröffnet: Sieberg; Klaus Andiel; Henkel; Vergleich eröffnet: Badahl; Wilh. Queiser Maschinenfabrik GmbH; Hirth. Vergleich beantragt: Herford; Ledermannfabrik das R. GmbH.

Lufthansa. Konsequente Investitionen, um auch morgen vorm zu sein.



Kurzfassung des Jahresabschlusses 1985

Bilanz zum 31. Dezember 1985 in TDM	1985	1984	Passiva	1985	1984
Aktiva			Grundkapital	900.000	900.000
Sachanlagen	3.213.569	2.710.940	Rücklagen		
Finanzanlagen	406.159	398.143	sonderlich	472.179	473.407
Vorräte	633.622	590.910	Sonderposten	1.548.957	1.900.051
Kurz- und mittelfristige Forderungen	1.173.699	1.241.831	Rückstellungen		
Forderungen Mittel	282.771	458.878	Langfristige Verbindlichkeiten	815.750	845.275
Sonstige Aktiva	25.734	25.169	Kurz- und mittelfristige Passiva	1.638.688	1.226.139
			Passiva	63.000	61.000
	5.735.554	5.425.871	Bilanzgewinn	5.735.554	5.425.871

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1985 in TDM	1985	1984
Umsatzerlöse	8.801.516	9.503.169
Bestandsveränderung	1.115	+ 7.450
Eigenleistungen	28.686	18.886
Gesamtergebnis	8.830.697	9.529.505
Materialertrag	2.464.482	2.344.606
Rohvertrag	7.365.205	7.184.870
Umsatz Erträge	839.506	844.032
	8.225.113	8.029.902

Der vollständige Jahresabschluss und der vollständige Konzernabschluss tragen den untergeordneten Beschlüssen der Abschlussprüfer und werden im Juli 1986 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Die Hauptversammlung vom 16. Juli 1986 hat beschlossen, aus dem Bilanzgewinn von DM 53.000.000,- für das Geschäftsjahr 1985 eine Dividende von DM 3,50 je Stamm- und Vorzugsaktie im Nennbetrag von DM 50,- auszuschütten. Geschäftsberichte werden auf Wunsch gern kostenfrei zugesandt.

Die Deutsche Lufthansa hat das Geschäftsjahr 1985 mit gutem Ergebnis abgeschlossen. Damit haben wir uns in einem schärfer gewordenen Wettbewerb behauptet. Nahezu 16 Millionen Passagiere (+ 4 %) flogen mit Lufthansa. Das Frachtaufkommen wurde sogar mit rd. 616.000 Tonnen um 7,5 % gesteigert. Die verkaufte Gesamtleistung erhöhte sich auf 4,94 Milliarden Tonnenkilometer (+ 4 %). Der wiederum gute Verlauf des Geschäftsjahres 1985 spiegelt das Engagement aller Lufthansanten wider. Um den sich wandelnden Anforderungen und Markteigenschaften zu entsprechen, investieren wir 1985 weiterhin zielgerichtet. Mit 1,5 Milliarden DM erreichen die Investitionen einen Spitzenwert. Vor allem in unsere Flotte, aber auch in eine ständige Verbesserung der Service-Qualität an Bord und am Boden fließen erhebliche Mittel. Dabei konnten mehr als 3.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Unsere Strategie der stetigen Investitionen zur weiteren Qualitätssteigerung setzen wir auch zukünftig fort. So wurden 1985 bereits fünf Boeing 737-300, ein Airbus 310-300 sowie sechs Boeing 747-400 bestellt und Optionen für neun Boeing 747-400 aufgenommen. Auf künftige Entwicklungen sind wir gut vorbereitet.

Deutsche Lufthansa Aktiengesellschaft
Köln
Der Vorstand

 Lufthansa

Mexiko: IWF jetzt flexibler

Zum Strukturwandel im nächsten Jahr verpflichtet

H.A. SIEBERT, Washington

Es wird noch bis Mitte oder sogar Ende September dauern, bis die „Mexiko-Lösung“ unter Deck und Fach ist. Wie es im Internationalen Währungsfonds (IWF) heißt, enthält die vorläufige Vereinbarung über Mexiko wirtschaftliches Reformprogramm noch viele offene Punkte. Welt auseinanderklaffen beispielsweise die von beiden Seiten vorgelegten makro-ökonomischen Zielkataloge. Schwierig werden die Verhandlungen mit den Privatbanken, die dem mittelamerikanischen Land zwar bis etwa Ende 1987 rund 2,5 Mrd. Dollar die gewünschten 3 bis 3,5 Mrd. Dollar an neuen Krediten gewähren wollen.

In den Gesprächen mit Finanzminister Gustavo Petricoli, der Dienstag nach einem Treffen mit seinem amerikanischen Kollegen James Baker nach Mexiko-Stadt zurückgekehrt ist, um die Zustimmung seiner Regierung einzuholen, hat der IWF flexibler taktiert als bisher. So will er im Falle Mexikos erstmals bei der Festlegung des Austeritäts-Programms stärker auf die negativen Auswirkungen des Ölpreises und anderer kurzfristiger Veränderungen Rücksicht nehmen. Mit diesem Entgegenkommen können Länder wie Brasilien oder Argentinien jedoch nicht rechnen, die vom billigeren Öl profitieren. In den Augen des Fonds ist diese Abschwächung der Bedingungen für Mexiko gerechtfertigt, weil zwei Drittel der Devisenrisikose von den Ölpreisen abhängen.

Als Gegengabe muß sich Mexiko, wie weiter zu erfahren ist, zu einem ernsthaften Strukturwandel verpflichten, der spätestens im zweiten Halbjahr 1987 eine Rückkehr zu positiven Wachstumsraten ermöglicht. Die provisorische Absprache sieht eine auch künftig restriktive Geldpolitik vor, um die Kapitalflucht zu stoppen. Außerdem sollen die Staatsausgaben stärker beschnitten, etwa 300 der 500 öffentlichen Unternehmen modernisiert oder geschlossen und die Subventionen für bestimmte Rohstoffe abgebaut werden.

Im Zusammenhang auch mit der neuen Mitgliedschaft am Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) soll Mexiko die Zollsanktionen und die Streichung von Importquoten beschleunigen. Auf der Liste steht ferner die Förderung ausländischer Investitionen mit Schwerpunkt Exportindustrien. Für dieses Jahr rechnet die mexikanische Regierung mit einem Rückgang der Wertschöpfung um real vier Prozent. Wenn die Vereinbarung mit dem IWF in die Tat umgesetzt wird, soll das Wirtschaftswachstum 1987 und 1988 drei bis vier Prozent ausmachen.

Im Falle einer endgültigen Einigung würde Mexiko 1,5 Mrd. Dollar vom IWF, 1,2 Mrd. Dollar von der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank und weitere 1,3 Mrd. Dollar durch die Umschuldung öffentlicher Darlehen erhalten. Hinzu kämen die Kredite der Privatbanken.

Riad in Zahlungsschwierigkeiten

Kraftanlagen AG zieht sich vom saudischen Markt zurück

vos/StL Heidelberg

Deutsche Firmen stoßen in Saudi-Arabien auf wachsende Schwierigkeiten. Die Kraftanlagen AG (KAH), Heidelberg, die in den Bereichen Energie- und Umweltechnik tätig ist, hat sich jetzt vollständig aus dem verlustreichen Arabien-Geschäft zurückgezogen. Das Unternehmen begründet diesen Schritt mit Haushaltsproblemen Riads, die aus dem Ölpreisverfall resultieren. Sie führten dazu, daß das zur AG für Industrie- und Verkehrswesen (Agiv) gehörende Unternehmen (Jahresumsatz 1985: 551 Mill. DM) zwei Großaufträge mit 7,5 Mill. DM wertberichtigen mußte. Dabei handelte es sich um den Bau der Umklinik in Riad und der saudischen Staatsbank. Aus einem dritten Projekt konnte KAH noch zu relativ günstigen Bedingungen aussteigen. Mit ihrem Rückzug werde Kraftanlagen die Tochtergesellschaft Saudi-German Mechanical and Maintenance Ltd., die gemeinsam mit einem saudischen Partner betrieben wurde, auflösen, heißt es im Geschäftsbericht.

Die Zahlungsschwierigkeiten der saudischen Regierung, die sie häufig zu verschieben versucht, indem sie den ausländischen Unternehmen Vertragsstrafen vorwirft, sind nach Erfahrung von Nahostexperten meist nur der endgültige Anlaß für deutsche Unternehmen, ihr Engagement in dem Land einzustellen. Der eigentliche Grund dafür ist die weitgehende Sättigung des Marktes für infrastrukturelle Bauvorhaben. Häufig wird ein saudisches Partnerunternehmen zurückgelassen, über das Wartungsarbeiten an vollendeten Projekten abgewickelt werden.

Auf 50 allein im Maschinenbau schätzt Raimund Hirth, Referent für die arabischen Länder beim Verband

Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), die Zahl der Unternehmen, die Saudi-Arabien „nicht mehr als Kernmarkt, sondern als Randmarkt“ betrachten. Noch vor fünf Jahren war der saudiarabische Markt für die deutschen Hersteller von Bau- und Baustoffmaschinen weltweit der größte, in den nächsten drei bis vier Jahren seien dagegen keine nennenswerten Aufträge mehr zu erwarten.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in einem deutlichen Rückgang der deutschen Maschinensubporte nach Saudi-Arabien im ersten Quartal um 22,6 Prozent auf 211 Mill. DM wider. Das Land lag unter den deutschen Auslandskunden erst an 25. Stelle. Bereits 1985 hatte Saudi-Arabien mit 465 Mill. DM fast ein Drittel weniger Maschinen in der Bundesrepublik gekauft als ein Jahr zuvor.

Die gesunkene Bedeutung Saudi-Arabien als Abnehmer zeigt sich nach Hirths Angaben weniger in spektakulären Rückzügen deutscher Unternehmen, als darin, daß Messebeteiligungen gestrichen und die Marketinganstrengungen vermindert wurden.

Hirth betrachtet dies als normale Reaktion auf die gewandelte Bedarfsstruktur des Landes. Der Rückzug der Kraftanlagen AG sei zwar ein Einzelfall, müsse aber zu denken geben, da gerade im Kraftwerkssektor der Bedarf noch nicht gedeckt sei. Hirth sieht auch auf dem saudischen Markt durchaus noch gute Absatzchancen für den deutschen Maschinenbau, etwa in der Lebensmittelindustrie. Nachdem Saudi-Arabien mit hohen Subventionen eine eigene Landwirtschaft aufgebaut habe, sei ein steigender Bedarf an Nahrungsmitteln und Verpackungsmaschinen zu erwarten.

MTU forciert den zivilen Triebwerksbau

Daimler-Benz verzichtet auf Gewinnabführung für 1985 – Fertigung ist gut ausgelastet

DANKWARD SEITZ, München

Nachdem es 1985 schneller als erwartet gelungen ist, wieder ein Schönwettergebiet zu erreichen, ist die MTU Maschinen- und Turbinen-Union, München/Friedrichshafen, auf weiteren Steigertüchtigkeit, Nach Maßgabe von Hans Dinger, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung, soll das in „vernünftigen und keinem Fall überzogenen“ Größenordnungen geschehen. Gleichzeitig heißt dies für ihn eine kontinuierliche Ausrichtung der MTU-Gruppe auf das zivile Geschäft, um wegen des Auslaufens der militärischen Programme (Tornado, Leopard 2) drohenden Turbulenzen rechtzeitig ausweichen zu können.

So erwartet Dinger für 1986 einen Anstieg des Gruppenumsatzes um über neun Prozent auf etwa 2,56 Mrd. DM, wovon rund 1,35 Mrd. DM (plus 9,8 Prozent) auf MTU München und 1,2 Mrd. DM (plus neun Prozent) auf MTU Friedrichshafen entfallen sollen. Und daß sich dieser Trend auch im kommenden Jahr fortsetzen wird, signalisiert schon allein der Auftragsbestand per Ende Juni 1986 von fast 4,3 (3,9) Mrd. DM. Dabei konnten in den ersten sechs Monaten Aufträge über knapp 1,5 Mrd. DM (910 Mill. DM aus dem Ausland) hereingeholt werden. Bei insgesamt gut ausgelasteten Kapazitäten wird dies, so Dinger, auch zu einem weiteren Anstieg der Beschäftigtenzahlen führen.

Und sicherlich wird MTU damit wieder zumindest ein gleich gutes Ergebnis wie im Jahr 1985 erzielen können, in dem ein Gewinn von 33,7 (32,0) Mill. DM erwirtschaftet werden konnte, zu dem Friedrichshafen diesmal 17,6 (14,0) Mill. DM beigesteuert hat. Verkräftet werden mußte dabei

nach einer Verlustübernahme in Höhe von 20,8 (13,2) Mill. DM der Tochter MTU Maintenance GmbH in Hannover. Sie, die mit der Wartung von Flugzeugtriebwerken 1985 fast 140 (72) Mill. DM umsetzte, wird nach Ansicht von Dinger erst in drei Jahren schwarze Zahlen schreiben können.

Zur inneren Stärkung der gesamten Gruppe hat die Daimler-Benz AG, die MTU Anfang 1985 voll übernommen hat, auf eine Ausschüttung verzichtet, so daß fast 30 Mill. DM den Rücklagen (78,5 nach 48,8 Mill. DM) zufließen können. Für 1984 war der damaligen Anteilseignern Daimler-Benz und MAN (je 50 Prozent) noch eine Gewinnabführung von insgesamt 28,6 Mill. DM zugeflossen.

Seine Zuversicht für MTU München, bei der der Triebwerksbau konzentriert ist, leitet Dinger aus der Marktbelebung im zivilen Luftverkehr und den vielfältigen Entwicklungskooperationen ab. Da arbeitet man beispielsweise mit Pratt & Whitney an einem Propfan- und Turbofan-Triebwerk sowie dem V 2500, das für die neuen Airbusmodelle vorgesehen ist. Diese Aktivitäten sind so vielfältig und erfolgversprechend, daß die zivilen Triebwerksprogramme Anfang der 90er Jahre etwa 50 (derzeit 23) Prozent zum gesamten Fertigungsumsatz beisteuern werden. Keine Sorge hat man denn heute, daß mit dem Bau des „Jägers 90“ wohl erst 1995 begonnen werden dürfte. Wichtigster Umsatzträger ist zur Zeit noch das Tornado-Triebwerk, das 1985 rund 617 Mill. DM brachte.

Und nachdem sich MTU Friedrichshafen 1985 trotz des weltweit äußerst harten Wettbewerbs auf dem Dieselmotoren-Markt gut behaupten

konnte, glaubt Dinger, daß man auch hier seine Marktposition künftig noch weiter festigen kann. Entscheidend dürfte dazu beitragen, daß MTU ab Anfang 1987 auch die „kleinen“ Pkw- und Lkw-Dieselmotoren von Daimler-Benz in sein Verkaufsprogramm für die Bereiche Schifffahrt, Bahn, Behördengeschäft und stationäre Anlagen übernehmen kann.

Diese Programmweiterung nach unten wird MTU Friedrichshafen ein Umsatzvolumen von etwa 150 Mill. DM bringen. Dinger wertet dies als ersten Synergieeffekt bei einer „Umarmung“ von Querverbindungen. Allerdings seien für die Zukunft nicht mehr so spektakuläre Dinge zu erwarten. Bereits seit Mitte der 70er Jahre produziert MTU Gelenkwagen für Daimler-Benz.

MTU	1985	±%
Gruppenumsatz ¹⁾ (Mill. DM)	2338	+ 8,7
dav. München	1352	+ 8,4
Friedrichshafen	1108	+ 9,1
Auftragsbestand	2596	+ 0,3
dav. München	1349	+ 13,4
Friedrichshafen	1187	+ 21,0
Auftragsbestand	3857	+ 4,4
dav. München	2631	+ 4,7
Friedrichshafen	1208	+ 4,0
Beschäftigte	12.632	+ 4,8
dav. München	6671	+ 5,2
Friedrichshafen	5961	+ 4,3
Sachinvestitionen	95	+ 41,5
dav. München	53	+ 62,5
Friedrichshafen	43	+ 21,5
Abschreibungen	87	- 1,6
dav. München	47	+ 1,7
Friedrichshafen	40	- 6,5
F&E-Aufwand ²⁾	118	+ 25,8
dav. München	61	+ 55,2
Friedrichshafen	57	+ 4,2
Cash-flow ³⁾	180	+ 18,3
dav. München	103	+ 17,9
Friedrichshafen	77	+ 14,8

¹⁾ Nicht konsolidiert, ²⁾ ohne bezahlte Entwicklungsleistungen, ³⁾ nach eigenen Angaben.

Wenig Schelte zu Neckermann

Karstadt-Vorstand mit 99,9 Prozent entlastet

JOACHIM GEHLHOFF, Essen: Der Sturm der Aktionärskritik auf den Vorstand der Essener Karstadt AG gefeht war, entpuppte sich als sanftes Säuseln. Auf der Hauptversammlung des größten europäischen Warenhauskonzerns (800 Teilnehmer mit 7,62 Prozent von 360 Mill. DM Aktien) sparten einige Aktionärssprecher zwar nicht mit Kritik an den nun im zehnten Jahr anhaltenden Verlusten der Versandtochter Neckermann. Doch als es um Schwur kam, wurde auch der Vorstand bei 500 Neinstimmen und 5278 Stimmenthalten mit 99,9-prozentiger Zustimmung entlastet. Und für die Stimmhaltung sorgte praktisch allein die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitzer, deren Vertreter für nächste Jahr Neinstimmen androhte, wenn's denn mit Neckermann immer noch nicht entscheidend besser werde.

Dabei hatte sich Vorstandsvorsitzender Walter Deuss in seinem Lagebericht, wemgleich auf Ertragsbesserungstendenzen aus aktuellem Geschäft im Gesamtmarkt wie bei Neckermann verweisend, deutlich von schönfärbischem Liebeswahn um Aktionärsfreundlichkeit ferngehalten. Auch einen Ausblick auf den 1988er Gewinn des Konzerns, der seine für 1985 mit 7 DM durchgehaltene Dividende nicht mehr voll verdienen ließe, ließ er sich nicht entlocken: „Zusammengerechnet wird erst am Jahresende.“

Zurückhaltung nicht nur deshalb. Trotz Besserung im gesamtwirtschaftlichen Wachstum wie im Einzelhandel besonders in warenhausrelevanten Sortimenten bislang noch keine entscheidende Geschäftsbelebung feststellen. Immerhin: Im ersten Halbjahr 1988 habe Karstadt mit einer Plusrate von drei Prozent im Warenhausumsatz an der Spitze der Branche (ohne den Horten-Jubiläumverkauf) gelegen und in den nicht vom Programm der umfassenden Filialstrukturänderung gestörten Häusern 4,7 Prozent Plusrate erzielt.

„Deutliche“ Ertragsbesserung bescheinigte Deuss auch der Neckermann Versand AG. Die lt 1985 noch mal erheblich an „Spillfolgen“ des Desasters mit dem neuen elektronisch gesteuerten Zentrallager. Der bis Juni eingetretene Umsatzrückgang von 3,1 Prozent beruhe ausschließlich darauf, daß man nun auf Schleudergeschäft verzichtet und sich auf den Hauptkatalog-Geschäft konzentriert.

Die NUR-Touristiktochter, 1985 schon zu kleinem Betriebsergebnis zurückgekehrt, verspreche nun einen zweistelligen Millionengewinn. Die in den ersten sieben Monaten der Saison 1985/86 (31. 10.) eingetretene Minusrate von 3,4 Prozent bei den Buchungen und 2,3 Prozent beim Umsatz seien auch Vorboten der angestrebten Angebotsstraffung.

Konzern „besenrein“ an nächste Generation übergeben

Otto-Wolff-Konzern hat sein Amerika-Abenteuer hinter sich - Trotz Sonderaufwand erhebliche stille Reserven

JOACHIM GEHLHOFF, Köln: Mit einem Sonderaufwand von 100 Mill. DM, zu 80 Mill. DM aus der Auflösung der danach noch „erheblichen“ stillen Reserven und mit dem Rest aus Betriebsergebnissen mobilisiert, hat Otto Wolff von Amerongen (bald 68), der nun den Vorstandsvorsitz an Schwiegersohn Arent Oetker übergab und in den Aereopag des Aufsichtsrates (Vorsitz) wechselte, zum 1988er Jahresabschluss der Kölner Holding Otto Wolff AG den vom Vater gegründeten Familienkonzern „besenrein“ an die nächste Führungsgeneration übergeben.

„Freiheit auch in der Dividendenpolitik“ soll der Nachfolger haben, nachdem die Holding, die für 1984 auf insgesamt 100 Mill. DM Aktien - bei jetzt ungeschoren gebliebenen 100 Mill. DM offenen Rücklagen - durchschnittlich 4,28 Prozent Dividende zahlte, für 1985 mit ausgeglichener Rechnung abschließt. Ein beachtlicher Kommentar für einen Familienunternehmer nach Bewältigung einer Verlustlast, die viele seinesgleichen prompt in den Ruin getrieben hätte. Gleichwohl ist für den Familien-

nior und Holding-Hauptaktionär der Blick zurück nicht ohne Schauern: Nochmals insgesamt 70 Mill. DM, davon 10 Mill. DM Rückstellungsvorsorge, zumal für schwebende Zollrisiken, kostete das mit der Schließung des Mini-Stahlwerks Hurricane in Houston/Texas beendete Abenteuer des Ausflugs in das USA-Stahlhandelsgeschäft. Zuvor und ohne Reservenauflösung hatten die Kölner ab 1982 schon mindestens 110 Mill. DM an unverhofften Verlusten aus ihrem US-Geschäft geschluckt.

Daß die Holding 1985 bei 31,2 (43,2) Mill. DM Beteiligungserträgen sogar auf 103 (40,2) Mill. DM angeschwollen, hatte noch zwei weitere Ursachen. Erstens stockte die Otto Handlungsgesellschaft mbH, deren Umsatz neben Inlandstöchern um vier Prozent auf 930 Mill. DM zurückging, noch in der Konsolidierungsphase (Verzicht auf „Randaktivitäten“) und machte rund 10 (2) Mill. DM Verlust. Bei dieser Tochter, mit der die Gruppe zu den größeren deutschen Stahlhändlern zählt (etwa 0,5 Mill. Jahres-

absatz), wird wegen sinkender Stahlpreise und gedrückter Spannen auch für 1986 noch nicht die Rückkehr ins Positive erwartet.

Zweitens entstand in der Maschinen-Anlagenbau-Gruppe des Konzerns bei der Tochter Wirth aus 196 (186) Mill. DM Gesamtumsatz ein Riesenerfolg von 30 Mill. DM. Er stammte mit 17 Mill. DM aus währungsbedingten Forderungsverlusten bei südafrikanischen Bergbau-Zulieferungen und aus einem unerwartet problemreichen Auftrag für Brasilien staatliche Ölgesellschaft Petrobras.

Die Reservenmobilisierung zum Verlustausgleich bewältigte die Holding durch 80 Mill. DM Buchgewinn mit „Ausgliederung“ des Bereichs Stahlweiterverarbeitung (Konzern) und der Zwischenholding Eisen- und Hüttenwerke AG mit den in Thyssen-Paritätspartnerschaft gehaltenen Töchtern Rasselstein AG und Stahlwerke Bochum AG und dem bislang von der Holding betriebenen „Werksatz“ dieser Flachstahlprodukte) in die mit 90 Mill. DM ausge-

stattete neue Organtochter „Otto Wolff Flachstahl GmbH“.

Bei aller Zuversicht, den Rest der im Konzern noch fälligen Strukturverbesserung mit dem „Großreinemachen“ im 1988er Abschluß finanziell bereits abgesichert zu haben, äußert sich der Familienpräsident zur aktuellen Lage des für die Gruppe unverändert wichtigen Stahlgeschäfts „branchentypisch“ zurückhaltend. Seine Hauptsorge gilt den Subventionen in anderen („vor allem romanischen“) EG-Ländern, die einen preisdrückenden Importanstieg auf dem deutschen Markt verursachen. Leider fehle den EG-Organen weiterhin die Kraft, die notwendigen Voraussetzungen für die Reintegration des Stahls in die Marktwirtschaft zu schaffen.

Otto Wolff	1985	%
Gruppenumsatz (Mill. DM)	5551	- 2,2
dav. Stahlweiterverarb.	3150	+ 8,4
Handel	1913	+ 2,8
Maschinen/Anlagenbau	1088	+ 6,9
Beschäftigte	18 628	- 3,0
Konzernumsatz	4193	- 2,7
Jahresergebnis	-82,1	(+25,1)

Umsatzsteigerung bei Wintershall

dpa/VWD, Kassel

Die Wintershall AG (Kassel) Gas- und Mineralölgruppe des Chemiekonzerns BASF, sieht für Mineralöl im Wettbewerb mit Steinkohle und Gas insgesamt verbesserte Chancen. Die Preisentwicklung bei Rohöl und preisgünstige Produktimporte aus Raffinerieüberkapazitäten sorgten für einen unverändert scharfen Wett-

Anzeige

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen:

Viele Stellenanzeigen für Fach- und Führungskräfte bietet Ihnen jeden Samstag

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

bewerb am inländischen Ölmarkt, heißt es im Geschäftsbericht.

Wintershall konnte 1985 seine Erdölförderung um sechs Prozent auf 3,24 Mill. Tonnen steigern. Davon entfielen 769 000 Tonnen auf das Inland und 2,47 Mill. Tonnen auf das Ausland. Die Erdgasgewinnung ging bei nahezu unveränderter Auslandsproduktion um 13 Prozent auf 1,75 Mrd. Kubikmeter zurück.

Der Umsatz der Wintershall-Gruppe stieg um neun Prozent auf 12,9 Mrd. DM bei deutlichen Zunahmen in den Bereichen Öl/Gas (plus zwölf Prozent) und Düngemitteln (plus sieben Prozent). Der Jahresüberschuss der AG sank dennoch durch Öl-Bestandsabwertungen als Folge des Preisverfalls sowie Wertberichtigungen auf die Auslandsproduktion auf 184 (266) Mill. DM. Auch schlossen die Raffinerien, die mit einem Rohöldurchsatz von 5,3 Mill. Tonnen zu zwei Dritteln etwas besser ausgelastet waren, mit Verlust. Nach BASF-Angaben konnten die Betriebsverluste jedoch auf 60 (130) Mill. DM gedrückt werden.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

RWI: Kaum Arbeitsplätze

Essen (dpa/VWD) - Die Hoffnung, daß Existenzgründungen Arbeitsplätze schaffen und damit zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen, ist nach Auffassung Essener Wirtschaftsforscher zumindest für das Handwerk kaum begründet. In dem gestern veröffentlichten Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung des Handwerks 1985/86 kommt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, zu dem Ergebnis, daß die Gründung vieler neuer Handwerksbetriebe meist als Reflex der unglücklichen Arbeitsmarktsituation und „Flucht in die Selbstständigkeit“ gewertet werden müsse.

Umwandlung in AG

München (VWD) - Mittel- oder langfristig will die Computer 2000 GmbH, München, an die Börse gehen. Zunächst will sich der Hersteller von „Peripherie rund um den Personalcomputer“ durch die zum 1. Oktober 1988 geplante Umwandlung in die Rechtsform einer AG zusätzliches Kapital beschaffen, um mit dem starken Wachstum Schritt halten zu können. Die Unternehmensleitung rechnet mit einer Umsatzsteigerung im Geschäftsjahr 1986/87 (80,5) um 50 Prozent auf rund 54 Mill. DM. Am dem Grundkapital von 1 Mill. DM hat sich die Deutsche Gesellschaft für Wirtschaftsprüfung mbH, Frankfurt, mit 25 Prozent beteiligt. Die restlichen 750 000 DM werden von den drei Gesellschaftern zu gleichen Teilen gehalten.

Sanierung abgeschlossen

Leinfelden (dpa/VWD) - Die Vereinigte Altenburger und Stralsunder Spielkarten-Fabrik AG (ASS), Leinfelden-Echterdingen, hat im Geschäftsjahr 1985 die 1983 begonnene Sanierung abgeschlossen. Nach Angaben im Geschäftsbericht für 1985 müssen die außerordentlichen Erlöse aus dem Verkauf nicht betriebsnotwendiger Vermögensgegenstände zum weiteren Investitionen von ASS dienen. Einen Dividendenvorschlag enthält die Einladung zur HV am 14. August in Stuttgart deshalb nicht. Die AG erzielte 1985 eine Umsatzsteigerung um 3,6 Prozent auf 29,6 (Vorjahr: 28,6) Mill. DM.

US-Tochter verkauft

Berlin (tb.) - Der Berliner Chemie-Konzern Schering AG verkauft seine Feinchemikalien-Tochter Nepera Inc. in den USA an die amerikanische CasChem Group Inc., Bayonne, New Jersey. Wie Schering gestern mitteilte, will CasChem - ein früherer Hersteller von Rizin und seinen Derivaten sowie speziellen Polymeren - alle Mitarbeiter übernehmen. Nepera setzte 1985 mit 209 Mitarbeitern rund 46 Mill. Dollar um. Schering hat beschlossen, sich ganz auf die traditionellen Sparten zu konzentrieren und sich aus dem Feinchemikaliengeschäft zurückzuziehen. Das betrifft auch die Diamant AG, München. Hier ist Schering mit mehreren Interessenten wegen einer Übernahme im Gespräch. In der Zwischenzeit wird Diamant als eigenständiges Unternehmen weitergeführt.

Zürich erhält Japan-Lizenz

Düsseldorf (Py.) - Die Zürich Versicherungs-Gruppe hat die Genehmigung zur Aufnahme des Versicherungsgeschäfts im Schaden- und Unfallbereich für Japan erhalten. Damit kann die Zürich jetzt in Japan mit eigener Organisation sowie unter eigenem Namen tätig werden und ihren Service für international tätige Kunden intensivieren. Die bisherige Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartner The Dai-Ichi Fire & Marine Insurance Company, Ltd., wird fortgesetzt.

Dividende angekündigt

Hamburg (JB.) - Der Vorstand der Joh. Friedrich Behrens AG, Ahrensburg bei Hamburg, hat für das Geschäftsjahr 1986 die Wiederaufnahme einer Dividendenzahlung angekündigt. Vorgesehen seien 10 Prozent. Die Behrens AG, die auf die Herstellung von Druckluftlagern und Befestigungsmitteln spezialisiert ist, hatte mit Rücksicht auf bestehende Verkaufsvorteile in den Jahren 1984 und 1985 auf eine Ausschüttung verzichtet und statt dessen Berichtigungsscheine ausgegeben. Durch Beschluß der HV ist das Grundkapital inzwischen auf 12 Mill. DM erhöht worden. In den ersten 5 Monaten dieses Jahres stieg der Umsatz um 5,8 Prozent. 1985 hatte Behrens gut 85 Mill. DM umgesetzt.

Auf der Suche nach weiteren Mehrheitsbeteiligungen

Die Einzelhandelsgruppe Asko hat ehrgeizige Expansionspläne - Überproportionale Gewinnsteigerung

JOACHIM WEBER, Saarbrücken: Die Einzelhandelsgruppe Asko Deutsche Kaufhaus AG, Saarbrücken, hat auch für die nächsten Jahre ehrgeizige Expansionspläne. Durch den vollen Zukauf der deutschen SB Kauf AG & Co. OHG (Divi-Märkte, Düsseldorf), zum Jahresbeginn 1988 hat die Einzelhandelsgruppe ihren Umsatz im ersten Halbjahr auf 2,1 (0,8) Mrd. DM mehr als verdoppelt. Im Gesamtjahr sollen 4,4 bis 4,6 Mrd. DM Umsatz erreicht werden. Allein die beiden SB-Marktketten Baser und Divi werden dazu 2,4 Mrd. DM beitragen.

Die Cash- und Carry-Großhandelskette Agros mit einem Jahresumsatz von 800 Mill. DM wurde zur Jahresmitte wieder an den Hamburger Otto-Versand veräußert. „Wir sind Einzelhändler, und wir wollen bei unseren Leuten bleiben“, begründet Asko-Vorstandschef Horst Wagner die schnelle Weitergabe. Durch den Verkauf wurde aber auch die Finanzverschuldung teilweise wieder abgebaut, die in der Bilanz 1985 durch die SB-Kauf-Übernahme um 140 Mill. DM gewachsen war. Der Rest wurde durch die Begebung einer Optionsanleihe von 150 Mill. DM zum Januar 1986 aufgefunden. Eine weitere Anleihe von 250 Mill. DM, von der Hauptversammlung am 28. August noch zu genehmigen, soll frühestens 1987 in Anspruch genommen werden.

Wagners Ehrgeiz beschränkt sich aber nicht aufs Volumen. Die Jahre 1987 und 1988 sollen Gewinnssprünge um jeweils 30 Prozent bringen. Damit soll der DVFA-Gewinn je Aktie, in diesem Jahr mit 65 DM bei einer Nettoumschlagrendite von einem Prozent veranschlagt, auf 100 DM steigen.

Auch 1985 hat Asko den Gewinn

überproportional gesteigert.

Während der Weltumsatz um knapp acht Prozent auf 1,67 (1,55) Mrd. DM stieg, nahm der Jahresüberschuss um 17 Prozent auf 25 (21) Mill. DM zu. Daß diese Steigerung die Entwicklung einengender realistisch widerspiegelt, belegt Wagner mit einem DVFA-Ergebnis je Aktie von 56,30 (44,80) DM (plus 26 Prozent) und einem um 60 Prozent auf 90 (58) Mill. DM gestiegenen Netto-Cash-flow.

Zum Gesamtumsatz haben die Bekleidungsmärkte 34 Prozent und die Baumärkte 30 Prozent beigetragen. Nach wie vor stärkster Umsatzträger bleiben die SB-Kaufhäuser mit 42 Prozent. Sie werden es auch bleiben, denn im vergangenen Jahr war die 48,9prozentige Beteiligung an der Deutschen SB Kauf, die erst Anfang 1986 auf 99,9 Prozent erhöht wurde, noch nicht konsolidiert.

Die 23 Divi-Märkte dieser Gesell-

schaft aber setzten 1985 allein 1,57

Mrd. DM um. Auch die US-Supermarktkette Furr's mit ihren 827 (721) Mill. Dollar Umsatz, an der Asko mit 40 (27) Prozent beteiligt ist, ist nicht konsolidiert. Die in den USA thesaurierten Furr's-Erlöse von 14,4 Mill. Dollar waren freilich im DVFA-Gewinn anteilmäßig enthalten - ohne diesen Beitrag hätte er bei 46 DM je Aktie gelegen.

Für weitere Mehrheitsbeteiligungen sei Asko aufgeschlossen, so Wagner. Man suche aber auch intensiv nach neuen Minderheitsbeteiligungen und Kooperationen. Darüber hinaus geht auch die eigene Expansion weiter. In diesem Jahr werden sechs neue Bekleidungsmärkte und sieben neue Baumärkte eröffnet. Die SB-Warenhäuser sollen in den kommenden zwei Jahren um drei Neueröffnungen ergänzt werden.

Umsatzplus bei der Herrenbekleidung

Py. Düsseldorf

Die deutsche Herrenoberbekleidungsindustrie erwartet für 1986 eine Umsatzsteigerung, die der des Vorjahres von 4,7 Prozent (auf 4,05 Mrd. DM) entspricht. Damit dürfte die Branche wieder einen Weg zu durchweg leicht positiven Ergebnissen eingeschlagen haben. Zwar hat sich seit Jahresbeginn die Zahl der Betriebe und Beschäftigten (minus zwei Prozent auf knapp 36 000) weiter verringert, doch stieg der Umsatz um acht Prozent auf 2,07 Mrd. DM. Die Inlandsproduktion (ausgenommen Mäntel) wuchs, bei Hosen um 4,6 Prozent auf reichlich 18,9 Mill. Teile, bei Sakkos um 2,6 Prozent auf fast 2,4 Mill. Teile. Davon profitierte auch der Handel mit Herrenoberbekleidung, der im ersten Halbjahr 1986 ein Umsatzplus von acht Prozent erreichte.

Anlässlich der heute zu Ende gehenden internationalen Trendshow der Kölner Modemessen „It's Cologne“, auf der 184 Aussteller aus dem In- und Ausland vertreten waren, wurde die gesunde Relation zwischen Inlandsfertigung, passivem Lohnveredelungsverkehr und Zukauf aus den hierfür in Frage kommenden Ländern deutlich. Die Mischung gewährleistet - und dies ist neu - eine weitgehende Vollbeschäftigung, die nach wie vor durch steigende Exporte (plus 10,8 Prozent auf 630 Mill. DM) gestützt wird. Die Einfuhren gingen im ersten Halbjahr 1986 um 6,3 Prozent auf 1,68 Mrd. DM zurück.

Allein diese Maßnahmen mit Vorsorgecharakter verschlangen schon deutlich mehr als die 68 Mill. DM außerordentlicher Erlöse aus einer turnusmäßigen Überprüfung der Festwerte (einer bergbauspezifischen Möglichkeit der Rechnungslegung). Hinzu kamen noch die ergebnisbelastende Trennung von drei Verlustbeteiligungen und erste Preiswirkungen des Dollarrutschs sowie 25 Mill. DM Erlösausfall durch geologische Förderprobleme.

Der 30 500 Mitarbeiter zählende Konzern hat das Zwischenhoch 1985 auf jeden Fall genutzt, um sich wieder stärker zu polstern. Dabei hielt er sich auch mit den Investitionen nicht zurück. Ihre Steigerung um gut 52 Prozent auf 303 (200) Mill. DM war indes nicht ganz echt: 74 Mill. DM stammten aus der Festwertkorrektur.

Nur Zwischenhoch bei Saarbergwerken?

Konzern verbarnte im Minus - Enttäuschender Geschäftsverlauf im ersten Halbjahr

JOACHIM WEBER, Saarbrücken

Die Freude darüber, daß die Saarbergwerke AG, Saarbrücken, im vergangenen Jahr erstmals seit 1980 keinen Verlust (1984: 77 Mill. DM) mehr auszuweisen hatte - der Konzern blieb mit 24 (83) Mill. DM im Minus - könnte von kurzer Dauer sein. Das erste Halbjahr 1986 brachte unerwartete Belastungen; die Beurteilung der weiteren Entwicklung „muß wegen deutlich erkennbarer Risiken leider pessimistisch“ ausfallen, so Vorstandschef Rudolf Lenhartz.

Ein schwerer Schlag war - nicht nur in menschlicher Hinsicht - das Grubenunglück im Camphausen im Februar 1986, aus dem allein rund 50 Mill. DM an Lasten zu erwarten sind. „Dadurch sind unsere Reserven schon weitgehend aufgebraucht. Zusätzliche Belastungen, die aus der unberechenbaren Entwicklung von Dollar, Ölpreis und Kohlewettbewerbspreis drohen, müßten daher voll im Ergebnis zum Ausdruck kommen“, prophezeit Finanzchef Klaus Henning Heine. Der Wettbewerbspreis für deutsche Kokssteine ist bereits von 185 auf 135 DM je Tonne gefallen. Spürbar wird zudem die abflauende Stahlkonjunktur, die - im Verein-

mit dem stärkeren, kostengünstigeren Heizölpreis in den Hochöfen - einen Rückgang des Kohleabsatzes von 300 000 bis 400 000 Tonnen im Gesamtjahr erwarten läßt. Selbst wenn der Kohleabsatz das Vorjahresvolumen von 11,2 (10,4) Mill. Tonnen wieder erreichen sollte, könnte die AG wegen der Preisentwicklung nicht den gleichen Vorjahresumsatz von 3 (2,8) Mrd. DM erzielen.

Die Freude am Ölgeschäft war 1985 schon getrübt. Die eigene Saarland-Raffinerie, die noch einmal für einen Konzernverlust von 24 Mill. DM sorgte, wurde geschlossen. Und die Mineralölbestände bei der Saarberg-Öl und Handel GmbH waren um 37 Mill. DM abzuwerten, von denen 20 Mill. DM aber schon auf 1986 entfielen.

Auch an anderen Stellen verordnete der Vorstand dem Staatsunternehmen eine Marschdisziplin für die nächsten Jahre. So schlug die Abzinsung unverzinslicher Darlehen an zwei Tochtergesellschaften für vier Jahre mit 37 Mill. DM zu Buche. Rückstellungen für Sozialplanverpflichtungen in 1986, für Jubiläumprämien und für die Werkschaden-vorsorge summierten sich zu weiteren 35 Mill. DM.

Abwertungen von 53 Mill. DM, die im Rahmen einer steuerlichen Neuregelung der Festwerte notwendig wurden, konnten auf einen Schlag vorgenommen werden. Und Vorleistungen von 41 Mill. DM zur Sicherung des Kohleabsatzes an das Kraftwerk Bexbach reduzierten den künftigen Aufwand auf neun Mill. DM jährlich.

Allein diese Maßnahmen mit Vorsorgecharakter verschlangen schon deutlich mehr als die 68 Mill. DM außerordentlicher Erlöse aus einer turnusmäßigen Überprüfung der Festwerte (einer bergbauspezifischen Möglichkeit der Rechnungslegung). Hinzu kamen noch die ergebnisbelastende Trennung von drei Verlustbeteiligungen und erste Preiswirkungen des Dollarrutschs sowie 25 Mill. DM Erlösausfall durch geologische Förderprobleme.

Der 30 500 Mitarbeiter zählende Konzern hat das Zwischenhoch 1985 auf jeden Fall genutzt, um sich wieder stärker zu polstern. Dabei hielt er sich auch mit den Investitionen nicht zurück. Ihre Steigerung um gut 52 Prozent auf 303 (200) Mill. DM war indes nicht ganz echt: 74 Mill. DM stammten aus der Festwertkorrektur.

Für Unternehmer, die jetzt ihre Chance nutzen wollen: unser Investitionsdarlehen.

Viele Unternehmen - gerade auch mittelständische Betriebe - haben sich entschieden, jetzt zu investieren.

Für die langfristige Finanzierung ihrer Investitionen und auch zur Abhebung bestehender Zwischenkreditlinien bietet unser Investitionsdarlehen die optimale individuelle Lösung. Es wird Ihren Ansprüchen und Vorstellungen gerecht.

Günstige Konditionen auf variabler, gebundener oder fester Basis. Die Varianten sind kombinierbar.

Laufzeiten in der Regel bis zu 10 Jahren.

Ein- und zinsfreie Jahre.

Rückzahlung auf Ratenbasis zu täglich Zinsen oder - zur Schonung Ihrer Liquidität in den ersten Jahren - auf Annuitätenbasis.

In fester Betrag für Tilgung und Zinsen.


Je nach Ihrer Liquidätslage kann auch eine variable Transparenz...

Die Kreditlinie vereinbart werden. Dies kann unter gewerbesteuerlichen Gesichtspunkten vorteilhaft für Sie sein; außerdem sparen Sie Zinsen.

Kombinierbar mit den ebenfalls zinsgünstigen öffentlichen Förderungsprogrammen.

Aus den damit gegebenen vielfältigen Möglichkeiten erarbeiten wir die für Ihr Unternehmen günstigste Finanzierung.

Sprechen Sie mit unseren Firmenkundenbetreuern.



Dresdner Bank
In Berlin: BfH

[illegible]

LANCIA. NOCH MEHR RASSE IN DER MITTELKLASSE.



DER NEUE LANCIA PRISMA.

Wer in der europäischen Mittelklasse zur Spitzenklasse gehören will, braucht Ehrgeiz, Können und Erfahrung. Alles gute Lancia-Tugenden. Und deshalb stellen wir uns ständig der Herausforderung des Marktes. Jetzt in der Mittelklasse. Wir haben beim Lancia Prisma fast jedes Detail in Frage gestellt. Und neu beantwortet. Nur eines nicht: das bewährte Grundkonzept mit klassischer Stufenheck-Karosserie, variablem Kofferraum und quer eingebauten Motoren. Fast alles andere ist neu: Die Front ist jetzt (wie beim Lancia Thema) leicht nach hinten geneigt, was zu niedrigerem Luftwiderstand führt.

Der vergrößerte Frontspoiler bietet Platz für integrierte Zusatzscheinwerfer, die hinteren Stoßflächen greifen weiter um die Karosserie herum.

Innen gibt es neue, ergonomisch geformte Sitze, neu gezeichnete Instrumente und eine Heizungs- und Lüftungsanlage mit größerem Luftdurchsatz.

Die Schaltung arbeitet leichter, Bedienungshel und -knöpfe wurden zum Teil neu angeordnet, die Lautsprecher-Positionierung wurde akustisch verbessert, Straßenlage und Lenkung wurden durch Modifikationen am Fahrwerk weiter optimiert und darüber hinaus erhielten einige Versionen einen Lenkungsdämpfer.

Am meisten hat sich bei den Motoren getan: Das Triebwerk des Prisma 1500 erhielt einen neuen Vergaser mit Schubabschaltung, eine elektrische Gemischvorwärmung im Ansaugrohr und eine hochmoderne Kennfeld-Zündung. Es leistet 55 kW/75 PS und macht diese Variante 160 km/h schnell. Der Verbrauch konnte noch weiter auf 5,8 l/100 km bei 90 km/h, 7,7 l bei 120 km/h und 9,5 l im Stadtverkehr gesenkt werden.

Die 1,6-l-Maschine im Prisma 1600 i.e. wurde weitgehend neu konstruiert. Der Zylinderkopf

wurde um 180° gedreht. Die Auspuff-Seite liegt jetzt vorn direkt im kühlenden Fahrtwind, die neue Einspritzanlage IAW von Weber Marelli ist gegen Winterkälte auf der Hinterseite des Motors geschützt. Die Grundform des Aggregats mit zwei oberliegenden Nockenwellen blieb unverändert. Modifiziert wurde in erster

LANCIA



Linie der Zylinderkopf, die Nockenwellen, die Kolben sowie das Ansaug- und Auspuffsystem.

Die IAW-Einspritzung zeichnet sich durch die Kombination von Zündung (mit statischer Kontrolle) und Einspritzanlage aus; beide Elemente werden von einem elektronischen Steuerelement versorgt. Der Motor leistet damit 80 kW/108 PS, das Drehmoment wurde gegenüber der Vergaserversion nochmals gesteigert und die Höchstgeschwindigkeit stieg auf 185 km/h. Ergebnis: Dieser neue 1,6-l-Einspritzmotor ist temperamentvoll und dreh-

freudig, durchzugstark und elastisch – und zudem leise und sparsam.

Der Prisma Turbo Diesel mit 59 kW/80 PS und 170 km/h Höchstgeschwindigkeit hat schon einen der modernsten Diesel-Motoren seiner Klasse. Aber selbstverständlich erhielt er sämtliche Verbesserungen an Karosserie, Interieur und Technik wie die Benzin-Versionen. Mehr war beim besten Willen nicht zu verbessern. Überprüfen Sie es selbst. Bei einer Probefahrt.

Lancia Prisma 1500: Vierzylinder Reihomotor mit oberliegender Nockenwelle, 1465 ccm, 55 kW/75 PS, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h 12,1 Sek., 160 km/h.

Lancia Prisma 1600 i.e.: Vierzylinder Reihomotor mit 2 oberliegenden Nockenwellen, IAW-Einspritzung, 1574 ccm, 80 kW/108 PS, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h 10,0 Sek., 185 km/h.

Lancia Prisma turbo diesel: Vierzylinder Reihomotor mit oberliegender Nockenwelle, 1911 ccm, 59 kW/80 PS, KKK-Turbolader und Ladeluftkühlung, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h 12,9 Sek., 170 km/h.

714

[illegible]

• von

bei Wertschätzungen von	7%	8%	9%	10%
102,2	103,1	104,1	105,0	
103,8	105,4	107,3	109,1	
104,8	107,0	109,7	112,4	

	100 R	108,6	119,9	117,2
	100 L	109,3	114,2	119,1
	100 M	108,7	114,2	119,1
	100 N	108,7	113,9	119,1
	100 O	108,7	114,1	119,1
	100 P	108,5	110,4	122,5
	100 Q	107,9	116,7	124,6
<hr/>				
Kurs der Kupons berechnet				
Zinsfreie Prämie, die von den				
Zinsen der Kupons abgezogen				
	100 A	112,6071		
	100 B	124,1711		
<hr/>				
Kurze				
	15. Juli	4,375-4,25		
<hr/>				
	100 T	4,575		
	100 U	6,00		
<hr/>				
	100 V	6,35		
	100 W	6,30		
	100 X	6,375		
<hr/>				
	Miner	6,30		
	Miner	6,25		
	Miner	6,25		
	Miner	6,25		
	Miner	6,25		
<hr/>				
	Wochen	5,75		
	Wochen	5,75		
<hr/>				
	100 Y	7,14		
	100 Z	7,11		
<hr/>				
	100 AA	6,00		
	100 AB	6,00		
<hr/>				
	30. Juni	666,5 Merd. S.		
	(+ 0,1 Merd. S.)	137,25		
		136,15		
<hr/>				
	100 AC	137,25		
	100 AD	136,15		
<hr/>				
	100 AE	100,25		
	100 AF	100,25		
	100 AG	100,25		
	100 AH	100,25		
	100 AI	100,25		
	100 AJ	100,25		
	100 AK	100,25		
	100 AL	100,25		
	100 AM	100,25		
	100 AN	100,25		
	100 AO	100,25		
	100 AP	100,25		
	100 AQ	100,25		
	100 AR	100,25		
	100 AS	100,25		
	100 AT	100,25		
	100 AU	100,25		
	100 AV	100,25		
	100 AW	100,25		
	100 AX	100,25		
	100 AY	100,25		
	100 AZ	100,25		
	100 BA	100,25		
	100 BB	100,25		
	100 BC	100,25		
	100 BD	100,25		
	100 BE	100,25		
	100 BF	100,25		
	100 BG	100,25		
	100 BH	100,25		
	100 BI	100,25		
	100 BJ	100,25		
	100 BK	100,25		
	100 BL	100,25		
	100 BM	100,25		
	100 BN	100,25		
	100 BO	100,25		
	100 BP	100,25		
	100 BQ	100,25		
	100 BR	100,25		
	100 BS	100,25		
	100 BT	100,25		
	100 BU	100,25		
	100 BV	100,25		
	100 BW	100,25		
	100 BX	100,25		
	100 BY	100,25		
	100 BZ	100,25		
	100 CA	100,25		
	100 CB	100,25		
	100 CC	100,25		
	100 CD	100,25		
	100 CE	100,25		
	100 CF	100,25		
	100 CG	100,25		
	100 CH	100,25		
	100 CI	100,25		
	100 CJ	100,25		
	100 CK	100,25		
	100 CL	100,25		
	100 CM	100,25		
	100 CN	100,25		
	100 CO	100,25		
	100 CP	100,25		
	100 CQ	100,25		
	100 CR	100,25		
	100 CS	100,25		
	100 CT	100,25		
	100 CU	100,25		
	100 CV	100,25		
	100 CW	100,25		
	100 CX	100,25		</



KARSTADT

Aktiengesellschaft - Essen

Karstadt Aktiengesellschaft Bilanz zum 31. Dezember 1985

Aktiva	Vorräte	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Abschrei- bungen	1985 DM	1984 TDM
I. Anlagevermögen							
A. Sachanlagen							
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte							
a) mit Geschäftsbauten	1 329 833 454	48 413 312	+ 14 356 734	3 390 483	108 188 059	1 299 255 817	1 329 833
b) mit Wohnbauten	147 154	18 210 839	-	-	5 178	141 976	147
c) ohne Bauten	9 139 485	462 566	-	-	-	9 602 051	9 140
2. Bauten auf fremden Grundstücken	63 256 893	18 030 654	+ 157 020	4 539 909	9 278 063	65 626 595	63 257
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	191 521 032	114 719 218	+ 2 811 337	2 034 096	115 584 888	191 232 603	191 521
4. Anlagen im Bau und Zuschreibungen auf Anlagen	43 411 191	34 514 984	- 17 125 091	206 548	91 652	60 632 156	43 411
	1 637 309 009	230 480 843	-	10 171 014	231 127 840	1 626 490 998	1 637 309
B. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen	342 866 075	12 288	-	-	65 426 785	277 251 578	342 866
2. Miet- und Pachtvorauszahlungen	5 545 022	115 684	-	682 539	-	5 968 167	5 545
3. Ausleihungen mit einer Laufzeit von mind. 4 Jahren	3 389 267	77 300	-	294 617	-	3 170 940	3 389
	1 989 908 363	230 686 115	-	11 158 170	296 554 825	1 912 881 683	1 989 908
II. Umlaufvermögen							
A. Warenvorräte							
1. Warenvorräte					1 177 122 395		1 265 038
B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens							
1. Anzahlungen				240 016			3 785
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen				30 182 250			26 985
3. Schecks				886 791			1 716
4. Kassenbestand, Bundesbank- und Postcheckguthaben				33 147 345			48 384
5. Guthaben bei Kreditinstituten				259 158 241			282 178
6. Wertpapiere				143 785			2 067
7. Forderungen an verbundene Unternehmen				216 126 988			172 451
8. Forderungen gemäß § 89 AktG				200 790			237
9. Sonstige Vermögensgegenstände				80 678 548	670 772 815		42 780
					1 847 895 210		1 843 681
					1 028 894		648
					3 761 803 787		3 834 187
III. Rechnungsabgrenzungsposten							
Passiva							
I. Grundkapital						1985 DM	1984 TDM
1. Grundkapital						360 000 000	360 000
II. Offene Rücklagen							
1. Gesetzliche Rücklage					180 000 000		180 000
2. Andere Rücklagen					800 000 000		800 000
					980 000 000		980 000
III. Sonderposten mit Rücklageanteil (Rücklage gemäß § 6b EStG)					8 422 782		-
IV. Rückstellungen							
1. Rückstellungen für Pensionen und Altersversorgung				1 105 000 000			1 043 000
2. Andere Rückstellungen				81 730 923			95 079
					1 186 730 923		1 138 079
V. Karstadt Unterstützungsfonds GmbH							
Ungeachtet, keine Fälligkeit vor Ablauf von 4 Jahren					7 794 901		7 909
VI. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens 4 Jahren							
1. Hypothekendarlehen				10 000 000			20 000
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				346 802 877			365 065
3. Sonstige Verbindlichkeiten				48 080 485			61 295
					404 883 162		446 360
VII. Andere Verbindlichkeiten							
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				270 727 647			290 588
2. Anzahlungen				7 587 086			7 480
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen				86 319 600			115 181
4. Sonstige Verbindlichkeiten				395 187 961			437 834
					759 822 294		851 083
VIII. Rechnungsabgrenzungsposten							
VIII. Bilanzgewinn						50 400 000	50 400
Eventualverbindlichkeiten:						3 761 803 787	3 834 187
Mitteilung für Verbindlichkeiten der eingetragenen Neckermann Versand AG: DM 334 391 136							

Karstadt Aktiengesellschaft Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1985

	DM	1984 TDM
1. Umsatzerlöse		
Umsätze brutto	8 999 563 703	9 157 888
Umsatzsteuer	1 006 496 148	1 025 315
Umsätze netto	7 993 067 555	8 132 573
Aufwendungen für bezogene Waren	5 134 528 062	5 201 748
Rohhertrag	2 858 539 493	2 930 825
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	4 158 581	3 783
Erträge aus Beteiligungen	27 377 019	1 343
Erträge aus den anderen Finanzanlagen	1 408 753	1 982
Skonto-, Zins- und ähnliche Erträge	142 486 967	143 464
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen auf Sachanlagen	44 171 645	5 855
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	624 100	2 688
Sonstige Erträge - davon außerordentliche: DM 12 988 528 -	239 888 186	180 628
	3 318 764 744	3 270 578
2. Gehälter und Löhne	1 673 293 142	1 688 963
3. Soziale Abgaben	280 865 806	282 388
4. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	115 726 243	105 000
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	231 127 840	223 583
6. Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens (ohne Vorräte)	65 426 785	-
7. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2 930 238	6 306
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3 468 108	4 438
9. Steuern	38 362 191	40 720
a) vom Einkommen, Ertrag und Vermögen an Organe der Gesellschaften weiterzuleisten	35 768 164	72 890
b) sonstige	6 940 000	1 653
20. Aufwendungen aus Verlustübernahme	1 804 870	35 367
21. Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 6b EStG	17 802 134	-
22. Sonstige Aufwendungen	8 422 782	-
	796 308 379	772 807
23. Jahresüberschuss	3 268 364 744	3 210 178
24. Einstellung aus dem Jahresüberschuss in andere Rücklagen	50 400 000	10 000
25. Bilanzgewinn	50 400 000	50 400

Vermögens der Pensionseinzahlenden: Im Geschäftsjahr 1985 wurden rund DM 44 000 000 Pensionseinzahlungen geleistet. Für die folgenden fünf Jahre rechnen wir mit Zahlungen in Höhe von je 110 %, 121 %, 133 %, 146 % und 160 % dieses Betrages.

Essen, den 30. April 1986

Karstadt Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Dr. Deuss Hebbeling Alberts Althoff Grönemeyer Laschet Lorenzen

Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

DWT DEUTSCHE WAREN TREUHAND-AKTIENGESellschaft

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft

Stalchus

Wirtschaftsprüfer

ppa. Schmitt

Wirtschaftsprüfer

Düsseldorf, den 9. Mai 1986

KARSTADT Aktiengesellschaft Essen

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 16. Juli 1986 hat beschlossen, den für das Geschäftsjahr 1985 ausgewiesenen Bilanzgewinn von DM 50 400 000,- für eine Dividende von DM 7,- je Aktie zu zahlen.

Die Ausschüttung der Dividende erfolgt gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 25 ab 17. Juli 1986 unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer. Zahlstellen sind außer unserer Gesellschaftskasse in Essen-Bradney, Theodor-Althoff-Str. 2, die Niederlassungen der nachstehend aufgeführten Banken:

Deutsche Bank AG	Bayerische Vereinsbank AG	Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Berlin AG	Deutsche Bank AG	Deutsche Bank Saar AG
Commerzbank AG	Dresdner Bank AG	Hamburgische Landesbank Girozentrale
Berliner Commerzbank AG	M. M. Warburg-Birnbaum, Wirtz & Co.	Trikontbank & Burkhart
Bank für Handel und Industrie AG	Baden-Württembergische Bank AG	Westdeutsche Landesbank Girozentrale

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 8/16 der Dividende verbunden; es entspricht der von der Gesellschaft für die Dividende gezahlten Körperschaftsteuer. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer werden bei inländischen, nicht von der Steuer befreiten Anteilseignern gegen Vorlage der vom depotführenden Kreditinstitut bzw. der auszahlenden Stelle auszustellenden Steuerbescheinigung auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet und im Falle der Überzahlung vergütet beziehungsweise erstattet.

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn eine inländische natürliche Person dem depotführenden Kreditinstitut eine Nicht-Veranlagungsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamtes eingereicht hat. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben vom depotführenden Kreditinstitut gutgeschrieben.

Essen, im Juli 1986

DER VORSTAND

Aufsichtsrat (nach der Hauptversammlung vom 16. Juli 1986): Dr. Walter Seipp, Frankfurt a. M. (Vorsitzender); Wolfgang Nettelbeck, Berlin* (stellv. Vorsitzender); Hermann Brandt, Hamburg*; Dr. F. Wilhelm Christians, Düsseldorf; Rolf Diehl, Düsseldorf; Hubert Gartz, Hamburg*; Dr. jur. Friedhelm Gieske, Essen; Dr. Klaus Götze, München; Götz Knappertsbusch, Düsseldorf; Dr. Klaus Merin, Frankfurt a. M.; Wolfgang Pokriefke, Bremen*; Willibald Puderbach, Detmold*; Heinz Rätz, Basel; Dr. Wolfgang Schieren, München; Helmut Schumacher, Würzburg; Dieter Steinborn, Düsseldorf; Josef Stratmann, Saarbrücken; Hermann-Josef Strenger, Leverkusen; Günter Strohmeyer, München; Alfred Tarp, Rheine*.

Vorstand (nach der Hauptversammlung vom 16. Juli 1986): Dr. Walter Deuss (Vorsitzender); Bernd Hebbeling (stellv. Vorsitzender); Kurt Alberts; Theodor Althoff; Heinz-Georg Grönemeyer; Karl Laschet; Uwe Lorenzen.

Karstadt-Konzern Konzern-Bilanz zum 31. Dezember 1985

Aktiva	Vorräte	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Abschrei- bungen	1985 DM	1984 TDM
I. Anlagevermögen							
A. Sachanlagen							
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte							
a) mit Geschäftsbauten	1 441 300 424	50 344 075	- 15 245 091	53 041 403	112 760 461	1 328 807 363	1 441 300
b) mit Wohnbauten	679 830	18 210 839	-	-	7 758	672 074	680
c) ohne Bauten	9 151 686	462 566	+ 8 500	-	-	9 622 832	9 152
2. Bauten auf fremden Grundstücken	42 140 633	18 798 639	+ 28 481 887	4 585 735	10 786 114	72 048 360	42 141
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	236 281 615	135 404 870	+ 5 156 845	2 821 345	134 841 695	238 580 090	236 281
4. Anlagen im Bau und Zuschreibungen auf Anlagen	61 544 289	36 397 947	- 18 381 041	212 546	91 852	79 386 267	61 544
	1 791 098 457	257 748 256	-	60 461 029	258 267 678	1 730 118 006	1 791 098
B. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen	68 899 581	3 026 943	-	3 185 838	89 000	68 651 666	68 899
2. Miet- und Pachtvorauszahlungen	6 674 710	122 778	-	703 435	-	6 994 053	6 675
3. Ausleihungen mit einer Laufzeit von mind. 4 Jahren	8 782 445	91 345	-	626 556	-	8 227 134	8 782
	1 875 435 173	260 989 322	-	64 976 858	258 356 678	1 813 090 859	1 875 435
C. Ausgleichsposten aus der Konsolidierung							
							35 896
						1 813 090 859	1 911 331
II. Umlaufvermögen							
A. Warenvorräte							
1. Warenvorräte					1 367 373 806		1 487 114
B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens							
1. Anzahlungen					30 813 049		31 659
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen					434 982 920		412 836
3. Schecks					3 190 247		3 943
4. Kassenbestand, Bundesbank- und Postcheckguthaben					47 749 574		62 167
5. Guthaben bei Kreditinstituten					317 621 199		295 788
6. Wertpapiere					143 787		2 067
7. Forderungen an verbundene Unternehmen					29 043 762		35 447
8. Forderungen gemäß § 89 AktG					255 750		317
9. Sonstige Vermögensgegenstände					190 119 437	1 053 989 725	126 864
						2 441 363 531	2 489 202
III. Rechnungsabgrenzungsposten							
						1 740 132	1 477
						4 256 194 522	4 382 010
Passiva							
I. Grundkapital der Karstadt AG						1985 DM	1984 TDM
1. Grundkapital						360 000 000	360 000
II. Offene Rücklagen der Karstadt AG							
1. Gesetzliche Rücklage					180 000 000		180 000
2. Andere Rücklagen					800 000 000		800 000
					980 000 000		980 000
III. Sonderposten mit Rücklageanteil (Rücklage gemäß § 6b EStG)					30 782 782		-
IV. Rücklagen aus der Konsolidierung							
1. Rückstellungen für Pensionen und Altersversorgung					1 183 709 008		1 100 717
2. Andere Rückstellungen					127 923 023		130 998
					1 291 632 031		1 231 715
V. Karstadt Unterstützungsfonds GmbH							
Ungeachtet, keine Fälligkeit vor Ablauf von 4 Jahren					7 794 901		7 909
VI. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens 4 Jahren							
1. Hypothekendarlehen					10 000 000		20 000
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					389 048 740		402 012
3. Sonstige Verbindlichkeiten					53 231 906		67 543
					452 280 645		489 555
VII. Andere Verbindlichkeiten							
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen					396 246 251		423 122
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					185 401 688		295 299
3. Anzahlungen					76 542 060		72 841
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen					1 924 582		1 386
5. Sonstige Verbindlichkeiten					462 933 403		505 733
					1 103 346 014		1 298 181
VIII. Rechnungsabgrenzungsposten							
IX. Konzerngewinn						1 050	1 050
Eventualverbindlichkeiten aus:						272 416	13 600
1. Bürgschaften:						4 256 194 522	4 382 010
2. Gewährleistungsverträge:						DM 4 835 314	
						DM 24 002	

Karstadt-Konzern Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1985

	DM	1984 TDM
1. Umsatzerlöse		
Umsätze brutto	11 979 143 842	12 007 294
Umsatzsteuer	1 207 256 037	1 221 032
Umsätze netto	10 771 877 805	10 786 262
2. Aufwendungen für bezogene Waren und Fremdleistungen	7 083 943 530	7 080 234
3. Rohertrag	3 678 534 275	3 706 024
4. Erträge aus Beteiligungen an nicht in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen	5 721 103	8 554
5. Erträge aus den anderen Finanzanlagen	1 612 477	2 200
6. Skonto-, Zins- und ähnliche Erträge	199 257 461	192 631
7. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens	152 173 884	46 097
8. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1 406 781	6 017
9. Sonstige Erträge – davon außerordentliche: DM 16 873 364 –	265 629 134	229 839
	4 304 335 115	4 191 362
10. Gehälter und Löhne	1 903 239 720	1 906 747
11. Sozialabgaben	316 062 199	319 049
12. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	122 298 018	110 145
13. Abschreibungen auf Sachanlagen	258 257 676	258 429
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen	89 000	–
15. Abschreibung auf die Beteiligung an der Neckermann Versand AG	65 396 785	–
16. Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens (ohne Vorräte)	51 860 812	43 711
17. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	30 732 782	1 291
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	43 768 476	49 015
19. Steuern		
a) vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	40 743 393	95 467
b) sonstige	2 332 119	2 178
20. Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 8b EStG	30 732 782	–
21. Sonstige Aufwendungen	1 428 180 218	1 383 480
	4 267 262 699	4 167 492
22. Jahresüberschuß	37 072 416	23 870
23. Konzerngewinn aus dem Vorjahr	13 600 000	–
24. In 1985 gezahlte Dividende der Karstadt Aktiengesellschaft	50 400 000	–
Einstellung aus dem Jahresüberschuß in offene Rücklagen Karstadt Aktiengesellschaft	–	10 000
Neckermann Versand AG	–	270
	272 416	13 600
25. Konzerngewinn		

Hinter vorgehaltener Hand: Witze im Ostblock

Sex mit nackten Regalen

Was würde geschehen, wenn man alle polnischen Polizisten in die Sowjetunion umsiedeln würde? – In beiden Ländern würde das Intelligenzlevel stark ansteigen. Dieser Witz aus Polen findet sich in dem Band „Lachen verboten, Genosse!“ von Friedrich-Wilhelm Schiömann, der aufgeschrieben hat, was man sich in den kommunistischen Ländern so hinter vorgehaltener Hand erzählt. Neu sind solche Sammelbände nicht. Sie kommen alle Jahre wieder auf den Markt. Nur hat der Autor dann allenfalls ein wenig aufpoliert, was er in anderen Ausgaben fand. Schiömann dagegen führt – versichert uns der Verlag – Interviews mit westlichen Reisenden und insbesondere mit Hunderten von Flüchtlingen und Touristen aus dem Ostblock.

Das Buch hat, und das ist etwas Neues, den Ehrgeiz, auch Witze aus den außereuropäischen kommunistischen Staaten einzubeziehen. Die Beispiele wirken allerdings nicht sehr überzeugend, weil sie kaum Ländertypisches erkennen lassen. Meist sind es Wanderritze, die nur in die Ferne transferiert werden. So wird die Geschichte von dem Kommissar, der dem Gefangenen die Freiheit verspricht, wenn er errät, welches seiner Augen ein Glasauge ist, nach Afghanistan verlegt. Die Erstfassung stammt bereits aus der Nazizeit, wo der Jude im KZ dem SS-Aufseher auf die Frage, wie er das Glasauge erkannt habe, antwortet: „Es blickt so gut.“

Insgesamt spiegelt die Auswahl recht gut die Malaise des realen Sozialismus: den Hochmut der Partei, die Langeweile der Parteiversammlungen und den Zwang zum Zwickenden und zur Lüge, vor allem aber den Geburtsfehler ständiger Versorgungsschwierigkeiten. Die Rumänen fassen das in dem Wortwechsel zusammen: „Was sind die permanenten Eigenschaften unseres Wirtschaftslebens?“ – „Die vorübergehenden Schwierigkeiten.“ In der DDR fragt man: „Was ist DDR-Sex?“ – „Nackte Regale.“ Und bei den Polen: „Wie heißt ein Mensch, der kein Fleisch ist?“ – „Pole.“

Buch des Tages

zen hervor, die typisch für den gegenwärtigen Flüsterwitz sind. Der Witz aus Polen zeigt das sehr deutlich. Er ist von Sarkasmus und Zynismus wie von dem Verzicht auf Humor geprägt; er verspottet die Polizisten (die den Geheimpolizisten weitgehend gleichgestellt werden) als ewig Dummen; und er hält sich an der „ewigen Freundschaft zur Sowjetunion“ schadlos.

So kennen alle Länder Witze, die sich mit der Präsenz der Sowjetarmee auf fremdem Territorium beschäftigen. In Ungarn heißt es da: „Was ist der kürzeste Witz?“ – „Die Russen verlassen Ungarn.“ – „... und der längste?“ – „Einzel.“ In der CSSR weiß man, daß diese Truppen auf zwei Arten abziehen können, auf eine natürliche und eine unnatürliche. „Die natürliche ist, daß eines Tages 80.000 Engel vom Himmel kommen und jeder von ihnen einen sowjetischen Soldaten bei der Hand nimmt, um ihn über die Grenze aus dem Land zu führen.“ – „Und die unnatürliche Art?“ – „Wenn sie von alleine gehen.“

In den Flüsterwitzen schlägt sich inzwischen auch der neue Antisemitismus, der als „Antizionismus“ schon seit langem in den kommunistischen Staaten virulent ist, nieder. So gesteht zum Beispiel Goldstein, der von der Polizei verhaftet wurde, weil er keiner gerechten Arbeit nachgeht, auf die Frage, woher er denn Geld habe, ein: „Ich lebe von Erpressung.“ – „Ich erpresse die polnische Familie, die mich während der Nazi-Besatzung versteckt hielt.“

Auffallend bei allen Witzen ist der Pessimismus. Eine Hoffnung auf irgendwelche Änderung zum Besseren scheint es nicht zu geben. So wird in allen Ländern die Frage „Wie geht's?“ mit einem „Mal besser, mal schlechter“ beantwortet. In China mit „Schlechter als im letzten Jahr, aber besser als im kommenden“ oder in Ungarn: „Danke, heute besser als morgen.“

PETER DITTMAR
Friedrich-Wilhelm Schiömann: „Lachen verboten, Genosse!“, Nebelspalter-Verlag, Rorschach, 222 S. mit Abb., 21 Mark.



Altes Material, in neuer Art verarbeitet: Silke Zinsel erhielt einen Preis für ihr Objekt aus Elfenbein und Silber, aus der Ausstellung in Erbach

Erbach: Das Deutsche Elfenbeinmuseum zeigt Kunst aus vier Jahrhunderten

Ein Minnekästchen, weiß geschnitzt

Vor 200 Jahren machte der Reichsgraf Franz zu Erbach-Erbach die Elfenbeinschnitzerei im Odenwald heimisch. Der Graf war selbst ein kunstfertiger Schnitzer; aber um Kunst war es ihm weniger zu tun. Mit seinem damals erstaunlichen Experiment verfolgte er vielmehr die Absicht, dem Handwerk in seinem wirtschaftlich rückständigen Ländchen neue Verdienstmöglichkeiten zu erschließen. Das ist ihm gelungen. Die Odenwälder Elfenbeinschnitzerei erwarb sich alsbald einen weithin geschätzten Ruf und trug entscheidend zum wachsenden Wohlstand des Landes bei. Hier wurde unter anderem in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Blumenbroche aus Elfenbein „erfunden“.

Seit 20 Jahren besitzt die Stadt Erbach im Odenwald ein Elfenbeinmuseum; seit 15 Jahren darf es sich „Deutsches Elfenbeinmuseum“ nennen. Es beherbergt eine sehenswerte Sammlung nicht nur der einheimischen Produktion seit 200 Jahren, sondern Elfenbeinarbeiten aus aller

Welt, aus Afrika, Japan, China, Tibet, Indien und Indonesien, auch Eski-mo-Schnitzereien aus Walroßbein sowie historische Beispiele europäischer Elfenbeinkunst vom venezianischen Minnekästchen des 15. Jahrhunderts bis zu expressionistischen Schnitzereien von Karl Schmidt-Rottluff. Der Schwerpunkt der umfangreichen Sammlung liegt im 19. Jahrhundert.

Aber das Museum beschäftigt sich nicht nur mit Vergangenheit. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Erbacher Fachschule für Elfenbeinschnitzerei und mit der Gesellschaft für Goldschmiedekunst in Hanau. Gemeinsam ist man um die Förderung des Nachwuchses bemüht und veranstaltet internationale Wettbewerbe „für zeitgemäße Form- und Materialsprache“. Zehn solcher Wettbewerbe sind vorgesehen. Zur Zeit zeigt eine Ausstellung die Ergebnisse des vierten unter dem Titel „Form im Kreis“. Frühere Themen nannten sich „Paßform“, „Durchdringung“, „Doppel-form“. Dem Sieger winkt ein För-

derpreis des Museums von 7000 Mark (2. Preis 2000 Mark, 3. Preis 1000 Mark). Es läßt sich darüber diskutieren, ob diese Art der Förderung Schule machen soll.

Die Verfahrensweise mit jeweils vorgeschriebenen Aufgaben hat einen präzeptoralen Beigeschmack, schmeckt nach Schule und Hausaufgaben. Die 52 Beteiligten am letzten Wettbewerb haben ihre Aufgaben zum Teil erhellend frei und einfallsreich gelöst, indem sie die vorgeschriebene Kreisform als Scheibe, Kugel, Ring, Spirale, Hohlkugel, Halbkreis vielfach variierten, das Elfenbein mit Holz, Gold und/oder Silber kombinierten, auch auf farbige Effekte nicht verzichteten. So entstanden abstrakte Kleinplastiken von eigenem Reiz, die freilich kaum den Ehrgeiz erkennen lassen, mehr als dekorativ sein zu wollen.

Für das kommende Jahr ist bereits der nächste Wettbewerb ausgeschrieben, die Aufgabe lautet: „Drei Formelemente“ (bis 27. Juli; Katalog 3 Mark).

Rom: Die 11. „Quadriennale nationaler Kunst“

Nur lebende Italiener

Das große „Q“ aus weißem Stoff ist 15 Meter hoch. Es flattert auf dem Platz vor dem Kongreßpalast im Wind – Symbol der 11. „Quadriennale nationaler Kunst“ in Rom. Immer im Schatten der weltberühmten und vor allem internationalen Biennale von Venedig (die zudem jetzt parallel läuft), seit ihrer Gründung unter dem faschistischen Regime im Jahre 1929 ständig in der Polemik, zum letztenmal 1976 veranstaltet und dann entschlossen geglaubt, eröffnete die Schau zeitgenössischer italienischer Kunst mit Werken lebender Künstler wieder einmal im Zeichen des Kolossalens.

Der üblichen Kritik an den „Quadriennalen“ bemalter Leinwand“, die dem Besucher auferlegten „Gewaltmärsche von vielen Kilometern, um an den Bildern vorbeizukommen“ (so beschwerten sich selbst unter dem „Duce“ viele Kritiker) gesellte sich jetzt der Streit um den Taktort hinzu – im modernen EUR-Viertel, 25 Kilometer vom Zentrum Roms entfernt. Doch der herkömmliche Sitz der Quadriennale, der Ausstellungspalast in der Via Nazionale, wird seit Jahren restauriert.

Eine Beschwerde wurde gleich entkräftet. Der Fußmarsch ist diesmal nur zwei Kilometer lang. Auf dieser Route kann man 400 Künstler begutachten – ein Panorama (von einer 50köpfigen Jury ausgewählt), das einen Überblick über das Kunstschaffen im Land geben soll. Da diese Ausstellung nicht dem Zelebrieren eines bestimmten Stiles, einer einzigen Richtung, einer neuen Avantgarde dient, muß man sich durch die verwirrende Fülle aller heute praktizierten Stile und Moden durcharbeiten. Da fällt das „Abstrakte-Informale“ einen eigenen Sektor, da gibt es die Sektoren „Die Kunst in neuen Ausdrucksformen und Materialien“ (die Materialien sind eher bekannt) und „Kunst als Kunstgeschichte“ (eine Zusammenfassung der zunehmenden Rückwendung zur Antike, zum Akademischen, zum Epigonentum).

Kern der Ausstellung ist die Hauptschau „Die künstlerische Suche in Italien von 1950-1980“ mit den bekanntesten Namen und ihren vertanen Expressionen. Doch fehlen in der „Satelliten-Ausstellungen“ nicht die Arbeiten vieler jüngerer, noch wenig bekannter Künstler – vielleicht das wahre Verdienst dieser Monsterausstellung. Die Arrivierten haben ja alle schon ihre eigenen, großen Ausstel-

lungen gehabt. So räumt man hier den Jüngeren, wie etwa Luca Patella, Magdalo Musio, Elisabetta Gut und Mirella Bentivoglio, eine Chance ein.

Fernsehen und Zeitungen, die sich mit der Quadriennale befassen, sparen nicht mit Anekdoten, die von jeder der Quadriennale begleitet haben. Mussolini besuchte die Ausstellung und ließ sich die einzelnen Künstler vorstellen. Sie mußten Haltung annehmen und sich mit römischen Gruß melden. Geleitet waren sie in der grotesken Uniform der faschistischen Partei, mit Pelzmütze, Reistasche und Schultertaschen, das schwarze Hemd nicht zu vergessen. Immerhin marschierte der Diktator auch an modernen, zum Teil abstrakten Werken vorbei, ohne sich aufzuregen. Im damaligen Deutschland war so etwas längst verboten.

König Viktor-Emanuel II., beehrt für seinen Mangel an Kunstsinne, wurde ebenfalls hergeführt und blieb vor einer Stadtsicht stehen. Er fragte: „Welcher Ort ist das?“ – „Die Stadt Rom, Majestät!“ war die Antwort. Darauf der Monarch: „10.000 Einwohner, Postamt, zwei Schulen und Feuerwehr.“ Der König liebte es, sein gründliches Volksschulwissen vor dem Volk zu zeigen. Kompetent war er auch bei Uniformen. Das Gemälde eines Generals rügte er, weil der Abstand der Jackettknopfe nicht dem Heeresreglement entsprach.

Vor solchen Experten sind die Künstler vor heute ziemlich sicher. Zu bemängeln gibt es allerdings sonst genug. Kritisiert wird das Statut der Veranstaltung, das aus dem Jahre 1937 stammt, den absurden Vierjahresrhythmus festlegt und die Schau auf lebende italienische Künstler einengt. Nicht einmal in Rom seit Jahren lebende und arbeitende Ausländer werden zugelassen, obwohl ihre Werke ebenfalls Kunst in Italien repräsentieren.

Fazit der diesjährigen Ausgabe: Insgesamt wird eine Hinwendung zur Tradition deutlich, zur Vergangenheit, zur Wiederholung – eine Rückkehr zur überlieferten Ausführung eines Werkes, die auch Zeit für Meditation beim Betrachter erfordert. Die Ansicht, daß sich die Kunst nur in Sprüngen und Brüchen weiterentwickeln kann, scheint an Anhängern zu verlieren (bis 15. Aug.; Katalog, Fabbri, 18.000 Lire).

JÜRGEN VORDEMAN

Im Urlaub: Auf diesen Wellen klingt es deutsch

In Belgien und Frankreich:

Sender der Heimat:

Auf Mittelwelle: WDR 1: 1593 kHz = 188 m. WDR 2: 730 kHz = 416 m. (nur tagsüber). Europawelle Saar: 1422 kHz = 211 m. Deutschlandfunk (DLF) Nordkirchen: 549 kHz = 546 m. DLF Mainflingen: 1539 kHz = 194 m. (abends in Fremdsprachen). SWF Rheinsender: 1017 kHz = 295 m. HR Frankfurt: 594 kHz = 305 m. Deutsche Welle (Sender Malta): 1557 kHz = 192 m. täglich 14 bis 20 Uhr (am Mittelmeer gut zu empfangen).

Auf Langwelle: DLF Donebach: 153 kHz = 1980 m. DLF München: 209 kHz = 1435 m. (nur tagsüber).

Auf Kurzwelle: Deutsche Welle (DW) Köln: 6075 kHz im 49-m-Band Rundstrahlung für Europa (Schalt-pause von 7.47 bis 9 Uhr). DW 3995 kHz im 75-m-Band 30 bis 7.47 Uhr Rundstrahlung. RIAS Berlin: 6005 kHz im 49-m-Band (rund um die Uhr). BR München: 6085 kHz im 49-m-Band. SDR Stuttgart: 6030 kHz im 49-m-Band. SWF Baden-Baden: 7265 kHz im 41-m-Band (SWF 3).

Sender der Gastländer in Deutschland: Frankreich: France-Inter Paris täglich 10 und 17 Uhr nach den französischen Nachrichten deutsche mit Touristen-Informationen auf LW 164 kHz = 1829 m und MW Nizza: 1557 kHz = 192 m und MW Marseille: 675 kHz = 444 m. Radio France Internatio-

Aus Magischem Realismus wird fotogetreue Zukunftsgestaltung

Computergrafik simuliert Wirklichkeit

Ausgerechnet das nützlichste Handwerkszeug unserer Zeit gerät zunehmend in den Ruf künstlerischer Kreativität: der Computer. Fremde Welten, entstanden aus Formeln und Gleichungen, lassen Fotografien und Bildfolgen mehrdimensionaler Vielfalt ablaufen. Punkt für Punkt produzieren integrierte Schaltkreise mit ihrem unglaublichen Speicherungsvermögen Phantasiegebilde von schier unendlichem Formen- und Farbenreichtum. Immer komplexere Programme und leistungsfähigere Rechenanlagen weisen dieser sogenannten Computerkunst einen Weg, bei dem die herkömmliche starre Bildgestaltung immer mehr auf der Strecke bleibt.

Erste Benutzer und Pioniere dieser Anwendungen waren Unternehmen der Flugzeug- und Automobilindustrie, die ihre elektronischen Kollegen in Verbindung mit einem Bildschirmterminal zum Entwerfen und Konstruieren heranzogen. Bis zum Hollywoodstar hat es die früher liebevoll „Elektronengehirn“ genannte Spezies schon vor Jahren gebracht: Raffinierte Flugzeugen wie in „Krieg der Sterne“ sind nicht nur im Computer errechnet, sondern sogar elektro-optisch von ihm erzeugt worden, um

direkt auf die Leinwand projiziert zu werden.

Ob ein „Phasenbild aus Star Trek II“, „freie Formen, entstanden durch die Kombination logischer Umsetzungen“ oder „ein siebzehnteiliges Kreisornament auf der Basis mathematischer Kurven“: Die neue Dimension der freien Gestaltung ist längst Teil unserer Gegenwart geworden.

Dabei scheint sich die Computergrafik allmählich von einer Art Kunsthandwerk der Programmierer zum Spielmaterial künstlerischer Gestaltung zu entwickeln. Die große Chance dieses Mediums liegt heute nicht mehr darin, und das sind sich die Experten einig, daß Programmierer zu Künstlern werden, sondern – umgekehrt – Künstler das Programmieren der Maschinen erlernen.

Die Grafik-Computer haben sich auch einen erfolgreichen Listenplatz im weiten Feld der Webesports und Videoclips erarbeitet. Warum auch nicht? Der Rechner kann unverzüglich mehr Informationen speichern und in die Entwurfsarbeit einfließen lassen als der Mensch.

Für irrationale Raumbilder, Liniensirren und komplizierte geometrische Formen, verbunden mit einem Schuß Magischen Realismus ist allerdings bei den PR-Profis kein Platz. Programmierer-Könnern gelingt hier der Kunstgriff, neue Produkte, die noch im Anfangsstadium der Planung stehen, für eine Werbekampagne bereits fotogetreu darzustellen.

Selbst für Flugsimulatoren gibt es mittlerweile Programme, sogar auf dem Personal-Computer dabei abspielbar, die dem Piloten nicht mehr die früher üblichen, stark schematisierten Geisterbilder eines fiktiven Geländes vor Augen führen. Mittlerweile „sieht“ man auf flügel ausgearbeitete „Landschaftsaufnahmen“, die der Wirklichkeit von ihrer Struktur her verblüffend nahe kommen.

Auf dem Markt sind auch Programme, die durch Auswahl und Verteilung von Farbschattierungen die bildliche Darstellung von Gegenständen mit einer realistischen Wiedergabe der Lichtreflexe gestalten. So läßt sich auf den ersten Blick feststellen, ob eine abgebildete Vase aus wenig reflektierendem Marmor besteht, oder den typisch metallischen Glanz von Kupfer oder Messing aufweist.

DIETER THIERBACH

Die künstlerischen Wirklichkeiten

ARD, 20.15 Uhr

STUDIO

Ein Satellit vom Typ Intelsat verbindet jetzt über dem Indischen Ozean fünf chinesische Bodenstationen mit Peking zum ersten Satelliten-Netz der Volksrepublik. Das Netz überträgt TV-Bildungsprogramme, verbessert das Fernsprech- und Fernschreibsystem sowie den Bildfunk, meldete die Agentur Neues China.

In Prag wurde mit dem Bau des neuen Hauses des Rundfunks begonnen. Es soll mit 108 Metern das höchste Gebäude der Tschechoslowakei werden. Ein Musiksaal mit

KRITIK

Die alltäglichen Gifte

Die Zeiten, in denen ein Umweltvergehen als Kavaliersdelikt abgetan wurde, sind vorbei. Dies deutlich gemacht zu haben, war auch ein Verdienst Horst Werners in seiner Reportage Ein Fall für PD 455 (ZDF).

Hinter dem Kürzel verbirgt sich die Polizeidirektion 455 der Hamburger Wasserschutzpolizei. Wie keine andere in den westdeutschen Bundesländern verfügt diese Spezialeinheit über Sachkenntnisse und Erfahrungen in der Bekämpfung der Umweltkriminalität. Kam doch die Hansestadt in den letzten Jahren wiederholt

ansonsten solche Streifen über die Tätigkeit der Polizei beleben, war es anerkennenswert, diese Arbeit vor Ort und im stillen aufgezeigt zu haben.

Müllplätze, angerostete Frachter, Ölschuppen im Hafen und verschmierte Lkw-Ladeflächen – all dies sind keine delikaten Bilder, vor denen sich der Zuschauer bebaglich zurücklehnt. Hier wurde er aufgerufen, vom Gift des Alltags, das einem jeden von uns begegnen kann. „Niemand in Hamburg kann sicher sein, auf unbelastetem Boden zu leben“, war das Kom-

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.15 Die Sendung mit der Maus
9.45 Info: Arbeit und Beruf
10.00 heute
10.05 Zwischen Amt und Gemeinde

14.35 Krimothek
Vom Regen in die Traufe
14.50 Unsere kleine Farm
Tobys Romanze

14.55 Topgeschichten
14.58 Ein Platz für Tiere
Abenteuer mit Elsbären

14.58 Die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn
17.15 Pando Sahn
Die ersten Lebenswochen eines Panda-Bären

17.45 Topgeschichten
17.55 Regionalprogramme
20.00 Topgeschichten
20.15 Die Menschlichen Wirklichkeiten

Computer simulieren die Welt
Von Robert Müller
21.30 Der 7. Sin
21.35 Geschichten aus der Heimat

Drei Epochen aus Norddeutschland
Von Oliver Storz und Urs Eppinius
Themen: Eröffnung des neuen Freud-Museums in London, Ariane Mnouchkine und die Gruppe A.I.D.A. Anton Stankowski

22.30 Topgeschichten
22.35 Freund mit Rolle-Royce
Mit Inge Mayser, Edith Volkman und Henning Schiller
Wie kommt eine Londoner Putzfrau ins Unterhaus?

0.30 Topgeschichten
0.35 Nachgedenken

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.35 Feuerberg
12.10 Krimserien D
12.35 Topgeschichten
13.30 heute

15.00 heute
15.05 Kleine Abenteuer
Sylvia Superjob

15.30 Feindschaden
15.35 Der Stein des Marco Polo
15.40 Ein Fall für TKKG (5)

15.45 Jagd nach den Millionendieben
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Bildschirm
Gast: Klaus Wildbolz

17.45 Der rote Panther
Anschließend: heute-Schlagzeilen
18.20 Krimigig: Bayerisches Amtsgericht
Die Verurteilung

19.00 heute
19.30 Locker vom Hecker
Kleine Geschichten mit Walter Giller

21.00 Aus Forschung und Technik
Begegnung mit Mörderbienen
Die Zahl der Todesopfer durch Bienen in Südamerika, die Menschen angreifen, ist seit etwa 15 Jahren stark angestiegen.

21.45 heute-Journal
21.50 Welsch mit Gift, Milch mit Strahlen?
Lücken im EG-Verbraucherschutz
Bericht von Jacqueline Perard und Otto Wiffler

22.55 heute
Sozialkritisches Fernsehspiel
Regie: Horst Griesmayr
Ein Textil-Angestellter und seine Freundin helfen Näherinnen in Billiglohnländern

0.45 heute
seiner Familie nach Frankreich zurückkehren, wird Abels Frau getötet.

21.55 Berliner Ansichten
22.45 Wege zum Menschen
23.30 Nachrichten
HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.32 Fomo (6)
19.30 heute
Ab 20 Uhr wie Nord

SÜDWEST
14.00 Sitten im Staub
Amerikanischer Spielfilm (1941)
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Schwarzes Theater
18.32 Mad Movies
19.00 Abendschau
19.30 heute
19.35 Krimigig: Hechtzeit
Amerikanischer Spielfilm (1941)

SAT 1

18.00 Marco
Anschließend: Secret Squirrel
18.30 heute
18.35 Die deutsche musische
18.40 Kobra, übernehme Sie
Anschl.: Rund um die Welt

18.50 heute, der Strecker
Anschließend: Dick Tracy
18.55 APF Blick
19.00 Aufgeklärt
Magazin für die moderne Frau

19.45 heute
Mein Bruder Buck
Italienischer Spielfilm (1963)
19.55 APF Blick
20.15 Konzert
Mozartstadt Salzburg

22.45 High Chaparral
Mein Bruder Buck
Anschließend: APF Blick

19.00 Paradiesgarten
Loggionne bei Venedig
19.45 Das internationale TV-Kochbuch
20.15 Jede Woche hat nur einen Sonntag (7)
Italienische Nacht

21.05 Musik, die sich entfremdet
Copli und die Träume des Komponisten Cyril K.
22.45 Dwell im Sattel
Amerikanischer Western (1956)

0.55 Nachrichten

3SAT
18.00 Miel-Zib
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.30 SAT-Studio
19.35 Dwell

Kein Garten Eden
Von Herbert Reinacker
20.30 heute
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kofferjournal
21.45 Palace of the City

Amerikanischer Spielfilm (1981)
Regie: Sidney Lumet
Daniel Ciello, Mitglied einer Sonderkommission des New Yorker Rauschgiftbezugs, gehört zu den Stars des Polizeidramas. Nicht immer sind die Methoden, mit denen gearbeitet wird, legal. Ciellos Gewissen meldet sich: nach einigem Zögern erklärt er sich bereit, für eine Kommission gegen Polizeikorruption zu arbeiten.

0.25 Nachrichten

RTL
18.00 Miel-Zib
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.30 SAT-Studio
19.35 Dwell
20.15 Konzert
Mozartstadt Salzburg

Saubere Fassaden

P. F. R. - Die Universität Bremen hat mehr als 15 Jahre antichambriert, bevor sie jetzt als Mitglied von der Deutschen Forschungsgemeinschaft aufgenommen wurde. Immer wieder wurde ihr auf ihre Anträge mitgeteilt: Gewogen und leicht befunden. Mittlerweile ist unbestritten, daß in einigen Bereichen Forschungspotential aufgebaut wurde, etwa bei den Biologen.

Um das Bild der Universität Bremen in der Öffentlichkeit zu verbessern, haben Mitglieder des Bundes Freiheit der Wissenschaft 3000 Mark zur Verfügung gestellt, damit die Fassaden der Betonburg von den seit Jahren dort schon prangenden Graffiti befreit werden können. „Laßt Euch nicht BRDigen“, schreit es da in knalligen Lettern von den Wänden. „Zerschlagt die

NATO“, „Polizisten morden für Faschisten“ sind weitere Früchte vom Baum solcher ideologisch-jungakademischen Erkenntnis. Man vermutet, daß Pinsel und Spritzpistole dem MSB Spartakus gehören.

Die Bremer Sektion des Bundes Freiheit der Wissenschaft sprach die Überzeugung aus, „daß die Inschriften nur deshalb noch nicht beseitigt sind, weil die prekäre Situation der Universität Bremen und des Landes Bremen dies verhindert hat“. Vorsorglich wird für den Fall der Wiederholungstäter ein Betrag von 2000 Mark in Aussicht gestellt. Sollte die Veranstaltung verhindert werden können, kommt das Geld einem Forschungsprojekt zugute.

Der Menschen Hoffnung ist eitel Müß. Es wäre nicht das erste Mal, daß eine Prämie kontraproduktiv wirkt. Wahrscheinlich verkaufen Do-it-yourself-Läden in Bremen demnächst wieder kanisterweise blutrote Farbe.

Parabel von den „Zeitblumen“: Johannes Schaafs Verfilmung von Michael Endes Roman „Momo“

Jeder einzelne ist eine ganze Welt



Lebenspielerin und Altmeister: Radost Bokel als Momo und John Huston als Hora in Schaafs neuem Film

FOTO: TOSIS

Se heißt Momo, ist fast acht Jahre alt und gleicht mit ihrem langen bunten Fliegenrock, der viel zu großen Männerjacke, die ihr um die Glieder schlottert, dem wilden schwarzen Lockenkopf und den ebenso schwarzen Füßen – zumindest auf den ersten Blick – einem Lumpenbündel eher als einem kleinen Mädchen. Doch unverkennbar ist sie die Schwester von Bastian Balthasar Bux, dem dicklichen blassen Zehnjährigen, der in Michael Endes „Unendlicher Geschichte“ auf einem schummrigen Dachboden – vor den Sorgen seines Alltags geflüchtet – die Zeit verschmökert und unversehens zum Helden und Erlöser der Menschheit wird in einem Land, das „Fantasia“ heißt.

Die Waise Momo ihrerseits haust in den Trümmern des Amphitheaters einer nicht näher definierten süditalienischen Stadt und wird von den Nachbarn gemeinsam ernährt. 1973 wurde der Roman „Momo“ von Michael Ende mit dem Deutschen Jugendbuchpreis ausgezeichnet; Johannes Schaaf hat ihn jetzt als deutsch-italienische Koproduktion im römischen Cinecittà auf die Leinwand gebracht.

Schaaf, einer der frühen Leitfiguren des jungen deutschen Films („Trotta“, „Traumstadt“), der in den letzten zehn Jahren fast ausschließlich für das Theater tätig war, hat den Roman voll in den Griff gekriegt, wenngleich – oder gerade weil – er dabei unfreiwillig auch die Schwächen des Buches aufdeckt: seine gravitierende Biedermeierlichkeit und onkelhafte Betulichkeit. Ende, der Wolfgang Petersens Mammutverfilmung seiner „Unendlichen Geschichte“ als „Mikro-Movie-Version“ seines Stoffes von sich wies, fühlte sich von Schaaf so wunderbar verstanden, daß er sich im Prolog des „Momo“-Films sogar selber spielt.

Da sitzt der Schriftsteller einem geheimnisvollen weißbärtigen Fremden gegenüber, der ihm in einem Bummelzug die Geschichte von Momo erzählt, einem kleinen Mädchen, das den Menschen ihre verlorene Zeit und damit ihre Lebensfreude und jenes solidarische Miteinander zurückbringt, das ihnen der Alltag, der im Roman wie im Film Orwellsche Dimensionen trägt, brutal geraubt hat.

Der Fremde ist niemand anders als Meister Hora Secundus Minutius, der uralte Verwalter der menschlichen Zeit. Er wird – pikante Überraschung – von Hollywoods Regie-Ass John Huston gespielt: eine Paraderolle für den

80-jährigen Regisseur des „Malteserfalken“, der „Sierra Madre“ und der schwarzen Mafia-Komödie „Die Ehre der Prizzi“. Er ist der väterlich-weise Partner der kleinen Momo, mit deren Hilfe er die Menschheit vom bösen Spuk befreit.

Die 45-jährige Frankfurter Oberlehrerin Radost Bokel, die Schaaf unter 2000 Bewerberinnen ausgewählt hat, gab Momo mit ihren schwarzen Kulleraugen und ihrer sensiblen Physiognomie ein unvergeßliches Gesicht. Mit viel Feingefühl holte Schaaf aus ihr jene Eigenschaft heraus, die Ende ihr vor allen anderen zuschreibt: „Sie konnte zuhören wie kein Mensch sonst. Und wenn jemand meinte, sein Leben sei ganz und gar verfehlt und er selbst nur irgendeiner unter Millionen, dann wurde ihm in Momos Gegenwart klar, daß es ihm, genauso wie er war, unter allen Menschen nur ein einziges Mal gab und er deshalb auf seine besondere Weise für die Welt wichtig war.“

Elektrische mögen solche Art „Boten“ als banal oder allzu gefühlig abtun. Unbestritten ist, daß es gerade solche Botenfiguren sind, die Endes Erfolg als Schriftsteller ausmachen. Momo ist eine weitere jener typischen Ende-Parabeln vom Sieg der Fantasie über eine menschenfeindliche, technokratische Realität, die sich hier in den „grauen Herren“ manifestiert. Die nämlich lutschen den Menschen ihre „Zeitblumen“ ab und saugen sie aus wie Vampire. Sie erscheinen im Film als grau gekleidete, mumienartige Glanzköpfe mit dicken Zigarren im Mund, deren Hauptquartiere eine Computerebene ist. Ein blaues Licht umgibt sie und läßt sie Grabskulpturen werden.

Johannes Schaaf kommt in „Momo“ fast ganz ohne die berühmten Spezialeffekte aus. Er vertraut ganz auf seine Schauspielerei: auf Momo als Radost Bokel, auf Huston und Ende selbst, auf Mario Adorf als bulligen Maurer und Momo-Freund Nicola, auf Armin Mueller-Stahl als bleichen, mephistolischen Chef der grauen Herren, auf den jungen Italiener Bruno Stori als unbekümmert-mediteranen Touristenführer Gigi. Momo selbst, auf Leopoldo Trieste schließlich, einem Veteranen des italienischen Kinos, der Beppo Strakenberg gibt und in dessen Gesicht sich aller Kummer der Welt spiegelt, besonders wenn es um Momo geht, die den Grauen mit ihrer Phantasie zu gefährlich wird.

Fellinis Ausstatter Danilo Donati hat dem Film wunderschöne Dekors alter Ruinen und Piazas gegeben,

auf denen prall und volkstümlich das Leben spielt. Beklemmend haben sich vor dieser Folie die gleichförmigen Trabantenstädte ab, Metaphern der „modern times“. Meister Hora dagegen lebt in freundlichen weißen, futuristisch anmutenden Architekturen, in denen Pendulen aus allen Zeiten und Epochen schlagen.

Die Kamera führte Fassbinders langjähriger Kameramann Xaver Schwarzenberger, der inzwischen auch erfolgreich als Regisseur hervorgetreten ist mit Arbeiten wie „Der stille Ozean“ und „Donauwalzer“. Ihm gelingen schlichte, schöne Bilder und eindrucksvolle Großaufnahmen von den Gesichtern der Schauspieler, in denen sich – so Ende – „ein Großteil meiner Geschichte abspielt“.

Die Musik des italienischen Bardens Angelo Branduardi ist – last not least – eine besondere Delikatesse. In wilden Rock-Rhythmen bäumt sie sich bedrohlich auf, wenn die grauen Herren auf den Plan treten. Melodisch und zart klingt Momos Leitmotiv an. Und das schmachtende Lied, das Gigi seiner kleinen Freundin singt, hat alle Chancen, ein echter „Ohrraum“-dies Sommers zu werden. Michael Ende unzählige Freunde werden an diesem Film ihre Freude haben.

DORIS BLUM

„Zwanziger Jahre“ über Harward nach Stuttgart

Im Guggenheim-Museum New York läuft zur Zeit eine Schau, die der amerikanischen Öffentlichkeit deutsche realistische Zeichner der zwanziger Jahre vorstellt. Abgesehen von Beckmann, Dix und Grosz handelt es sich bei den meisten der 29 Künstler um nahezu Unbekannte, darunter Hanna Nagel, Karl Hubbuch und Rudolf Schlichter. Vom 28. Juli bis 28. September geht die Ausstellung zum Busch-Reisinger-Museum an der Harvard University, bevor sie vom 25. Oktober in der Staatsgalerie Stuttgart zu sehen ist.

Münster zeigt eine Macke-Retrospektive

Zum 100. Geburtstag von August Macke (1887-1914) zeigt das Westfälische Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Münster vom 7. Dezember bis zum 8. Februar eine Retrospektive. Die Ausstellung wird anschließend im Städtischen Kunstmuseum Bonn und in der Städtischen Galerie im Münchner Lenbachhaus zu sehen sein. Macke, herausragender Vertreter des deutschen Expressionismus und Mitglied der Künstlergruppe „Blauer Reiter“, wurde in Meschede geboren und fiel im Ersten Weltkrieg.

Sommer in Paris mit Werken von Ohana

Das Cello und Werke von Maurice Ohana sind die Schwerpunkte des 21. Sommerfestivals von Paris, das bis zum 21. September dauert. Konzerte gibt es unter anderem im neuen Auditorium im Hallen-Viertel. Dort werden jeweils am Mittwoch etwa 20 Kompositionen von Ohana für Instrumente und Stimmen aufgeführt. Die Montage sind Cellowerken vorbehalten.

Das Alter der Funde vom Randecker Maar

Eine wissenschaftliche Bearbeitung der Kleinsäuger-Fauna im Randecker Maar bei Hepsia südlich von Weilheim a. d. Teck auf der Schwäbischen Alb durch den Stuttgarter Paläontologen Elmar P. J. Heizmann ergab, daß die Tierreste von dieser Fundstelle etwas älter sind als diejenigen von Steinheim am Albuch. Bisher hatte man beide Faunen für etwa 14 Millionen Jahre alt gehalten. Die Fossilien vom Randecker Maar sind nach Heizmanns Auffassung schätzungsweise 15 bis 16 Millionen Jahre alt. Vom Randecker Maar sind auch besonders gut erhaltene Pflanzen- und Insektenfunde bekannt.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Von den Gallien bis zu de Gaulle“, erzählt Guillaume André de Bertier de Sauvigny die Geschichte Frankreichs. Dabei zeigt sich, daß der Historiker seine pädagogischen Erfahrungen zu verwenden weiß: Mit einem sehr geschickten Aufbau, bei Einbeziehung von Kultur, Wirtschaft und gesellschaftlichen Entwicklungen, ist hier eine kompakte Geschichtsdarstellung, die immer spannend bleibt. Ein weiterer der zahlreichen Pluspunkte ist das Bemühen um Gerechtigkeit, etwa in der Darstellung des einstigen deutschen „Erbschicks“. Schade, daß es so etwas nicht schon zu unserer Pennälerzeit gab.

Der neue künstlerische Direktor des „Festivals Dreier Welten“, Spiros Agiris, der von sich selbst sagt, er sei ein „griechische Preuß“, steckt schon voller Pläne für das Jubiläum des Kunstfestes von Spoleto, das er mit einem vornehmlich deutschen Programm im alten Glanz neu erwecken möchte.

Das Ballet, seit jeher ein Schwerpunkt des Festivals, war mit der Sidney Dance Company eher enttäuschend, mit dem Scottish Ballet nicht gerade sensationell vertreten. Dafür erlebte man bei Menottis Gala-Abend neben den notorisch perfekten Pas de Deux von Marcia Haydeé und Richard Cragun und Christina Hoyos/Antonio Gades mit den jungen Kanadiern Anik Bissonette und Louis Robitaille ein Tanzwunder von schwereloser Anmut. Auch die Maratona, die wie stets mit großen Namen und Leistungen prunkte, brachte Überraschungen wie Dieter Heidkamp und Helga Mual von der Berliner „Tanzfabrik“.

Das Theater begann mit Bergmans Inszenierung von Strindbergs „Frühling in Jerusalem“. Aber nicht nur Sprachprobleme (die Aufführung fand auf Schwedisch statt) waren der Grund dafür, daß man das Stück in Stockholm besser verstanden hatte. Darüber hinaus war keiner der weiteren vier Einakter (Ionescos „Untertrübs“, Musils „Fanatiker“, „Jeu de Femme“, geschrieben von K. Zausi und seinem polnischen Landsmann E. Zebrowski und „Kleine Mißverständnisse“ von Claudio Bigalli) mehr als eine gut bis virtuos gespielte Etüde.

Nur Menottis 1954 komponierte Oper „The Saint of Bleeker Street“, die der Komponist zu seinen Lieblingserwerken zählt und jetzt neu inszeniert hat, beeindruckte uns diesmal im gleichen Maße wie seinerzeit den Kritiker des „Corriere della Sera“ bei der italienischen Erstaufführung 1955 in der Scala. Der spätere Nobelpreisträger Eugenio Montale notierte damals: „Menotti, der seine Opern ‚Musicals‘ nennt, hat als erster die Oper aus ihrer Einbalsamierung befreit.“ Die Musik, voller Reminiszenzen von Puccini bis Gershwin, ist mit so sicherem Sinn für Dramatik verfaßt wie die Geschichte der kleinen, todgeweihten Heiligen im New Yorker „Little Italy“.

Nach der Uraufführung seiner jüngsten Oper am 15. November in Washington, die er für Plácido Domingo mit dem Titel „Goya“ komponiert, will Menotti, der amerikanische Maestro aus der Lombardie, beim 30. Festival von Spoleto seine letzte Regie führen und nach dem „Parsifal“ sich nur noch der Komposition widmen.

Der neue künstlerische Direktor des „Festivals Dreier Welten“, Spiros Agiris, der von sich selbst sagt, er sei ein „griechische Preuß“, steckt schon voller Pläne für das Jubiläum des Kunstfestes von Spoleto, das er mit einem vornehmlich deutschen Programm im alten Glanz neu erwecken möchte.

MONIKA von ZITZEWITZ

Vergiftete Polemik: Napoleon-Karikaturen in Mainz

Der Kaiser springt Seil

Karikaturen sind nicht ausreichend charakteristisch, wenn man sie als witzig, komisch, satirisch, entlarvend bezeichnet; man muß ihnen auch ein gerütteltes Maß Boshaftigkeit, aggressive Polemik, Sarkasmus und Schmählust zubilligen – Treffsicherheit und Können immer vorausgesetzt. Dennoch wandert man mit ungenuten Gefühlen durch die derzeitige Ausstellung des Mainzer Gutenberg-Museums. Sie zeigt Napoleon-Karikaturen aus England, Frankreich und Deutschland. Das müßte eigentlich Spaß machen.

Hier aber vergeht einem die Lust zu lachen. Man muß bellen wie ein Napoleon-Fan sein (wer wäre das auch schon mit gutem Gewissen?), um die meisten der ausgestellten Karikaturen als urförmliche Eselstriebe zu empfinden. Nur ganz wenige Blätter aus England attackieren den Kaiser bereits vor seinen Niederlagen. Alle anderen stammen aus den Jahren 1813 bis 1818, als Napoleon nach dem

nicht kreativ, hat mit Kunst so wenig zu tun wie die bloße Begeisterung. Kame es allein darauf an, wäre Napoleon als der größte Anreger der Künste zu preisen. Er hat wie kaum ein zweiter Leidenschaft entfesselt, grenzenlose Begeisterung und hemungslos Haß wie Brandfackeln in ganz Europa entfacht.

In beiden Fällen kamen „nur“ Karikaturen – böswillige oder idealisierende Verzerrungen – zustande. Tatsächlich manifestiert sich an ihm erstmals die politische Karikatur als Gattung. Dem Mainzer Katalog ist zu entnehmen, daß in der Zeit zwischen 1797 und 1815 etwa 2000 Karikaturen sich mit seiner Person und Politik beschäftigt haben. Da sind bestimmt die zahllosen Bilderbögen nicht mitgerechnet, die in seiner Glanzzeit den Mythos des Kaisers verbreiteten, seine Heldentaten verherrlichten, seine Schrecken in Fortsetzungen schilderten und damit riesige Auflagen erzielten. Napoleon, der Nationalheld, der „Kriegsgott“ und Haudagen, der „Mann der Vorsehung“, der „weltliche Heiland“ (H. Heine), das war die eine Seite der Medaille.

Die Mainzer Ausstellung, veranstaltet von den französischen Kulturinstituten von Hannover und Mainz, will – so sagt es der Titel – „Die Kehrseite der Medaille“ zeigen. Aus dem Helden und Heiland ist hier ein Feigling und Tyrann, ein Giftzwerg und Monster, der Inbegriff des Bösen geworden. Was vormals nach oben verzerrt wurde, wird hier nach unten verzerrt; Karikatur bleibt es deshalb allemal. Angefangen haben damit die Engländer, 1803, als Gerichte von einer bevorstehenden Invasion Napoleons die Insel in Angst und Schrecken versetzten. Namhafte Grafiker wie Rowlandson, Gillray, Cruikshank machten den kleinen „Kaiser-Korben“ zur Zielscheibe ihres Spottes. Die Diskrepanz zwischen seiner natürlichen Größe und der angemaßten der iberischen Symbolfigur „Little Boney“, die für lange Zeit zur festen Chiffre des napoleonischen Größenwahns wurde. Gillray, ihr Erfinder, starb zwei Wochen vor Waterloo; er konnte den endgültigen Triumph seiner Radiermaße (die er als Giftschale benutzte) nicht mehr erleben.

Aber „Little Boney“ war unterdessen auch aufs Festland gelangt, nach Deutschland vor allem durch Bertuch in Weimar. Doch erst nach dem Sturz Napoleons machten die englischen Karikaturen auch in den deutschen Ländern, in Rußland, zuletzt in Frankreich Schule und lösten eine Flut von Nachzeichnungen und Variationen aus, deren Beispiele wir in Mainz kennenlernen. Die meisten sind anonym. Unter den deutschen Karikaturisten (wenn man sie schon so nennen will) fallen Johann Michael Voltz und Christian Gottfried Heinrich Geißler namentlich auf. Die meisten benötigen zur Erläuterung ihrer Karikaturen noch eines längeren oder kürzeren Textes (häufig in Versen).

Schließlich wurde in Mainz auch nicht verstanden, anhand sowjetischer Flugblätter aus dem Zweiten Weltkrieg den Rußlandfeldzug Napoleons als historisches Beispiel für den Scheitern verurteilten Krieg Hitlers gegen die Sowjetunion darzustellen. Damit soll nicht unbedingt überzeugend, das Fortwirken des Napoleon-themas in der Karikatur unseres Jahrhunderts belegt werden. (Bis 24. August; Katalog 20 Mark)

BO PLUNZEN



Völkerschlacht bei Leipzig als harte Nuß für Napoleon - Anonymous Karikatur aus Deutschland, 1815

FOTO: GÖTTER PFLAUM

gescheiterten Rußlandfeldzug, nach Leipzig und Waterloo auf den Inseln Elba und St. Helena, entmachtet und wehrlos, aber immer noch gehäßt und gefürchtet, in der Verbannung saß. Da waren dergleichen Karikaturen gewiß keine Mutproben mehr.

Die Blätter – meist kolorierte Radierungen – zeigen den Besiegten auf der Flucht, als Deserteur und Feigling, der seine Truppen im Stich läßt, als „korrischen Bluthund“, von den russischen Bären gejagt; sie zeigen ihn als Ausgubt des Satans, als Untier und Menschenfresser, als Januskopf über Totenschädeln und als monströses Porträt aus Nucklknäulen à la Arcimboldo, als Nucklknäule, der sich an der Leipziger Nuß die Zähne ausbeißt, als Kiesel, von den Alliierten gepöbelt, als Federball, von Blücher und Schwarzenberg durch die Luft gewirbelt. Russische Bauern lassen ihn nach ihrer Pfeife und Peitsche tanzen, Wellington und Blücher lassen ihn übers Seil springen.

Der Witz ist durchweg dürrig, die Satire meist grob und schartig, die Polemik vergiftet; von Humor kann keine Rede sein. Allein der Haß ist echt und durchdringend: Rachegefühle zieren sich nicht. Nun ist Haß gewiß nicht das schlechteste Motiv für Karikaturisten und Satiriker. Hier aber verfolgt er einen Geschlagenen; und abgesehen davon: Haß allein ist

Neue Schallplatte: Das Vokalquartett „Cantabile“

Die Männer am Klavier

Schwappt eine neue Musikwelle über den Ärmelkanal oder haben die Schallplattenproduzenten eine neue Masche ausgetüftelt? Aus britischen Studios dringen Vokallauten ans Ohr, die man in der Pop- und Unterhaltungsmusik zwar hier und da schon einmal vernommen hatte, aber in solch geballter Rillenladung bisher noch nicht in den Verkaufsalen des Handels fand. A-cappella-Gesang ist angesagt und in Mode, wie ein Blick in die britischen Charts belegt.

The Flying Pickets zum Beispiel verhalten dem „Plattler“-Schmalzbeiß „Only you“ in ihrer Version zum kometenhaften Sprung in die europäischen Hitlisten. „Style“ nennt sich ein Männerquartett, das durch ausgefeilten Chorgesang Kasse macht. Die Mode hat Geschichte. Man denke nur an die King's Singers, die ewige bejahrten Aufnahmen der Swingle Singers, Four Freshmen, Modernaires und der legendären Comedian Harmonists.

In den goldenen Endzwanzigern aus der Taufe gehoben, machte das Sextett um Harry Frommermann und Erwin Bootz durch seine rhythmisch transparente Exaktheit und Intonationskunst auf sich aufmerksam. Ihre Kleinkunst war große Kunst, bis die Nationalsozialisten den Schlussstrich zogen. Den arischen Reichsoberen war der Gesang zu unmanlich. Zu dem gehörten drei Juden zum Ensemble.

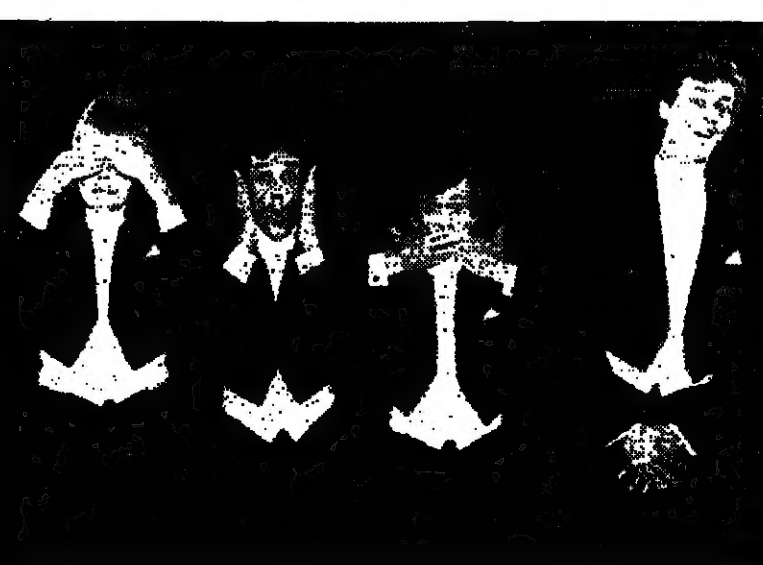
Die hochmusikalischen Comedian Harmonists hat sich das Londoner Männerquartett „Cantabile“ zum Vorbild genommen. Vor vier Jahren schlossen sich Richard Bryan, Alton, Nicholas Ibbotson und Stewart Collins, erster und zweiter Tenor sowie

Michael Steffen, Baßbariton, zu dieser Formation zusammen, um die altenglische Madrigalkunst mehrstimmig einzustudieren. Noch als Studenten der Medizin, Sprachwissenschaften und Schauspielkunst bekamen sie Kontakt zu dem Musical-Librettisten Tim Rice. Im Handumdrehen engagierte er sie für 15 Monate ins Londoner Westend auf eine Musicalbühne für sein Stück „Blondell“.

Von diesem Moment an waren die jungen Briten für die hehre Madrigalkunst verloren, die leichte Muse stand fortan auf ihrem Programm. Mit bestechender Virtuosität, künstlerischem Ernst und überschäumender Musizierfreude nahmen sie jetzt im Studio der Münchener Musikhochschule ihre deutsche Debut-LP „A Tribute To Yesterday“ (Jupiter-Record T827884) auf. Sechs englisch- und sechs deutschsprachige Evergreens, von „Tea for two“ bis „Heute nacht oder nie“, werden mit stilistischer und stimmlicher Sicherheit von den vier Vollblutvokalistinnen dargeboten. Und damit der spezielle Comedian-Touch gewahrt bleibt, wurde der Pianist Ernst August Quelle gefunden, der die Originalarrangements von Anno dunnemals mit Bravour in die Tasten hieb.

Eines allerdings vermißt der aufmerksame Hörer bei dem Comedian-Erinnerungsgeuß: den samtönen Baß eines Robert Biberti. „The gentlemen of music“ gleichen dieses Manko jedoch durch tonalen Schmelz weitgehend aus und lassen die Zuhörer vergessen, daß sie stocktrockene Akademiker britischen Gebüts sind. Wahrlich, eine Würdigung-LP an ferne Schallackzeiten.

ROLF PETERS



Serlose Herren, nicht ganz humorlos: Die Londoner Gruppe „Cantabile“

FOTO: DIE WELT

KULTURNOTIZEN

Zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution will das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg 1989 mit einer Ausstellung die Auswirkungen der Revolution auf zwei Jahrhunderte deutscher Geschichte dokumentieren.

„Farbe – Zeichen – Figuren“ ist der Titel einer Ausstellung, mit der das Museum Schloß Morsbroich in Leverkusen Werke bis zum 16. November aus seinen Beständen vorstellt.

Der Blumengarten im Weimarer Schloßpark Belvedere soll wieder sei-

nen Pflanzenreichtum wie zu Anfang des 19. Jahrhunderts bekommen.

Aquarelle und andere Arbeiten des im Jahre 1952 geborenen Amerikaners David Salle zeigt das Museum am Ostwall in Dortmund bis zum 10. August.

Die Carl-Schubert-Ausstellung, die zuerst in Mannheim gezeigt wurde (vgl. WELT v. 25. März), ist nun bis zum 11. August im Münchner Lenbachhaus zu sehen.

Der Althistoriker Joseph Vogt ist im Alter von 91 Jahren in Tübingen gestorben.

